Montag, 5. Dezember 1983 - D ∗∗∗

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 283 - 49.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

NATO-Tagung: Die USA stehen Plänen zu besonderen Initiativen des Westens zur Wiederbelebung der Genfer INF-Verhandlungen ablehnend gegenüber. Sie lehnen es auch ab, Moskau, das die Verhandlungen abgebrochen habe, mit neuen Konzessionen „zu belohnen", verlautete vor dem Ministerratstreffen der NATO in Brüssel.

Lambsdorff: Die SPD wird möglicherweise in dieser Woche die Entlassung des Wirtschaftsministers fordern. Lambsdorff, gegen den Anklage wegen Bestechlichkeit erhoben werden soll, teilte mit, er denke derzeit nicht an einen Rücktritt. (S. 8)

Berliner CDU: Zum neuen Landesvorsitzenden wurde der Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Diepgen, gewählt. Samstag wird sich entscheiden, ob Diepgen oder Schulsenatorin Laurien Nachfolger des Regierenden Bürgermeisters von Weizsäcker wird. (S. 1 und 4)

Europa-Wahl: Spitzenkandidat der CSU für die Europa-Wahl '84 ist Sozialminister Fritz Pirkl (58). *CSU-Chef Strauß geht davon aus,* daß die SPD die Europa-Wahl zur bundesweiten Testwahl gegen die Bonner Regierungskoalition machen will. (S. 4)

Polizei vorbereitet: In Erwartung von Unruhen anläßlich des zweiten Jahrestages der Verhängung des Kriegsrechts sind in Polen die Sicherheitsmaßnahmen erheblich verschärft worden. (S. 1)

US-Verluste: Bei dem bisher schwersten Angriff amerikanischer Kampfflugzeuge auf syrische *Stellungen in Zentrallibanon* sind gestern zwei US-Maschinen abgeschossen worden. Ein Pilot soll getötet worden, ein weiterer in syrische Gefangenschaft geraten sein. Damaskus forderte die UNO zur Intervention auf. Washington sprach von einem Vergeltungsschlag. (S. 1)

Freikauf: Eine Gruppe von 83 Häftlingen aus „DDR"-Gefängnissen, die von Bonn freigekauft worden waren, ist in der Bundesrepublik eingetroffen.

Schutz verstärkt: Mit Betonbarrieren wurden die beiden Eingänge zum Weißen Haus in Washington gesichert. Damit soll Kamikaze-Anschlägen nach dem Muster von Beirut vorgebeugt werden.

Andropow: Der sowjetische Staats- und Parteichef, der wegen einer Erkrankung seit Mitte August nicht mehr öffentlich aufgetreten ist, nimmt nach Informationen der Bonner Regierung in dieser Woche die Amtsgeschäfte wieder auf.

Heute: Herbstkonferenz der NATO in Brüssel. – Bundestagsfraktionen bereiten Debatte über Haushalt '84 vor. – Saudische Militärdelegation zu Gesprächen über Rüstungslieferungen in Bonn. – Internationale Pressekonferenz des sowjetischen Generalstabschefs Ogarkow in Moskau. – Athener EG-Gipfel wird fortgesetzt.

ZITAT DES TAGES



» *Europa muß aus dieser Sackgasse* heraus, denn sonst droht ihm der Verlust seiner einmaligen geschichtlichen Identität. Das Versinken in Hilflosigkeit und Entscheidungsschwäche eines verkrusteten und überholten nationalistischen Denkens und Handelns darf nicht dazu führen, daß unser Erdteil den Wettlauf mit seiner eigenen Zukunft verliert. «

CSU-Chef Franz Josef Strauß auf dem Nominierungsparteitag zur Europa-Wahl (S. 4)
FOTO: INTERPRESS

WIRTSCHAFT

„Santana" in Brasilien: Volkswagen will in den kommenden drei Jahren fast 2,2 Milliarden DM in Brasilien investieren, davon rund 675 Millionen für die Produktion des „Santana", meldet die brasilianische Wirtschaftspresse.

„Jahr der Wende": 1983 hat nach Ansicht von BDI-Präsident Rodenstock die konjunkturelle Wende gebracht. Als Indikatoren nannte er die Entwicklung der Autoindustrie, der Chemie, der konsumnahen Wirtschaftsbereiche, der Nachrichtentechnik und der Elektronik.

US-Arbeitsmarkt: Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im November um 740 000 auf 102,7 Millionen. Die Arbeitslosenrate sank um 0,4 auf 8,4 Prozent. (S. 10)

Steuerreform: Finanz-Staatssekretär Häfele (CDU) schließt Steuersenkungen für 1986 aus. Vorrang müsse die Sanierung der öffentlichen Haushalte haben.

UdSSR: Die Zeit der Großprojekte westlicher Firmen in der Sowjetunion sei vorerst vorbei, meint das Hamburger Institut für Ost-Markt-Forschung. Zumindest bis 1990 werde Moskau von solchen Vorhaben absehen; sie hätten nicht die erhofften Ergebnisse gebracht.

KULTUR

„Kultartote": Auf Kulturschock führen US-Wissenschaftler den Tod von rund 50 Südasiaten zurück, die zwischen 1977 und 1982 kurz nach ihrer Einwanderung starben. Alle waren nachts im Schlaf erstickt, obwohl sie jung und in guter körperlicher Verfassung waren.

„Nelly-Sachs-Preis": Die diesjährige Auszeichnung der Stadt Dortmund erhielt die deutsch-jüdische Lyrikerin Hilde Domin (71).

SPORT

Alpiner Skisport: Mit einem österreichischen Doppelsieg endete die erste Weltcup-Abfahrt. Erwin Resch gewann in Schladming vor Weltmeister Harti Weirather. (S. 14)

Volleyball: Der SV Lohof, Deutscher Meister der Damen, gewann sein Europapokalspiel beim CSSR-Vertreter Slavia Preßburg mit 3:0. (S. 13)

Fußball: Udo Klug, Manager des 1. FC Nürnberg, sagte in einem WELT-Interview, sein Klub habe *sich schon jetzt mit einem der drei* letzten Tabellenplätze abgefunden. (S. 12)

Turnen: Bundestrainer Eric Singer steht unter dem Verdacht, jungen Kunstturnerinnen eine gefährliche Überdosis eines Aufbaumittels verabreicht zu haben.

AUS ALLER WELT

Sorgen des FBI: Eine neue Form des organisierten Verbrechens macht Amerikas Strafverfolgern zu schaffen. Immer mehr Mafia-Bosse stecken illegal erworbenes Kapital in legale Geschäfte und werden Teilhaber seriöser Unternehmen. (S. 16)

„Columbia": Wegen unerwarteter Treibstoffeinsparungen wird der ursprünglich auf neun Tage angesetzte Flug der US-Raumfähre um einen Tag verlängert.

Wetter: Bewölkt, im Süden sonnig. Null bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Washington: Unklug, Sowjets mit neuen Konzessionen zu belohnen

Keine neuen Initiativen in Genf / Skepsis gegenüber Genschers Plänen

THOMAS KIELINGER, **Washington**

Die Abrüstungsexperten Präsident Reagans erwägen keine neuen Positionen, mit denen man die Sowjetunion an den Tisch der INF-Verhandlungen *gleichsam zurückködern könnte.* Das ist die Marschroute, die die amerikanische Seite für die in dieser Woche stattfindenden Ministerratstreffen der NATO in Brüssel mit auf den Weg bekommen hat. „Es wäre höchst unklug, jemanden dafür, daß er die Verhandlungen verlassen hat, mit *neuen Konzessionen zu belohnen*", sagte ein Mitglied der Reagan-Administration.

Plänen zu besonderen Initiativen des Westens stehen die USA daher ablehnend gegenüber. Nach Ansicht Washingtons liegt alles auf dem Tisch, was der Westen an möglichen INF-Lösungen anzubieten hätte. Die Skala reicht von wahlweisen Zahlenspielen, auf denen sich das nukleare Gleichgewicht in Europa einpendeln könnte, bis hin zum Angebot des Westens, die global vereinbarte Obergrenze nicht voll auf dem europäischen Stationierungsterrain auszuschöpfen.

Von der amerikanischen Auffassung in dieser Frage hat sich der neue Staatssekretär im Bonner Außenministerium, Andreas Meyer-Landrut, bei seinem Antrittsbesuch Ende voriger Woche in Washington überzeugen können. Es scheint dabei zwischen den verbündeten Hauptstädten auch keine Meinungsunterschiede zu geben.

SEITE 3:
Von Abschreckung zum Nadelstich?

Verwunderung hat in Washington dagegen die Entscheidung Helmut Kohls ausgelöst, aus dem an ihn gerichteten Andropow-Brief so freizügig zu zitieren. Diplomatische Kreise in der amerikanischen Hauptstadt halten die Vertraulichkeit der kommenden Schritte zwischen Ost und West für die erste Voraussetzung eines Durchbruchs aus der Genfer Sackgasse. Da es im westlichen Interesse liege, den Sowjets bei der Rückkehr an den Verhandlungstisch das Gesicht wahren zu helfen, sei es kaum zweckmäßig, gerade jetzt jenen Satz aus Andropows Brief öffentlich zu machen, der von möglichem sowjetischem Einlenken spreche. Das müsse geradezu zu neuer Verhärtung führen, wie sie die „Prawda" nach der Indiskretion Kohls auch prompt vorgeführt habe.

Jenseits der zwischen Bonn und Washington übereinstimmenden Analyse des Status der INF-Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ist sich die amerikanische Seite aber darüber im klaren, daß ihr mit der Kohl-Regierung ein weiterer herausfordernder Partner entgegentritt, der sich nicht damit begnügt, auf Moskaus *diplomatische Schritte einfach* zu warten. Der Aufsatz Außenminister Genschers von vergangener Woche (vgl. WELT vom 3. 12.) war ein Signal, das auch in Washington zur Kenntnis genommen wurde.

Genscher strebt offenbar eine Neustrukturierung der Ost-West-Beziehungen nach dem Maßstab des Harmel-Berichts von 1967 an. Damals wurden unter dem Konzept der (militärischen) Sicherheit und der (politischen) Zusammenarbeit alle jene Schritte eingeleitet, die zwischen 1969 und 1975 der Entspannungsära ihren Namen gaben. Diese Thematik wird bei den heute beginnenden NA-

● **Fortsetzung Seite 8**

Syrien schießt zwei US-Maschinen ab

Sowjetische Sam 5 in Libanon / Israel dementiert Geheimabkommen mit Amerika

dpa/AFP/AP, **Beirut/Jerusalem**

Bei einem Angriff amerikanischer Kampfflugzeuge auf syrische Stellungen in Zentrallibanon hat die syrische Luftabwehr gestern morgen zwei US-Maschinen abgeschossen. Ein Pilot wurde getötet. Wie Radio Damaskus meldete, seien die abgeschossenen Maschinen von sowjetischen „Sam-5"-Raketen getroffen worden.

Der amerikanische Angriff, an dem weit über 20 Maschinen der im Mittelmeer operierenden 6. Flotte beteiligt waren, richtete sich gegen syrische *Luftabwehrstellungen in der Nähe* der Ortschaften Sofar, Bahamdun und Hammana an der Fernstraße Beirut–Damaskus. Der US-Angriff war die erste direkte amerikanisch-syrische *Konfrontation in Libanon.* Das US-Verteidigungsministerium bezeichnete ihn als Vergeltung dafür, daß F-14-„Tomcat"-Maschinen am Vortag bei Aufklärungsflügen von Syriern beschossen worden seien. Dies sei eine „ernste und vorsätzliche Bedrohung der multinationalen Friedenstruppe" gewesen.

Nach libanesischen Rundfunkberichten war eines der abgeschossenen Flugzeuge in ein Wohnhaus in Nordbeirut gestürzt, wobei mindestens fünf Menschen verletzt worden seien. Der Pilot sei von einem Boot der libanesischen Marine verletzt aus dem Meer geborgen worden. Die zweite Maschine sei bei der Ortschaft Kfar Selwan niedergegangen. Während der eine Pilot, am Fallschirm hängend, *von syrischen Bodentruppen* erschossen worden sei, sei der zweite gefangengenommen worden. Radio Damaskus meldete dagegen den Abschuß von insgesamt drei Maschinen.

Am Samstag hatten auch israelische Kampfflugzeuge in demselben Gebiet syrische Stellungen beschossen. *Wie der Regierung nahestehende* Kreise in Jerusalem gestern erklärten, war sie von der amerikanischen Aktion jedoch nicht zuvor unterrichtet worden. Auch sehe das geplante *bilaterale Abkommen* über die strategische Zusammenarbeit eine solche „operationelle Zusammenarbeit" zwischen Amerikanern und Israelis in Libanon nicht vor.

Zugleich dementierte der Sprecher des israelischen Außenministeriums Berichte über ein Geheimabkommen zwischen Washington und Jerusalem, wonach die USA Israel für den Fall *„feindseliger Aktionen"* der Sowjetunion im Nahen Osten Unterstützung zugesagt haben soll. Bei ihren Gesprächen in Washington in der vergangenen Woche hätten Präsident *Ronald Reagan und der israelische* Regierungschef Shamir allerdings die „ganz erhebliche Aufrüstung" Syriens durch die Sowjetunion als „beunruhigend" bezeichnet.

*

AFP, **Jerusalem**

Die amerikanische Regierung hat einer weiteren Verbesserung ihrer Militärhilfe für Israel zugestimmt. Wie die israelische Zeitung „Jerusalem-Post" meldete, wird sie Israel eine Summe von 1,4 Milliarden Dollar gewähren, die erstmals nicht zurückgezahlt zu werden braucht. Innerhalb von drei Jahren wird sich damit der nicht rückzahlbare Anteil der US-Hilfe für Israel von 44 Prozent im Jahre 1983 über 50 Prozent 1984 auf 100 Prozent für 1985 erhöhen.

Walesa ermuntert Arbeiter zum Kampf

Jaruzelski lehnt Verständigung mit „Solidarität" ab / Neues Sicherheitskomitee gegründet

AFP/dpa/AP, **Warschau**

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat die Bergarbeiter seines Landes aufgefordert, am 16. Dezember durch Niederlegung von Blumengebinden vor der Zeche Wujek der sieben Bergleute zu gedenken, die vor zwei Jahren kurz vor Verhängung des Kriegsrechtes in Kattowitz von der Polizei erschossen worden waren. Aus Anlaß des Tages der heiligen Barbara, der Schutzheiligen der Bergleute, ermunterte Walesa die Kumpel zur Fortsetzung ihres Kampfes für ein „Leben in Würde" und für das „Recht, mit erhobenem Haupt zu gehen".

Walesas Frau Danuta hat am Wochenende Paß und Flugschein für sich und ihren 13jährigen Sohn Bogdan für eine Reise nach Norwegens Hauptstadt Oslo erhalten, wo sie am 10. Dezember für ihren Mann den Friedensnobelpreis entgegennehmen soll. Walesa wollte offenbar aus Furcht vor einer Ausbürgerung nicht selbst nach Oslo reisen. An seiner Stelle sollte Tadeusz Mazowiecki, der frühere Chefredakteur der Gewerkschaftszeitung „Solidarnosc", in Oslo die Rede des Preisträgers halten. Mazowiecki erhielt jedoch kein Visum.

Polens Partei- und Regierungschef General Jaruzelski hat am Wochenende ebenfalls vor Bergarbeitern in Zabrze, dem früheren Hindenburg, betont, *daß* es eine „Verständigung" mit Regimekritikern oder mit der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" nicht geben werde. Jaruzelski versuchte die für den Jahresbeginn *geplante Anhebung der Preise zu* rechtfertigen und warnte vor einer Verschärfung des gespannten sozialen Klimas. Dabei verurteilte er „unüberlegte Lohnforderungen" und fügte hinzu: „Der Wahnsinn der Streiks ist vorbei."

Im außenpolitischen Teil seiner Rede unterstrich Jaruzelski nochmals die Solidarität Warschaus mit dem sowjetischen Standpunkt zur Raketenfrage: Polen erkenne voll die Bereitschaft der Sowjetunion an, zum Verhandlungstisch zurückzukehren, wenn der Westen die Situation vor der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen wiederherstelle.

Offenbar um möglichen Unruhen im Dezember und Januar vorzubeugen, hat die polnische Regierung einen neuen Sicherheitsausschuß gegründet. Dieses „Komitee für die Einhaltung von Gesetz, öffentlicher Ordnung und gesellschaftlicher Disziplin" ergänzt nach offizieller Darstellung den kürzlich reorganisierten Nationalen Verteidigungsrat unter General Jaruzelski und bildet mit ihm eine Art der Regierung übergeordnete Kommandostruktur. An seiner *Spitze steht General Kiszczak,* dem als Innenminister die Polizeitruppen und die Geheimpolizei unterstehen. Die Gründung des Komitees erfolgte eine Woche nach dem Warschau-Besuch des sowjetischen KGB-Chefs General Tschebrikow.

Die Gewerkschaft „Solidarität" wird „bei jeder sich bietenden Gelegenheit – der Zeitpunkt ist nicht vorauszusehen – zu einer Wiedergeburt fähig sein". Diese Auffassung vertrat der untergetauchte Arbeiterführer Jan Litynski gegenüber dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel". Die „Solidarität" finde noch immer eine „unbeschreiblich breite – und nicht nur moralische – Unterstützung bei der Bevölkerung".

Kaum Chancen für EG-Reform in Athen

Vor dem Gipfel gab es Gerangel über die Priorität der Agrarpolitik oder der Finanzen

WILHELM HADLER, **Athen**

Mit bescheidenen Erwartungen sind die Staats- und Regierungschefs der EG gestern nach Athen gekommen. Der dreitägige Europa-Gipfel wird nach allgemeiner Auffassung zwar einer der wichtigsten in der Geschichte der Gemeinschaft werden, aber bestenfalls Vorentscheidungen über die geplante EG-Reform bringen.

Auch Bundeskanzler Helmut Kohl sieht nur die Chance, „konkrete Leitlinien für die Weiterbehandlung der anstehenden Fragen" zu verabschieden. Denn trotz zahlreicher Sonderkonferenzen haben die zuständigen Fachminister das beim letzten Gipfel in Stuttgart geschnürte Verhandlungspaket nicht auf eine überschaubare Zahl von politischen Optionen reduzieren können. In den Kernfragen der *EG-Problematik* – der Reform der Agrarpolitik und der künftigen finanziellen Lastenverteilung – ist die Diskussion in den letzten Monaten kaum über die Gegenüberstellung unterschiedlicher nationaler Positionen hinausgelangt. Andererseits drängt die Zeit, weil der EG das Geld ausgeht. So *reichen die zur Verfügung* stehenden Mittel mit Sicherheit nicht aus, um den Bauern der EG im Frühjahr eine Aufbesserung ihrer Erzeugerpreise gewähren zu können.

Schon vor Beginn des Gipfels hat es ein heftiges Gerangel über den Ablauf der Beratungen gegeben. Er spiegelte die unterschiedlichen Prioritäten wider, die in den einzelnen Hauptstädten gesetzt werden. Der griechische Premierminister Andreas Papandreou regte in einem Schreiben an die Regierungschefs an, mit den Agrarproblemen zu beginnen und die Haushaltsfragen einschließlich des Problems des britischen Beitragsausgleichs erst zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln. Demgegenüber machte die britische Premierministerin Margaret Thatcher den Wunsch geltend, die Budgetprobleme *auf Punkt eins der Tagesordnung* zu setzten und anschließend sofort einer Arbeitsgruppe anzuvertrauen. Konferenzteilnehmer sahen darin ein Anzeichen für die Entschlossenheit von Frau Thatcher, die britischen Interessen auch in Athen hart zu vertreten.

Papandreou deutete bereits an, daß die Regierungschefs noch vor und nach dem Abendessen zu bilateralen Gesprächen zusammenkommen müßten.

Seite 9: Erholung noch langsam

DER KOMMENTAR

Verbündete

ENNO v. LOEWENSTERN

Vor der NATO-Herbsttagung hat die Bundesregierung auf allerlei direkten und indirekten Wegen die Amerikaner ermahnt, den Verbündeten „keine plötzlichen Überraschungen mehr" *zuzumuten.* Als da wären: Neutronenwaffen oder „binarische C-Systeme" (chemische Waffen) in Europa. Wieder einmal versteht es die Bundesregierung, den Eindruck des mäßigenden Partners auf die Regierung der „rhetorischen Exzesse" in Washington zu verbreiten.

In Washington ist man Kummer gewohnt und vermutlich bereit, dem immer etwas aufgeregten Partner die Pose zu gönnen. Aber wenn etwas aus der Lage nach Stationierungsbeginn herauskommen soll, dann nur auf dem Weg, den Washington weist: eine einheitliche Marschroute des Westens, ohne Aufregung, ohne Schuldgefühle, ohne Nachlaufen hinter denjenigen, die Genf ohne sachlichen Grund verlassen haben.

Es sind derzeit nicht die Amerikaner, die Berechenbarkeit und Verzicht auf verbale Exzesse *nachzuweisen hätten.* Im Bündnis muß sich jeder auf den anderen verlassen können, und die Forderung: Schütz mir den Pelz, aber mach mich nicht naß – diese Attitüde müßte auf die Dauer *auch die geduldigste* Führungsmacht irritieren. Dem Sinn nach hat Genscher schon recht, wenn er fordert: „Die sowjetische Führung muß gerade jetzt wissen, daß zwar die Option eines schwachen und unterwerfungsbereiten Westens ausgeschlossen ist, daß wir aber die Option einer aufrichtigen, fairen, langfristigen Zusammenarbeit anbieten." Nur eben: Wenn die Europäer – allen voran die Deutschen – ein bißchen mehr Gelassenheit zeigten und nicht bei jeder Gelegenheit zu verstehen gäben, wie wichtig ihnen die heimische Straße ist, würden die Sowjets nicht verlockt, auf die erstgenannte Option zu setzen.

Es hat eine Stimmung gegeben, den scheinbar *schwachen* Staat zum Nachgeben zu zwingen. Mit dem Beginn der Stationierung flaut die Bewegung ab. Das begann sogar schon vor dem Höhepunkt, der Abstimmung im Bundestag. Es zeigt sich eine Neigung, wieder dem Staate zu geben, was des Staates ist. *Die streitbare* Demokratie braucht darob nicht zu triumphieren. Sie sollte aber vermeiden, noch nachträglich Beeindruckbarkeit zu zeigen.

Diepgens Wahl noch keine Vorentscheidung

DW. **Berlin**

Die Berliner CDU will am kommenden Sonnabend darüber entscheiden, wer als Nachfolger Richard von Weizsäckers neuer Regierender Bürgermeister werden wird. Mehrere Delegierte machten auf dem Parteitag am Wochenende deutlich, daß die eindeutige Wahl des Fraktionschefs im Abgeordnetenhaus, Eberhard Diepgen, zum neuen Landesvorsitzenden (mit 310 von 369 abgegebenen Stimmen) noch keine Entscheidung darüber bedeute, daß der 42jährige Rechtsanwalt auch im Regierungsamt Richard von Weizsäcker nachfolge.

Auf dem Parteikongreß hatte die Schulsenatorin Hanna-Renate Laurien ebenfalls *offiziell ihre Kandidatur* angemeldet. In zahlreichen Beiträgen wurde von Weizsäckers Wechsel in die Villa Hammerschmidt scharf kritisiert.

Der *ehemalige Bundesbauminister* Dieter Haack (SPD) hat am Wochenende im Süddeutschen Rundfunk angekündigt, daß die Mehrheit der SPD-Mitglieder in der Bundesversammlung voraussichtlich für von Weizsäcker stimmen werde. Der CSU-Vorstand in München empfahl seinen Delegierten offiziell, den Unions-Kandidaten zu wählen. Aber, so *heißt es in dem Beschluß weiter, die* CSU gehe aufgrund der „Versicherungen" der CDU davon aus, daß die Mehrheit in Berlin bei den nächsten Wahlen erhalten bleibe. Der amtierende Generalsekretär Tandler sprach dabei von der „Haftungsfrage".

Seite 5: Lauriens Chancen wachsen

Wirtschaft sieht Konjunktur optimistisch

dpa, **Bonn/Hamburg**

Der Präsident des Bundesverbandes der *Deutschen Industrie*, Rolf Rodenstock, und die Westdeutsche Landesbank (WestLB) haben sich optimistisch zur konjunkturellen Entwicklung in der Bundesrepublik geäußert. Rodenstock erklärte, 1983 sei „wirklich das Jahr der konjunkturellen Wende". Als wichtigste Faktoren für die verbesserte wirtschaftliche Lage nannte er die Entwicklung in der Autoindustrie, der Chemie, den konsumnahen Wirtschaftsbereichen, der Nachrichtentechnik und der Elektronik.

Dazu meinte jedoch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Wolfgang Roth, das Gerede vom Aufschwung sei ein verhängnisvoller Selbstbetrug. Mit Zweckoptimismus allein würden die Arbeitslosen nicht von der Straße gebracht.

Die WestLB äußerte, die Chancen *zur Fortsetzung der konjunkturellen* Erholung im nächsten Jahr stünden gut. Als Risiken sieht das größte deutsche öffentlich-rechtliche Kreditinstitut die nächste Tarifrunde mit *Schwerpunkt Arbeitszeitverkürzung*, die internationale Schuldenkrise und das außergewöhnlich hohe Realzinsniveau.

Die Unionsparteien wollen mit der *Haushaltsdebatte des Bundestages in* der nächsten Woche eine breite wirtschafts- und finanzpolitische Offensive einleiten. Als ihr Ziel nannte Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, die Bevölkerung umfassender über die verbesserte Wirtschaftslage zu unterrichten.

In Paris demonstrierten 70 000 gegen den Rassenhaß

Sechs Minister und ein Algerier an der Spitze des Zuges

AUGUST GRAF KAGENECK, **Paris**

Frankreichs Außenminister Claude Cheysson hatte vor seinem Abflug zum *Athener EG-Gipfel* am Samstagabend noch ein Rendezvous besonderer Art: Er marschierte, umgeben von fünf Kabinettskollegen, an der Spitze eines Umzuges von 70 000 Menschen, *die auf den Straßen von Paris gegen* Rassenhaß und Verunglimpfung der Gastarbeiter und für die Gleichberechtigung der Menschen aller Hautfarben demonstrierten. Die Veranstaltung verlief ohne jeden Zwischenfall und unter großer positiver Anteilnahme der Bevölkerung.

Neben den Ministern an der Spitze des Zuges marschierte ein ungewöhnliches Duo: Toumi Djaidja, ein 20jähriger Algerier, und ein Polizist, der ihn vor vier Monaten im Lyoner Arbeitervorort Mignette, einem der „heißesten" Viertel Frankreichs, angeschossen hatte. Eine Delegation französischer und eingewanderter Arbeiter wurde anschließend von Präsident Mitterrand im Elysée empfangen, der den Marsch ausdrücklich befürwortet hatte.

Am 15. Oktober waren acht Demonstranten – vier weiße und vier dunkelhäutige – in Marseille zu dem Marsch für die „Egalité" aufgebrochen, der durch ganz Frankreich führte und in Paris seinen abschließenden Höhepunkt erreichte. Von Département zu Département schwoll der Zug an. Nirgends kam es zu Gegendemonstrationen, auch nicht in den Gegenden Frankreichs, wo besonders viele Gastarbeiter leben und wo es in letzter Zeit häufig zu Zwischenfällen zwischen Franzosen und Einwanderern kam. Sogar Polizisten nahmen zeitweise an der Demonstration teil.

Toumi Djaidja erklärte nach dem Empfang beim Staatspräsidenten im Elysée-Palast: „Jetzt hat sich die Lage endlich zu unseren Gunsten verändert, es wurde ein Schritt mehr zur Gleichberechtigung der Menschen getan. Von jetzt ab darf man niemals mehr pauschale Verurteilungen aussprechen und nicht mehr behaupten, daß alle Franzosen Rassisten sind. Da ein Polizist unsere Demonstration beschützt hat, darf ich in Zukunft nicht mehr alle "Polizisten als Schweinehunde beschimpfen."

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ruhestand und Rechtslage

Von Gisela Reiners

Arbeitsminister Norbert Blüm kommt in die Klemme zwischen dem, was politisch durchsetzbar, und dem, was juristisch machbar ist. Nachdem er einem Finanzminister, der kein Geld lockermachen will, und einem ebenfalls widerstbenden Wirtschaftsminister die Vorruhestandsregelung trotzt hat, machen ihm die Mittelständler in der Fraktion und der FDP das Leben schwer.

Gerade beginnen die Arbeitgeber, sich mit d schaften beitszeitverkürzung anzufreunden, und fünf G daß der geben sich umgänglich. Da wird es scho ger, dem Mi- Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Alfr kann Blüm nur nister den Rücken stärkt. Doch D istischen Fragwür- politischen Rückhalt geben. Gegen mit dem spitzen Stift digkeiten, auf die in der Frakts. gedeutet wurde. ist auch er werkschaften, die – mit Billi-

Bezeichnend ist, daß fünf gung des DGB – einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit den Vorzug vor der 35-Stunden-Woche geben, an Blüms Plan zwar herummäkeln und ihn verbessern wollen, aber ihn nicht in Bausch und Bogen ablehnen. Sie loben Blüm für den Schritt in die richtige Richtung und signalisieren Verhandlungsbereitschaft. Doch was nützt es, wenn rechtliche Fragen von den Mittelständlern aufgeworfen werden, die nahezu unlösbar scheinen?

Schwerwiegend ist die Frage, wie die Freiwilligkeit für Arbeitnehmer *und Arbeitgeber* im Streitfall zu regeln ist. Nicht minder verzwickt ist auch die Frage, ob nicht gegen das Gleichbehandlungsgebot verstoßen wird, wenn der Staat sich am vorgezogenen Ruhestand nur einer Gruppe von Arbeitnehmern beteiligt.

Sicher ist: Wenn es Blüm nicht gelingt, eine Vorruhestandsregelung vorzulegen, die die Rechtsprobleme aus der Welt schafft, deren sich seine Gegner als Munition bedienen, und wenn es ihm nicht gelingt, die Gewerkschaften rechtzeitig vor der Tarifrunde 1984 zu gewinnen, dann findet er bald seine „Fünf Getreuen" an der Seite derjenigen wieder, die für die 35-Stunden-Woche in den Arbeitskampf ziehen.

Castro irrt nie

Von Günter Friedländer

Kolumbiens seit mehr als zwanzig Jahren von Castro inspiriertes „Heer der nationalen Befreiung" (ELN) lehnte die Amnestie ab, mit der Präsident Belisario Betancur das Land befrieden wollte, aber nicht konnte. Aber nachdem es Belisarios Bruder Jaime entführt hat – womit dieser das Schicksal von mindestens zweihundert Kolumbianern teilt, die sich gegenwärtig *in Kolumbien in den Händen ihrer Entführer* befinden, fand sich für Don Jaime ein Fürsprecher, den die anderen Entführungsopfer (*darunter Frauen und Kinder*) nicht haben: Fidel Castro.

Kubas Maximo lider nannte die Entführung einen „schweren Fehler" des revolutionären Kampfes. Das ELN antwortete: „Der große Fidel Castro erweist sich als widerspruchsvoll angesichts unserer revolutionären Tat." Es droht mit der Ermordung Jaime Betancurs, wenn es keine Antwort auf im wesentlichen lohnpolitische Forderungen erhält, die sich mit Forderungen der Gewerkschaften decken.

Fidel Castro widerspruchsvoll? Nicht im Fall der Brüder Betancur. Gewiß, Castro rührte keinen Finger – Kolumbiens Regierung übrigens auch nicht –, als 1976 der bereits vergessene höchste Gewerkschaftsführer José Raquel Mercado von der Guerrilla entführt und ermordet wurde. Mercado war der einzige Neger, der je in Kolumbien eine so prominente Stellung erreichte. Die nie bestrafte Schandtat paßte in die Strategie des Bürgerkrieges, Gewerkschaftsführer zu zwingen, sich aus Angst für ihr Leben der Revolution anzuschließen. Gelungen ist das freilich nicht.

Heute ist es anders: Präsident Betancur hat der Guerrilla mit der Amnestie und dem „Dialog" einen politischen Status gegeben, *ohne daß sie deshalb ihren bewaffneten Kampf auch* nur einschränken mußte. Er ist der König auf dem Schachbrett der Guerrilla: hilflos, ohne Bewegungsfreiheit. Er *muß* das bleiben.

In der Karibik heißt es, daß Castro die Ermordung Bishops in Grenada anordnete und dann betrauerte. Surinams Diktator Desi Bouterse warf deshalb nach der Grenada-Aktion die Kubaner hinaus. Er ist selbst ein mit Blut befleckter „Chef der Revolution" seines Landes. Und er weiß, daß Revolutionäre nicht widerspruchsvoll sind, auch wenn strategische oder auch nur taktische Erwägungen sie so erscheinen lassen.

Dichtung und Wahrheit

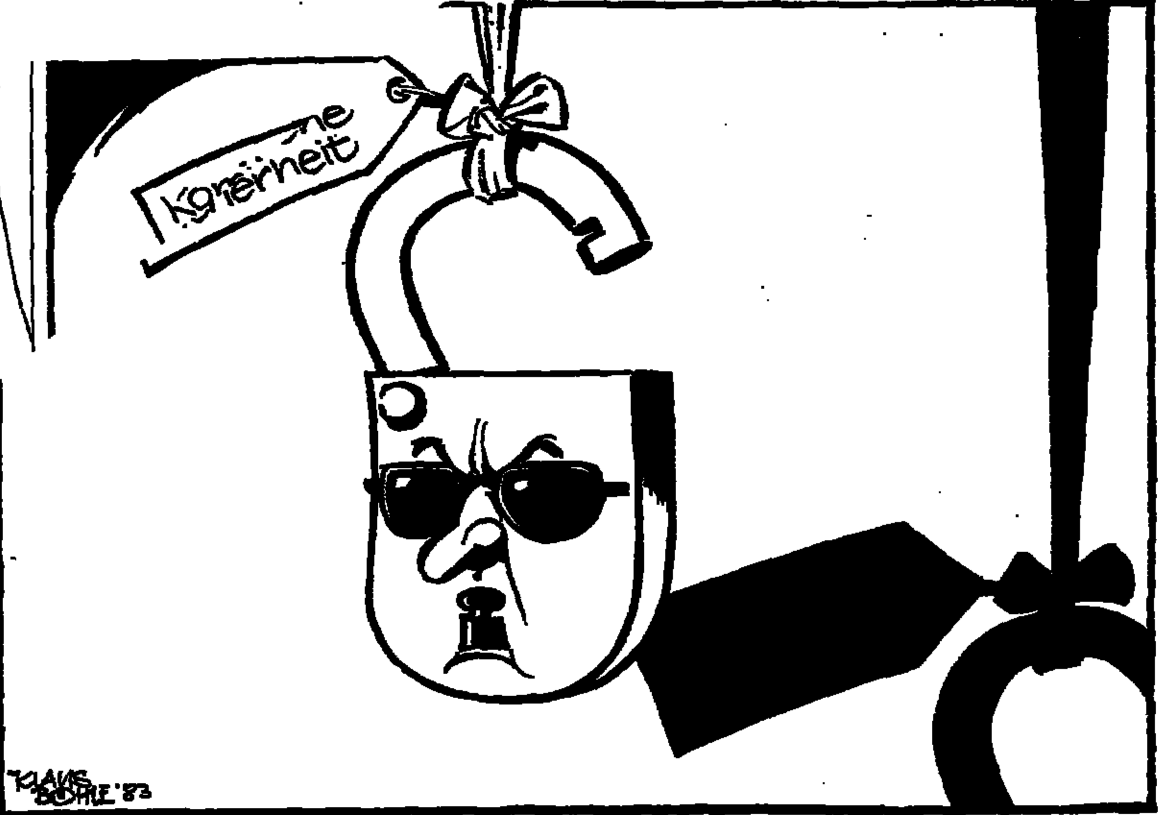
Von Lothar Schmidt-Mühlisch

Nach und nach kommt es heraus, in welchem Maß dieser „heiße Herbst" eine Theater-Inszenierung fernab aller Deckung durch die Realität gewesen ist. Angebliche Bundeswehrsoldaten demonstrierten in Uniformen für den Frieden. Nur, daß die Uniformen aus der Kleiderkammer politischer Kostümverleiher stammten. Angebliche Mütter demonstrierten mit ihren Kindern. Nur, daß die Kinder von nichtsahnenden Eltern stammten, die ihre Jüngsten in der Obhut eines zuverlässigen Babysitters wähnten. Angebliche Kriegsopfer demonstrierten. Nur, *daß so manche von ihnen gar keine* Opfer waren.

In Hamburg zog beispielsweise am 22. Oktober eine ältere Dame mit einem Transparent durch die Stadt, worauf zu lesen stand, ihr Vater sei vor Verdun verblutet, ihr Mann bei Stalingrad erfroren. Nun wolle sie ihre Kinder und Enkel nicht im nächsten Krieg verlieren. Kein Wort davon ist wahr. Die Dame gibt es selbst zu: Der Vater erlitt nur eine Armverletzung bei Verdun, der Mann lebt heute noch, bei bester Gesundheit im Alter von 83 Jahren. *Als Begründung gab die Demonstrantin* zu Protokoll, um der höheren Wahrheit willen sei ihre „*Dichtung*" *erlaubt*. Sie hätte ja durchaus geschehen können. Symbolisch genommen, sei diese Geschichte ja wahr.

Die Dame scheint bei unseren Klassikern in die Schule gegangen zu sein. Schiller sah in der Tat eine Aufgabe des Theaters darin, die Menschen vor einer Verschlimmerung ihres inneren Zustands zu bewahren. Und insofern hat bei ihm die „Wahrheit" durchaus symbolischen Charakter.

Sind wir also dahin gekommen, *Demonstrationen nun* auch schon als Dichtung zu verstehen? Ängste als ästhetisches Phänomen? Raketen vielleicht gar als dramaturgische Erfindung? Wer so denkt und handelt, begibt sich auf eine Rutschbahn. Das Bewußtsein einer solchermaßen angesprochenen Öffentlichkeit wird geradezu dazu erzogen, die ohnehin immer komplizierter und unwirklicher werdende Realität nicht mehr ernst zu nehmen. Die Ästhetisierung der Macht und des Politischen führt nicht nur zum Verfall der politischen Moral. Sie kann auch real tödlich sein.



Neu im Weihnachtsangebot

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Gruß von Bonaparte

Von Carl Gustaf Ströhm

Befindet sich die Sowjetunion während der weltweiten Raketenkrise in einem Zustand politischer *Führungslosigkeit? Auf* diese Frage werden wir am 28. Dezember vielleicht eine Antwort erhalten. An diesem Datum tritt der Oberste Sowjet in Moskau zusammen. Vorher findet üblicherweise eine Sitzung des ZK der KPdSU statt. *Spätestens zu diesem* Zeitpunkt wird man erfahren, ob Andropow wieder im Amt und ob er bewegungs- und damit handlungsfähig ist. Sein monatelanges Fehlen auf der Moskauer politischen Bühne, sein Fernbleiben von den Feierlichkeiten zum *Jahrestag* der Oktoberrevolution (seit Lenins Tagen war noch nie ein sowjetischer Parteichef an diesem Datum abwesend) haben die wildesten Gerüchte aufkommen lassen.

Bereits beim Besuch des finnischen Staatspräsidenten Koivisto mußte Andropow mühsam gestützt werden; als kurz darauf Bundeskanzler Kohl Moskau besuchte, ließ die sowjetische Seite ein Gespräch zwischen Andropow und Kohl kurzfristig aus „humanitären Gründen" absagen. Schon daraus ergibt sich, daß es nicht nur die offiziell vorgeschobene „Erkältung" war, die den sowjetischen Parteichef von der Tribüne des Roten Platzes am 7. November fernhielt.

Selbst wenn man die wilden Gerüchte um Andropow beiseite läßt – die Tatsache allein, daß sie verbreitet werden und daß von sowjetischer Seite nichts Ernsthaftes erfolgt, um ihnen entgegenzutreten (obwohl die sowjetische Führung gerade jetzt innen- und außenpolitisch großes Interesse haben müßte, glaubwürdig präsent zu sein): Das alles läßt eigentlich nur einen Schluß zu. Andropow ist im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr Herr des sowjetischen Apparats und der *Moskauer politischen* Szene.

Daß der Generalsekretär in der für Moskau ungemein wichtigen Raketenentscheidung persönlich keinen Augenblick lang sichtbar und hörbar wurde, daß statt seiner Verteidigungsminister Marschall Ustinow und allenfalls noch Außenminister Gromyko das Wort ergriffen, ist ein bedenkliches Zeichen. Briefe Andropows an den deutschen Bundeskanzler und an andere westeuropäische Regierungschefs entkräften diese Vermutung nicht: Denn niemand weiß, ob er sie selber geschrieben *hat oder ob sie nur in seinem* Namen verfaßt wurden. Einem Manne von der Intelligenz Andropows muß klar sein, daß die internationale ebenso wie die innere Situation einen Akt der Präsenz des Generalsekretärs unbedingt erfor*derlich macht. Wenn man* die Pietät einmal beiseite läßt, müßte man sagen: Er hätte sich mit letzter Kraft vor eine Fernsehkamera schleppen müssen. Er hätte zeigen müssen, daß immer noch er der Mann ist, der auf sowjetischer Sei*te mit Reagan und den* Amerikanern verhandelt – und nicht Ustinow oder gar der Generalstabschef Ogarkow.

Wenn das nicht geschah, so ist das ein Indiz dafür, daß er physisch nicht in der Lage war, zu sprechen. Im *unbarmherzigen audivisuellen* Zeitalter muß ein politischer Führer auf den Bildschirmen präsent sein. Wenn er es nicht ist, wird dies von Freund und Feind – besonders aber von den Gegenspielern im Innern – als Anfang vom Ende und *damit als Signal gewertet*, sich von dieser Person abzuwenden.

Schon beim Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges zeigte sich, daß die Moskauer politische Führung den Militärs jene Fernsehschirme und Pressekonferenzen überlassen hatte, die eigentlich gerade in einem Einparteienstaat wie der Sowjetunion ausschließlich der politischen Spitze zustehen. Es dauerte ganze drei Wochen, bis sich nach dem Zwischenfall die oberste Parteiführung überhaupt *zu Wort meldete*. Wenn man bedenkt, daß einer der Vorgänger Andropows, Josef Stalin, Dutzende von sowjetischen Marschällen und Generälen – an ihrer Spitze die legendären Marschälle Tuchatschewskij und Blücher – auf den leisesten Verdacht des „Bonapartismus" hinrichten ließ; wenn man sich ferner daran erinnert, daß Chruschtschow jenen Mann, der ihn vor den Stalinisten gerettet und ihm damit zur obersten Macht verholfen hatte, Marschall Schukow, *gnadenlos* und überfallartig aller Ämter und Posten entkleidete, aus Furcht, der militärische Kriegsheld könne zu mächtig werden – dann weiß man erst, was diese Wendung unter Andropow für das künftige Schicksal der So*wjetunion* bedeuten kann. Es stellt sich also die Frage, ob das polnische Beispiel – ein kommunistischer Militärdiktator an der Spitze von Partei, Staat und Armee – nicht auch in Moskau Schule machen könnte.

Von den Reformansätzen, die man zu Beginn der „Ära Andropow" zu erkennen glaubte, ist seit Monaten nichts mehr zu sehen und zu hören. Die reformfreudigen Ungarn, die noch vor einem Jahr voller Zuversicht waren, daß in Mos*kau alles (oder vieles) in ihrem* Sinne läuft, hoffen und beten jetzt nur, daß Andropow möglichst lange im Amt bleiben möge. Die dogmatischen Kräfte in Osteuropa, die den Machtantritt Andropows mit Unbehagen betrachteten, sind offenkundig wieder besserer Laune.

Gleichzeitig aber ist – wie immer, wenn das Zentrum sich selbst paralysiert – an den Rändern des Reiches ein Anwachsen zentrifugaler Tendenzen zu beobachten. Wenn in Moskau eine unübersichtliche *Machtsituation gegeben ist*, weiß niemand mehr, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Die Außenwelt aber muß sich auf eine Periode der Ungewißheit und auch auf verstärkte irrationale Aktionen und Reaktionen Moskaus gefaßt machen. Ein tragfähiges Abrüstungsabkommen setzt – um nur ein Beispiel zu nennen – eine mit Autorität, Kompetenz und Handlungsfähigkeit ausgestattete politische Führung im Kreml voraus. Eine solche ist aber nicht in Sicht.



Kranker Staatschef, führungsloser Staat: Andropow FOTO: DPA

IM GESPRÄCH Edouard Saouma

Der Stellenvermehrer

Von Manfred Neuber

Ein etwas selbstherrlicher „Feldherr" führt den Kampf gegen Hunger und Unterernährung in der Welt: Edouard Saouma (57), Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschafts-Organisation der Vereinten Nationen (FAO) mit Sitz in Rom.

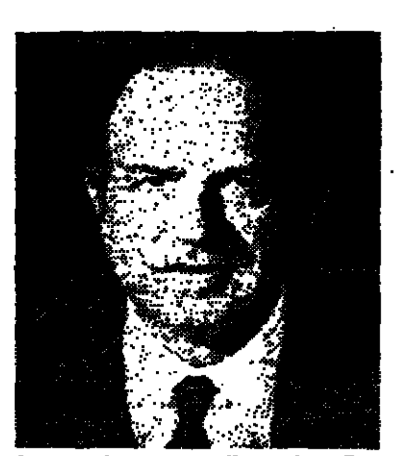
In dem *häßlichen FAO-Gebäude* aus der Mussolini-Ära, gegenüber dem „Circus Maximus", schadet kritisches Nachfragen der Karriere; fremde Kritik an der Bürokratie der FAO wurde bisher selbstgerecht ignoriert. Nun hielt der Westen den Daumen auf das Budget, und das verhalf zu mehr Sparsamkeit.

„Ich habe vierzig Planstellen gestrichen und 7,5 Millionen Dollar an Verwaltungskosten in diesem Jahr eingespart", verkündete Saouma stolz. „Die Personalkosten werden von 1976, als ich mein Amt antrat, bis 1984 von 77 auf 57 Prozent zurückgehen. Diese Zahlen sprechen für sich."

Allerdings hatte Saouma schon gleich nach seiner Wahl zum FAO-Generaldirektor ab 1. Januar 1976 eine „Schlankheitskur" für die heute mit fast zehntausend Mitarbeitern im Innen- und Außendienst operierende Organisation verordnet – und dann *doch im Zeitraum von vier Jahren* den Stellenplan von damals noch mit 7600 Posten um ein knappes Drittel aufgebläht.

Saouma setzte auch eine Statuten-Änderung durch, so daß die Mehrheit der Entwicklungsländer im FAO-Rat den Libanesen vor zwei Jahren für eine zweite Amtszeit wählen konnte. Ohnehin mit großem Ermessungsspielraum ausgestattet, entzog er mit dem sogenannten „Feuerwehrfonds" die Finanzpolitik der FAO weiter der Kontrolle durch die westlichen Staaten, die am meisten einzahlen.

Von der Dürre in Afrika werden nach seinen Angaben gegenwärtig mehr als 150 Millionen Menschen in 22 Ländern betroffen. Zur Linderung des Hungers *rief die FAO* zu internationaler Not-Hilfe auf. Wie Saouma in einem Interview mitteilte, nahmen an den dringlichen Beratungen weder Opec-Staaten noch solche des kommunistischen Blocks teil. Die Sowjetunion ist nicht einmal Mitglied der FAO.



Jetzt sieht er auch die andere Seite: FAO-Generaldirektor Saouma FOTO: DIE WELT

Als Ausweg aus der Misere in den Entwicklungsländern, die nicht genügend Nahrungsmittel produzieren können und von Naturkatastrophen *heimgesucht werden, sieht Saouma* nur einen verstärkten Handel. Sein Credo lautet: „Handel hilft fünfzigmal mehr als Unterstützung."

Der gelernte Agraringenieur, ein mennonitischer Christ, war früher Landwirtschaftsminister in Libanon, bevor er *auf regionaler Ebene* in die Dienste der FAO trat, der mittlerweile größten UN-Sonderorganisation. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter und einen Sohn.

Solange die Industrienationen zahlten und schwiegen, blies Saouma *kräftig in das Horn der Habenichtse*, die für ihre Helfer nur Undank aufbrachten. Neuerdings findet er aber wohlwollende Worte für den Westen und scheut sich nicht, auch auf Mißstände in der Dritten Welt hinzuweisen. Kasse macht nachdenklich.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE OBSERVER

In der Londoner Zeitung heißt es zum Thema EG:

Der französische Finanzminister Jacques Delors hat vorgeschlagen, daß die Ausgaben der Kontrolle der Finanzminister unterstellt werden sollten, die ein Budget aufstellen und es in regelmäßigen Abständen überwachen würden ... Der französische Vorschlag, so kurz vor der Eröffnung des Treffens in Athen, und das Tempo, mit dem er von Großbritannien und Deutschland willkommen geheißen wurde, deuten einen koordinierten Plan an und haben Hoffnungen entstehen lassen, daß ein solides Abkommen in Athen möglich sein könnte. Mit Sicherheit braucht die Gemeinschaft das, wenn sie einen Schritt nach vorn zur Erweiterung tut.

BERLINER MORGENPOST

Zur Aufführung eines Stücks von Heiner Müller im Berliner Schillertheater (siehe auch WELT von heute, S. 15) heißt es in dem Blatt:

Nicht erst seit gestern gilt derjenige als rückständiger *Banause*, der die Frage aufwirft, ob moralische Anstalten denn partout in Bedürfnisanstalten umfunktioniert werden müssen. Insoweit haben auch jene eine angemessen arrogante Replik verdient, die der jüngsten Szenen-Collage des Herrn *Müller im Berliner* Schiller-Theater nicht mit gebührendem Respekt begegnen. Handelt es sich doch bei Müllers Werk um ein Stück Gegenwartsliteratur, die dem Volke vorzustellen zu den fundamentalen und subventionierten Aufgaben unserer Theatermacher gehört. Und wenn dem Publikum bei der Sache übel wurde, weil nun einmal nicht jeder in der Lage ist, Schauspielern beim Pinkeln und Kotzen völlig unbeteiligt zuzuschauen, so liegt das eben an der *Ignoranz*, vielleicht auch an der Nervenschwäche einer unreifen Versammlung von Bildungsbürgern. Diese Bildungsbürger stellen sich indes die Frage, warum Kreationen à la Müller, wenn sie denn schon zur Diskussion gestellt werden müssen, *nicht in einem Untergrundtheater* aufgeführt werden.

HESSISCHE ALLGEMEINE

In dem Kasseler Blatt heißt es zur „Prawda"-Attacke auf Kohl

Der Auslegungsstreit zwischen Bundeskanzler Kohl und der Moskauer „Prawda" in Sachen Andropow-Brief hat ... groteske Züge. Das offizielle Kreml-Organ bezichtigt der *„schamlosen Täuschung"* und Falschauslegung. Der standhafte Kanzler läßt sich indes nicht beirren. Er behauptet unverdrossen, seine optimistische Deutung sei richtig, mögen die „Prawda" und am Ende Andropow doch dagegen halten, was sie wollen. *Auf diese Weise holt die* Wirklichkeit die Satire ein, und übertrifft sie noch. Es geht um den Satz, wonach die Sowjetunion „die entstandene Situation nicht als unumkehrbar" betrachten will. Daß Andropow damit die westliche Nachrüstung meinte, *hätte auch dann auf der Hand* gelegen, wenn es durch die „Prawda" nicht noch einmal ausdrücklich bestätigt worden wäre. Nachdem es aber so rigoros bestätigt wurde, muß man *sich* fragen, auf welcher tieferen Einsicht Kohls Version beruht. Überhaupt auf Einsicht oder dem Prinzip des positiven Mißverstehens?

Zwei Jahre reformieren und dann in Ewigkeit zahlen

Der Eifer der französischen Sozialisten kostet immer neue Milliarden / Von Joachim Schaufuß

Die Schulden des französischen *Staates werden immer größer*. Wohl hat die sozialistische Regierung im März einen rigorosen Austerity-Kurs eingeschlagen. Aber die von ihr zuvor für die Finanzie*rung ihrer ambitiösen Sozialpolitik* aufgenommenen Kredite waren so gewaltig, daß Verzinsung und Amortisierung den Staatshaushalt immer stärker belasten.

Die jetzt zur Zeichnung aufgelegte neue Staatsanleihe von zwölf Milliarden Franc oder vier Milliarden DM liefert dafür einen neuen Beweis. Es ist die dritte dieses Jahres, die zur Finanzierung des Budget-Defizits aufgenommen wurde. Mit *zusammen 47 Milliarden* Franc wird damit langfristig aber noch nicht einmal die Hälfte des gegenwärtig auf 119 Milliarden Franc veranschlagten Fehlbetrags abgedeckt. *Der Rest muß durch kurzfristige* Geldbeschaffung und damit letztlich durch die Notenpresse aufgebracht werden.

Demgegenüber hatte die frühere Regierung ihre sehr viel niedrigeren Budgetdefizite in erheblich geringerem Maße in solch inflatorischer Weise finanziert. Auch wur*den von der derzeitigen Regierung* trotz anders lautender Bekundungen die Finanzierungsmethoden noch nicht verbessert. Standen doch im letzten Jahr einem Bud*get-Defizit von 96 Milliarden Franc* Staatsanleihen von 40 Milliarden Franc gegenüber, was etwa dem gleichen Verhältnis entspricht.

Allerdings mußte im letzten Sommer von den Franzosen eine Zwangsanleihe von vierzehn Milliarden Franc zur Abdeckung des Sozialversicherungs-Defizits gezeichnet werden. Dadurch wurde *zusätzliche Kaufkraft* abgeschöpft, was sich preisdämpfend ausgewirkt hat, zumal da gleichzeitig die Steuern kräftig erhöht wurden.

Auch hat der Staat den Kapitalmarkt prozentual nicht stärker belastet als im letzten Jahr. Denn allein bis Ende September konnten dort 176 Milliarden Franc für Neuemissionen untergebracht werden. *Das waren vierzig Milliarden Franc* mehr als in den ersten neun Monaten von 1982. Um so stärker aber wurde dieser Zuwachs von den Staatsunternehmen zum Nachteil der privaten Wirtschaft absorbiert. Dies ist ein wesentlicher Nachteil *gegenüber anderen Ländern, in de*nen die verstaatlichten Unternehmen eine geringere Rolle spielen und deren Kapitalmärkte überdies viel aufnahmefähiger sind.

Hinzu kommt das außergewöhnlich hohe französische Zinsniveau. Trotz der weltweiten Zinsentspannung muß der Staat für seine neue Anleihe immer noch 13,8 Prozent bieten, um sie reibungslos unterzubringen. Für die Obligationen der vorangegangenen Emissionen werden noch höhere Zinsen gezahlt. Das ist eine Folge der überdurchschnittlichen französischen Inflationsrate.

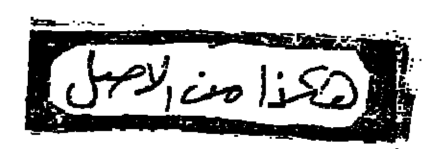
Bei einer Staatsverschuldung von inzwischen 550 Milliarden Franc läßt sich die diesjährige Zinslast darauf auf 58 Milliarden Franc veranschlagen. Das ist etwa die Hälfte des gesamten Budget-Defizits. Im nächsten Jahr wird man nach eigenen Angaben der Regierung auf 70 Milliarden Franc kommen. Im Jahr vor dem Machtwechsel (1980) hatte diese Belastung erst 24 Milliarden Franc erreicht. Die für die Amortisierung der jetzt in progressiver Weise fällig werdenden Staatspapiere erforderlichen Mittel sind dabei noch nicht berücksichtigt.

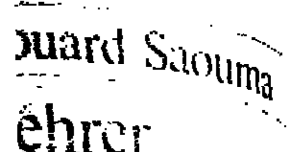
Noch schlechter aber steht es um die französische Auslandsschuld. Denn sie ist durchweg in Devisen – zumeist in Dollar – zu verzinsen und zu amortisieren. Das bedeutet, daß sie durch jede Franc-Abwertung und Dollar-Hausse für den französischen Staat und damit für den Steuerzahler teurer wird. Allein im 1. Halbjahr 1983 ist sie nach offiziellen Angaben um neun Prozent auf 48 Milliarden Dollar gestiegen. In nationaler Währung ausgedrückt, erhöhte sie sich aber um 25 Prozent auf 369 Milliarden Franc. *Das sind etwa 30 000* Franc oder 10 000 DM je privater Haushalt.

In Wirklichkeit liegt die Auslandsschuld aber noch höher. So veranschlagt sie die Finanzkommission des französischen Senats per Ende September auf 450 Milliarden Franc, und in internationalen Finanzkreisen reichen die Schätzungen bis zu 560 Milliarden Franc. Danach hätte sich die Auslandsschuld innerhalb von zwei Jahren vervierfacht. Sie würde so die amtlichen WäKrungsreserven einschließlich des zu Marktpreisen bewerteten Goldbestands um mehr als das Doppelte übertreffen. Nicht berücksichtigt sind dabei allerdings die französischen Auslandsguthaben von zuletzt 229 Milliarden Franc, die aber durchweg gegenüber notleidenden Entwicklungsländern besteKen.

Für die Amortisierung der Auslandsschuld wurden dieses Jahr etwa fünfzig Milliarden Franc an Devisen benötigt. Bei konstanten Wechselkursen würde sich diese Last bis 1986 auf neunzig Milliarden Franc erKöhen, schätzt man. In diesem Umfang müßte Frankreich Leistungsbilanzüberschüsse erzielen, wenn verhindert werden soll, daß allein für den Zinsendienst neue Auslandskredite aufzunehmen sind. Dies aber dürfte immer schwieriger werden.

Deshalb muß die sozialistische Regierung ihre derzeitige Austerity-Politik in vielleicht noch verschärfter Form fortsetzen. Die Hypotheken, die sie in den ersten zwei Jahren ihrer Amtszeit aufgenommen hat, werden Frankreich noch lange belasten.









Nach dem warmen Regen die kalte Dusche für die Bäder

Zwei Jahrzehnte lang erlebten die Kurorte einen Höhenflug – jetzt droht mancherorts der Absturz. Wo einst mittelständische Unternehmen im Sog des Kuren-Booms florierten, zwingt nun die Sparpolitik zum Abspecken. Gehen Deutschlands Bäder baden?

Von PETER JENTSCH

Baron von Mallinckrodt steht das Wasser bis zum Hals. Für die Zukunft seines luxuriös eingerichteten Park-Sanatoriums St. Georg in Bad Soden-Salmünster sieht er schwarz: „Wir haben hier Millionen investiert und Auflagen der Versicherungsträger erfüllt. Ob ich aber die Kreditzinsen im Dezember noch bezahlen kann, das weiß ich nicht", sagt er. Exitus auf Raten, seit die Kurgäste ausbleiben.

Der Bäckermeister in der Nähe des Sanatoriums backt nur noch „kleine Brötchen". „Ich mußte sieben Mitarbeiter entlassen", klagt er. Geschrumpft zum Familienbetrieb, weil die Kurgäste fehlen.

Charly Moon, Hammondorganist im Tanzcafé Bad Mergentheim, spielt Evergreens aus den fünfziger Jahren. Fast zögernd gleiten seine schmalen Finger über die Tasten: „Für wen?" fragt er. Ein Pärchen tanzt, eine Witwe im abgetragenen Persianerjäckchen starrt gedankenverloren die Wände an. „Früher", seufzt Charly Moon, „war's hier proppenvoll, da machte es Spaß zu spielen. Heute ...?".

Jörg Meininghaus, Kurgast in Wiesbaden, hat's an der Leber. „Das ist meine erste Kur", betont er – „und meine letzte." Abend für Abend sitzt er allein in einem tristen Doppelzimmer. Punkt zehn Uhr ist Feierabend, „da läuft nichts mehr". Auch draußen nicht: „Sollte ich später aus dem Kino kommen, stehe ich vor verschlossener Tür. Kur ist Kur, Nachtleben ist nicht. Und hier? Ich langweile mich über den Abend mit den restlichen zwölf Kurgästen (in einem 120-Betten-Haus). Wir kommen uns verloren vor."

Von 275 Beschäftigten wurden 108 entlassen

Kurdirektor Federsen in Bad Salzschlirf weiß auch nicht, wie es weitergehen soll: „1981 haben wir mit unserem Kurbetrieb noch einen Überschuß von 245 000 Mark erwirtschaftet. Ein Jahr darauf hatten wir bereits 800 000 Mark Verlust, in den ersten neun Monaten dieses Jahres schon 600 000 Mark." Eine der Folgen: „Von unseren 275 Beschäftigten in der Kurverwaltung haben wir bis heute 108 entlassen müssen."

In Deutschlands Bädern grüßt Tristesse. Gehen die Bäder baden?

Alfred Dregger, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, machte sich vor Ort ein Bild. Doch Trost zu spenden vermochte er nicht. Den Verantwortlichen in Bad Soden-Salmünster und in Bad Salzschlirf erklärte er: „Die vom Gesetzgeber gewollte Kostendämpfung (im Gesundheitswesen) hat sich im Bereich der deutschen Heilbäder und Kurorte, vor allem wegen der Kumulierung mit konjunkturellen Schwierigkeiten, vom ‚Bremsen' zum ‚Schleudern' entwickelt. Höhere Arbeitslosigkeit sei die Folge. Jedoch, so schränkte Dregger ein: „Eine Rücknahme der die Zahl der Kuren beeinflussenden gesetzlichen Maßnahmen ist zur Zeit nicht geplant. Der vom Parlament beschlossene Erfahrungsbericht über die Selbstbeteiligungsmaßnahmen auch im Kurwesen, der Ende 1984 vorgelegt werden soll, soll abgewartet werden."

Seit 1957 expandiert das Gewerbe. Damals entschlossen sich die Rentenversicherungen, vierwöchige Kuren zu bezahlen, die, vorbeugend oder nachbehandelnd, der „Erhaltung der Erwerbsfähigkeit" dienten. Das traf sich trefflich mit der Absicht von Bund und Ländern, den Nachkriegs-Boom auch in strukturschwache Gebiete zu lenken, in Gebiete also mit wenig Industrie, landschaftlich reizvoll gelegen, mit sauberem Wasser und sauberer Luft. Milliarden wurden in diese Kurorte investiert, langfristige Belegungsverträge zwischen Privatkliniken und Rentenversicherern geschlossen.

Seit 1957 entstanden fast 80 neue Kurorte

Wer damals im Verdacht stand, überflüssiges Geld zu besitzen, dem brachte die Post beinahe täglich Angebote ins Haus, sich am Bau von Kurkliniken als Abschreibungsmodelle zu beteiligen. Folge: Aus den 279 000 Betten in 179 Kurorten im Jahre 1957 wurden 657 000 Betten in 257 Kurorten im Jahre 1981. Mehr noch: All diese Betten füllten sich – ausgelastet zwischen 60 und 80 Prozent, je nach Jahreszeit. Das Geschäft florierte. In diesem Sog investierten die Kurorte Milliardenbeträge. Die angegriffene Gesundheit galt als eine der wenigen wirtschaftlichen Größen, die sichere Geschäfte versprach. Es entstanden neue Badehäuser und Kurmittelgebäude, Paläste aus Glas und Beton, Thermalbäder mit Schleuse zwischen Hallen- und Freigelände, und ein bißchen alter Baumbestand wurde zum Kurpark hochstilisiert.

In diesem Umfeld gedieh die „Sekundärstruktur", das Milieu der kleinen mittelständischen, einheimischen Betriebe, entstanden Cafés, Kneipen, Tanzlokale, Reformhäuser, Pensionen, Schönheitssalons, Bäckereien, Boutiquen, Andenkenläden und Schmuckgeschäfte mit dem kleinen Geschenk für den Kurschatten.

Doch dann sanken die Umsätze und stiegen die Sorgen. Der Niedergang der Bäder-Provinz begann 1982 mit der Wirksamkeit des zweiten Haushaltsstrukturgesetzes und des Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetzes. Seit Anfang 1982 bekommt nur noch eine Kur genehmigt, wer in seiner Erwerbsfähigkeit „erheblich gefährdet" ist. Die Krankenkassen dürfen zudem 1982 und 1983 für Kuren nicht mehr ausgeben als 1980. Schließlich müssen die Interessenten nun mindestens drei statt, wie zuvor, zwei Jahre warten, bis sie erneut einen Kurantrag stellen dürfen. Speziell die Ersatzkassen trifft die weitere Vorschrift, wonach einzelne Kassen höchstens 20 Prozent mehr ausgeben dürfen, als im Schnitt aller Kassen pro Jahr anfällt. Die Angestelltenkassen hatten sich früher großzügiger gezeigt als die Ortskrankenkassen, weil das der Mitgliederwerbung diente.

Um das Ausgabenlimit einzuhalten, einigten sich die Ersatzkassen darauf, offene Badekuren nicht mehr in den Sommermonaten zu gewähren. Es entfällt seither der sogenannte „Kurlaub", in dem der Versicherte Ort und Unterkunft frei wählen kann, die Fahrtkosten und einen Teil der Unterbringungskosten selbst zahlt und den Rest von der Kasse erstattet bekommt. Prompt ließ denn auch das Interesse nach. Und Otto Weissenberger, Präsident des Deutschen Wirtschaftsverbandes der Heilbäder und Kurorte, rechnet „mit einer Reihe von Kurklinik-Bankrotten".

Der Mann hat recht. Allein bei der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) in Berlin ist die Zahl der bewilligten Kuren von 344 000 im Jahre 1981 auf 222 000 im vergangenen Jahr zurückgegangen. Vielen privaten Vertragshäusern wurden die Betten gekündigt. Die BfA und die Landesversicherungsanstalten (LVA) belegen zunächst ihre eigenen Häuser.

Ein Leidtragender ist Baron von Mallinckrodt in Bad Soden-Salmünster. Die LVA Unterfranken belegte bei ihm 1980 noch 711 Betten, 1983 noch ganze 56. Die LVA Baden bewilligte 1980 in seinem Sanatorium noch 1376 Kuren, 1983 waren es noch ganze 228. Der Umsatz sank von 4,9 Millionen Mark in 1980 auf 771 000 Mark in diesem Jahr. Die Belegungsquote rutschte von 94 Prozent 1980 über 80 Prozent 1982 auf 13 Prozent in diesem Jahr.

Ein sicher schwerer Schlag für Baron von Mallinckrodt und andere Klinikbetreiber, zumal diese Entwicklung nicht vorhersehbar war und mit der allgemeinen konjunkturellen Baisse zusammentraf.

Bonn läßt zunächst alles beim alten

Indes, ein Gesundschrumpfen auf diesem expandierten Markt scheint notwendig zu sein. Denn daß in luxuriösen Kurkliniken, die durchaus einen Vier-Sterne-Hotel-Standard erreichen, auf Kosten der Sozialversicherung gekurt werden muß, das ist nun wirklich nicht einzusehen.

Und auch die Kurorte werden sich mit weiter sinkendem Gewerbesteueraufkommen und Schlüsselzuweisungen durch die Landesregierungen begnügen müssen. Allein in Bad Soden-Salmünster ging die Zahl der Übernachtungen um 130 565 auf 717 399 im Jahr 1982 zurück. In diesem Jahr fiel die Zahl auf den Stand von 1975, auf rund 490 000. In diesen beiden Jahren hatte die Gemeinde Mindereinnahmen in Höhe von 22,6 Millionen Mark, Folge des Ausfalls von Kurmitteln, Kurtaxe und des Kaufkraftverlustes.

Die Bundesregierung will zunächst einmal alles beim alten belassen. Alfred Dregger hatte vor Ort nur wenig Tröstliches anzubieten. Er will sich in der Fraktion nur stark machen für die Einführung einer Ausnahmeregelung für Vorbeuge- und Genesungskuren in der Krankenversicherung vor Ablauf von drei Jahren, wenn die vorzeitige Kur medizinisch indiziert ist. Und er plädiert für die Möglichkeit, die Zuzahlungsverpflichtung bei Kuren durch teilweisen Urlaubsverzicht abzulösen.

Bei allem Verständnis für die Sorgen der Betroffenen, es scheint kein Weg daran vorbeizuführen: Deutschlands Kurprovinz muß abspecken.

Raumverteidigung durch „Nadelstiche": Mit Lenkraketen wollen die Verfechter der „defensiven Verteidigung" den Angreifer stoppen FOTO: GÜNTHER OED

Von der Abschreckung zum „Nadelstich"?

„Alternatives Denken" überall – nun ist auch die Verteidigungs-Strategie der NATO im Visier. Heute und morgen diskutiert der Verteidigungsausschuß des Bundestages mit Experten über „alternative Strategien". Im Mittelpunkt: die „defensive Verteidigung".

Von RÜDIGER MONIAC

Horst Afheldt wird die zentrale Figur der Anhörungsreihe im Saal 1903 des „Langen Eugen" sein. Der Dr. rer. pol., Jahrgang 1924, Mitarbeiter des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften in Starnberg, ist seit Jahren der prononcierteste Vertreter der „defensiven Verteidigung". So steht es, über ihn notiert, im Klappentext des gerade erschienenen „rororo-aktuell"-Bandes mit gleichlautendem Titel.

Diese „defensive Verteidigung" soll, heißt es dort weiter, so organisiert sein, daß von ihr keine offensive Gefährdung anderer Nationen ausgeht, gleichwohl ein Angriff auf das eigene Territorium abgewendet werden kann. Als zentrale Punkte des Konzepts nennt dieser Text eine Umrüstung auf defensive konventionelle Waffen, die intelligente Anwendung moderner und kostensparender Waffentechnik, die dem Gegner keine großen, den atomaren Einsatz lohnenden Ziele bieten.

Damit ist das Stichwort gegeben: keine für den Gegner lohnenden Ziele, vor allem keine für Atomwaffen. Horst Afheldt, früher ein enger Mitarbeiter des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker, hofft einen Weg zu zeigen, der die NATO-Verteidigung vom Einsatz von Kernwaffen unabhängig macht und dem Gegner für seine Kernwaffen keine „militärisch lukrativen Ziele" bietet. Dann, so Afheldt, „kann man hoffen, mit unverwundbar stationierten Kernwaffen der NATO den Gegner vom Einsatz seiner Kernwaffen abzuschrecken und sowohl den militärischen als auch den politischen Einsatz von Kernwaffen auf beiden Seiten in Europa extrem unwahrscheinlich zu machen".

Sein Mentor Carl Friedrich von Weizsäcker hat vor Jahren, als in der Allianz die Entscheidung über den NATO-Doppelbeschluß bevorstand, diese Forderung dahingehend konkretisiert, neue Mittelstreckenwaffen sollten nicht auf Land stehen, sondern auf See, auf U-Booten, wo sie nicht zu treffen seien.

Bis die konventionelle Verteidigung in Europa den von Afheldt geforderten Standard hat, sollen diese Nuklearsysteme auf See auch eine Aufgabe für den Ersteinsatz behalten, allerdings nur „mit ausschließlich politischer Zielsetzung".

Für die konventionelle Verteidigung der NATO, glaubt Afheldt zu wissen, daß eine strikt defensive Bewaffnung bestimmte günstige politische Wirkungen hätte, die schließlich die Lage in Europa stabilisieren könnten. Sie zwinge den Gegner nicht zum Gegenhalten, was wieder zu mehr Rüstung führe, zum sogenannten Wettrüsten. Überdies, so Afheldt, helfe diese Art defensiver Rüstung, jeden militärischen Vorteil eines präventiven oder präemptiven Angriffs zu beseitigen. Und schließlich trage sie dazu bei, eine Verteidigung auf westlicher Seite aufzubauen, die „nicht selbstmörderisch ist". Denn einmal, so meint er zur Begründung, „schreckt eine selbstmörderische Verteidigung mehr den Verteidiger als den Angreifer ab ... Zum anderen ist eine selbstmörderische Verteidigung selbst im Frieden auf Dauer nicht konsensfähig".

Klagen über den verlorenen Konsens

Konsens ist der Begriff, der die gegenwärtige öffentliche Debatte über die Sicherheitspolitik und den richtigen Weg der Friedenssicherung immer mehr bestimmt. Zu allererst benutzen ihn Sozialdemokraten, um damit zu sagen, daß die gültige NATO-Strategie der Abschreckung weiterentwickelt, gar abgelöst werden müsse. So etwa Helmut Schmidt in seiner Hamburger Rede zum zehnjährigen Bestehen der Hochschule der Bundeswehr. Aber auch „Grüne", „Alternative" und andere Bewegungen beklagen den verlorengegangenen Konsens.

Diese Methode, so halten Kritiker entgegen, entspreche dem Bild vom Brandstifter, der „Feuer" schreit. Schließlich hätten jene Kräfte ja mitgeholfen, Mißtrauen, ja Angst vor der NATO-Verteidigung zu schüren, um dann sagen zu können, etwas anderes müsse sie ersetzen, was weniger selbstzerstörerisch und damit „selbstabschreckend" wirke.

Mit seiner Raumverteidigung, die er von anderen Strategiedenkern wie Brossolet und Spannocchi übernommen und weiterentwickelt hat, glaubt Afheldt den „konsensfähigen" Weg gefunden zu haben. Politisch werden seine Vorschläge gewiß noch Wirkung haben, denn abgesehen von den „Grünen" konzentrieren sich starke Kräfte in der SPD darauf, ein Konzept der „alternativen Verteidigung" zu entwickeln. Der kommende Mai-Parteitag der Sozialdemokratie in einer noch nicht bestimmten Stadt des Ruhrgebiets dürfte von dieser Thematik geprägt werden.

Raumverteidigung, wie sie Afheldt vorschwebt, läßt den heranrückenden Gegner auf seinem eigenen Territorium ungeschoren. Erst wenn seine Panzerverbände die Grenze überschreiten, sollen über das ganze Land bis zum Rhein verteilte „Techno-Kommandos", die mit selbstzielsuchenden Lenkraketen bewaffnet sind, die Angriffssäulen „nadelstichartig" abnützen und schließlich zum Stehen bringen. Diese Kommandos bestünden aus Jägern (leichten Infanteristen), Artilleristen mit Raketenwaffen, die über Entfernungen bis zu 80 Kilometer wirken, sowie Nachrichten-Soldaten, die die „Feindlage" in ihrem Beobachtungsraum an die eigenen Waffen zu liefern hätten.

In seinem Buch führt Afheldt Berechnungen vor, nach denen der Angreifer auf den 230 Autobahn-Kilometern zwischen „Thüringer Balkon" und Rhein mehr als 50 Prozent seiner Verbände verloren haben würde und „allenfalls nach 14 Tagen" ankäme. Dies müßte die Sowjetunion, „die doch alleine als Angreifer in Betracht kommt", nicht ihre osteuropäischen Nachbarn, abschrecken. Mit „hoher Sicherheit" würde ihr Angriff scheitern, und sie würde „dabei ihre Armee ... verlieren. Denn dieser Verlust ist gleichbedeutend mit der Gefahr, daß sie dann auch ihr osteuropäisches Glacis verliert".

Von Fachleuten des Bonner Verteidigungsministeriums wird der Entwurf der „defensiven Verteidigung" mit vielen Fragezeichen versehen. Militärische Argumente überwiegen, aber es gibt auch politische. Das wahrscheinlich gewichtigste haben die früheren Generale Schulze, ehemals NATO-Oberbefehlshaber Europa Mitte, und Domröse, früher Planungschef im Hauptquartier des NATO-Oberbefehlshabers für ganz Europa, vorgetragen. Es lautet: Konzepte wie dieses würden den Krieg auf unserem Kontinent wieder in der Kalkulation des Gegners als führbar erscheinen lassen.

Kritiker warnen: Krieg würde wahrscheinlicher

Beide sagen, was auch der Generalinspekteur der Bundeswehr, Altenburg, in dem soeben erschienenen Buch „Die Atomschwelle heben" über die besondere Rolle von Nuklearwaffen in der militärstrategischen Konzeption der NATO feststellt. Sie basiert auf der Annahme, schreibt Altenburg, „daß im Frieden wie im Krieg die stärkste Abschreckungswirkung durch Nuklearwaffen erzielt wird, weil einem Aggressor sein Risiko letztlich nur mit ihrer Einsatzdrohung oder ihrem Einsatz selbst klargemacht werden kann". Und der General fährt fort: „Der Charakter nuklearer Waffen als potentielles Massenvernichtungsmittel und die Gefahren wechselseitiger Eskalation begrenzen die militärische Nutzbarkeit dieser Waffen. Deshalb sind nukleare Waffen vorrangig auf ihren politischen Nutzen hin zu beurteilen und erst in zweiter Linie nach ihrer militärischen Wirkung auf das Kampfgeschehen."

Auch Manfred Wörner, der Verteidigungsminister, erklärt die Abschreckung „auf absehbare Zeit" nur durch Atomwaffen für gesichert. Es gebe keinen gleichwertigen konventionellen Ersatz. Dabei denkt Wörner beim Wägen der Möglichkeiten der Entwicklung konventioneller Waffen längst nicht so extrem wie Afheldt. Er wie auch US-General Rogers und andere wollen nicht davon abgehen, was die Anwälte der „defensiven Verteidigung" vorhaben, nämlich die Sowjetunion selbst, wenn sie denn eine militärische Aggression vom Zaun gebrochen haben sollte, frei zu lassen von jeglichem Risiko der Zerstörung.

Warschauer Pakt: Ministertreffen in Sofia

AP/rtr, Moskau

Der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Dmitri Ustinow ist gestern nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Tass zu einem Treffen der sieben Verteidigungsminister des Warschauer Paktes nach Sofia gefahren. Der Oberkammandierende der Streitkräfte des Warschauer Paktes, Marschall Kulikow, war bereits am Wochenende in der bulgarischen Hauptstadt eingetroffen.

Es ist das erste Warschauer-Pakt-Treffen auf hoher Ebene seit dem Auszug der Sowjetunion aus den Genfer Verhandlungen. Die Ankündigung des Treffens war mit der Erklärung des sowjetischen Partei- und Staatschefs Andropows, beschleunigt die Aufstellung atomarer Kurzstreckenraketen in der „DDR" und in der Tschechoslowakei aufzustellen, einhergegangen.

Westliche Diplomaten erwarten nun eine koordinierte Antwort des östlichen Bündnisses auf die begonnene Stationierung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Westeuropa.

Ugandas Stabschef starb bei Absturz

dpa, Kampala

Der ugandische Armee-Stabschef, Generalmajor David Oyite Ojok, einer der engsten Vertrauten von Staatspräsident Milton Obote, ist beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Mit ihm starben noch acht Insassen, darunter der Chef der ugandischen Luftwaffe, Oberstleutnant Alfred Otto, und der Chef des militärischen Geheimdienstes, Major Agwa.

Das Verteidigungsministerium in Kampala bezeichnete gestern Behauptungen von Rebellen als falsch, wonach sie den Hubschrauber abgeschossen hätten. Der amtlichen Darstellung zufolge war der Hubschrauber Sekunden nach dem Start auf dem Kasernengelände von Kasozi (150 Kilometer nördlich Kampalas), abgestürzt und in Brand geraten.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Es genügt nicht, nett zu den Russen zu sein"

Sicherheitspolitischer Kongreß der Süd-West-CDU

XING-HU KUO, Kirchzarten

Die Unionspolitiker sollen in den zu erwartenden Auseinandersetzungen um die Friedensfrage „offensiv" statt bisher defensiv vorgehen. Dies ist die einmütige Auffassung von Rednern und Teilnehmern des „Sicherheitspolitischen Kongresses" der baden-württembergischen CDU in Kirchzarten bei Freiburg am Wochenende.

Starke Beachtung fanden die Ausführungen des namhaften Theologen und Psychotherapeuten Professor Rudolf Affemann (Stuttgart) bei den 360 Kongreßteilnehmern zum Thema „Die sittliche Rechtfertigung der Verteidigung". Affemann betonte, die Friedensbewegung gehe von falschen Voraussetzungen bei der Beurteilung der menschlichen Natur aus. Da viele Christen in dieser Bewegung tätig seien, müsse gerade hier eine Korrektur vorgenommen werden. Nicht wenige engagierte „Friedensfreunde" verkennen, so Affemann, daß der Mensch von Natur nicht nur gut, sondern nach christlicher und biblischer Auffassung auch ein „Sünder" sei. Deshalb könne man über die „Naivität" der Friedensbewegung nur „den Kopf schütteln": „Sie meinen, wenn der Westen einseitig abrüstet, werden die Russen automatisch dasselbe tun. Es genügt, wenn wir nett zu ihnen sind, dann wirkt dieses Beispiel sofort ansteckend." Eigentlich sollten die Friedensfreunde, so der Theologe weiter, in Konsequenz einer solchen Auffassung die Türen zu ihren Wohnungen weit offenhalten, um „Einbrechern die Lust zu nehmen, ihr Handwerk zu betreiben".

Martin Luthers These

Vielmehr vertritt Affemann die von Martin Luther aufgestellte These, daß der Staat durchaus die Pflicht habe, gegen Gewalttäter notfalls auch Gewalt anzuwenden. Die von Friedens-„Anhängern" häufig zitierte Bergpredigt ist nach Auffassung des Stuttgarter Bibelkenners keineswegs eine „Anleitung zum Aufbau oder eine Handlungsrezeptur zur Lösung der Welt". Auch sei die Empfehlung, die andere Wange hinzuhalten, wenn man auf der einen geschlagen werde, nicht immer aus christlicher Sicht zu vertreten. Affemann unterstrich vielmehr, daß das Recht auf Verteidigung ein „Grundrecht" sei, das „keinerlei sittlicher Rechtfertigung" bedürfe.

Sowohl Affemann als auch die anderen Redner unterstrichen, daß gerade nach christlicher Auffassung der Frieden mehr sei als nur „Nichtkrieg". Vielmehr sei der Frieden nur dann als solcher aufzufassen, wenn gleichzeitig Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte gesichert seien. Deshalb, so Affemann, müsse auch das, wenn auch geringe Risiko eines atomaren Holocausts hingenommen werden, um einen wirklichen Frieden in Freiheit zu sichern.

Länder nicht einig

Der abrüstungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Jürgen Todenhöfer, unterstrich, daß die These der Friedensbewegung „falsch" sei, im Westen würden immer mehr Waffen angehäuft. Vielmehr würde die NATO für jeden neuen nuklearen Gefechtskopf fünf andere abziehen: „Wenn die Sowjets diesem Beispiel folgen würden, wären wir quantitativ unserem Ziel sehr nahe gekommen, nämlich Frieden schaffen mit weniger Waffen."

Peter Kurt Würzbach, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, kritisierte die fehlende Einigkeit unter den Bundesländern, in den Schulen „wenigstens grundlegende Informationen zum Thema Frieden, Freiheit und Sicherheit" zu vermitteln. Wenn es der Kultusministerkonferenz in den nächsten Monaten nicht gelinge, eine solche bundesweite Regelung zu vereinbaren, so sei dies ein „Armutszeugnis des Föderalismus in unserer Demokratie", erklärte Würzbach.

Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) erklärte, nach seiner Auffassung sei Moskau auch nach der Unterbrechung der Genfer Verhandlungen an einer Fortsetzung des Ost-West-Dialogs „zutiefst interessiert". Der Stuttgarter Regierungschef betonte, die Reaktionen des Ostblocks auf den Nachrüstungsbeginn in Westeuropa seien eher „pragmatisch und undogmatisch". Hier sehe er deshalb eine „Chance, aus dem Klima aufgeheizter Emotionen und irrationaler Aktionen herauszukommen und in ein ruhiges Fahrwasser diplomatischer Aktivitäten zu gelangen".

Häfele lehnt Steuerpläne der FDP ab

AP, Baden-Baden

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hansjörg Häfele, hat einer von der FDP geforderten Steuerreform zum 1. Januar 1986 eine Absage erteilt. Im Südwestfunk verwies er darauf, daß „nirgendwo eine Koalitionsvereinbarung da ist, daß das 1986 zu geschehen hat. 1986 wird das auch nicht geschehen können, weil wir ja gemeinsam mit der FDP mit Vorrang die Sanierung der öffentlichen Haushalte betreiben". Als möglichen Zeitpunkt für das Inkrafttreten einer Steuerreform nannte Häfele statt dessen den 1. Januar 1988. Er warnte: Alle, die auf ein Vorziehen drängten, müßten wissen, daß sie damit möglicherweise eine Mehrwertsteuererhöhung programmierten.

Forderungen für Rußlanddeutsche

dpa, Bonn

Freizügigkeit für die Deutschen in der UdSSR haben mehrere Menschenrechtsorganisationen und der „Verband der Rußlanddeutschen" gefordert. Nach einer gemeinsamen Tagung in Bonn wurde eine Entschließung verabschiedet, in der auch das Recht auf Ausreise für die Deutschen aus der Sowjetunion verlangt wird. Außerdem sollten die „staatliche Diskriminierung" eingestellt und das Recht auf deutsche Sprache und auf Religionsausübung zugestanden werden.

Attentat auf Exilkroaten

dpa, Dillingen

Bei einem bewaffneten Anschlag im Landkreis Dillingen ist in der Nacht zum Sonntag ein Exilkroate lebensgefährlich verletzt worden. Der 35jährige Gastwirt Luka Kraljeviz wurde hinter der Theke seines Lokals von einem Schuß in den Kopf getroffen. Kraljeviz war lange Zeit Vorsitzender des Exilkroatischen Nationalkomitees. Bereits im August 1983 war auf ihn ein Mordanschlag verübt worden. Das Attentat in Dillingen ist der zweite Anschlag auf einen Exilkroaten in diesem Jahr in Bayern: Am 27. Juli war der Verleger Durekovic im Keller seines Hauses erschossen worden.

„Enger mit Paris kooperieren"

Strauß fordert neue Schubkraft für Europa / Kritik an EG-Politik der Bundesrepublik

PETER SCHMALZ, München

Nur eine engere politische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Bundesrepublik kann die Europäische Gemeinschaft aus ihrer derzeitigen Lähmung herausführen, erklärte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß am Wochenende in München und schlug ein Europa der zwei Geschwindigkeiten vor: „Innerhalb der als lockeren Verbindung bestehenden Gesamtgemeinschaft bildet sich eine zusätzliche enger und stärker verbundene Gemeinschaft auf der Grundlage einer Verbindungslinie zwischen Paris und Bonn."

Ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, meinte Strauß vor den 180 Delegierten, die über die CSU-Kandidaten zum zweiten gewählten Europaparlament abzustimmen hatten, Europa müsse zu einer Geschlossenheit zusammenwachsen, die über die Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehe. „Das Fernziel der Vereinigten Staaten von Europa darf auf keinen Fall aus den Augen verloren werden", mahnte der CSU-Vorsitzende. Die Erweiterung der Gemeinschaft habe eine solche politische Union jedoch in weite Ferne rücken lassen.

Zwei Geschwindigkeiten

Dennoch sieht Strauß keinen Sinn darin, die Gemeinschaft in ihrer jetzigen Größe einzufrieren und die Probleme im großen Rahmen intern zu lösen. Er plädiert dafür, Spanien und Portugal aufzunehmen, da beide Länder ihre kulturelle, wirtschaftliche und politische Heimat in der EG hätten. Neue Schubkraft aber für eine weitere politische Integration könne nur durch die engere Kooperation weniger Kernländer erwartet werden. Auf dem französischen Hochgeschwindigkeitszug anspielend, meinte Strauß vor dem CSU-Kongreß: „Wenn man das europäische Ziel nicht mit dem ‚Train à Grande Vitesse' erreichen kann, muß in den ‚Train à deux Vitesse' umgestiegen werden." Also an Stelle des Zuges der hohen Geschwindigkeit der Zug der zwei Geschwindigkeiten.

Der Bundesrepublik warf er vor, gegenüber den Partnern bisher zu milde aufgetreten zu sein; hier müsse das Verhalten überdacht werden. Strauß wörtlich: „Wir dürfen nicht mehr auftreten wie ein frommer Ministrant, der jedem Bischof dient." Der Hebel sei bei der geforderten Erhöhung des Umsatzsteueranteils der EG über ein Prozent anzusetzen. Die Bundesrepublik dürfe erst dann über eine Zustimmung nachdenken, wenn die Gemeinschaft alle Sparmöglichkeiten ausgeschöpft hat und wenn künftig unannehmbare, mit dem Geist der Verträge unvereinbare Sonderbelastungen einzelner Mitgliedsstaaten vermieden werden.

Nach dieser Strauß-Rede erfüllten sich zumindest die Hoffnungen einiger CSU-Politiker auf sichere Listenplätze fürs Europaparlament. Wie erwartet, wurde das CSU-Spitzentrio ohne Gegenkandidaten nominiert: Fritz Pirkl (bisher Bayerns Sozialminister), Ursula Schleicher (Frauenunion) und Otto von Habsburg. Für Platz 4 kandidierte erstmals der Bundestagsabgeordnete Graf Stauffenberg, unterlag jedoch gegen den Europa-Abgeordneten Ingo Friedrich. Für Platz 5 mußten sich Stauffenberg und sein Bundestagskollege Günther Müller vom EG-Parlamentarier Heinrich Aigner geschlagen geben.

Reinhold Bocklet, vor fünf Jahren Kandidat der Jungen Union und im Straßburger Parlament der für Bayern wichtige Agrarexperte, durfte Platz 6 ohne Gegenkandidat bequem einnehmen, nachdem selbst Strauß ein scherzhaftes Wort für ihn eingelegt hatte: Auch wenn er das kanonische Alter von 35 Jahren überschritten habe, sollte er doch als Kandidat der JU angesehen werden. So konnte der eigentliche JU-Kandidat Gerd Müller erst für Platz 7 antreten, unterlag aber gegenüber dem Grafen Stauffenberg, versuchte es nochmal auf Platz 8, wo jedoch sein Namensvetter Günther Müller erfolgreich blieb, und landete schließlich auf Platz 9.

„Keine Jubelstürme"

In der CSU gelten jedoch nur die ersten sieben Plätze als sicher, weshalb Bayerns JU-Chef Alfred Sauter, der noch vor der Versammlung Platz 7 reklamiert und andernfalls mit Enttäuschung unter der Parteijugend gedroht hatte, Betroffenheit zeigte: „Das ruft keine Jubelstürme hervor." Doch immerhin: Den bald 41jährigen Bocklet könne er zwar nicht „pausenlos durch Discos schleppen", aber nun sei er halt doch ein bißchen der Kandidat der Jugend. Und falls die Abgeordneten Stauffenberg und Müller nach Straßburg umziehen, bringt auch das der Jungen Union einen Erfolg, denn dann rücken zwei ihrer Leute in den Bundestag nach.

35-Stunden-Woche auf dem Prüfstand

Experten von Arbeitgebern und Gewerkschaften diskutieren über Arbeitszeitverkürzung

KAREN SÖHLER, Bonn

Der Übergang von der 40- zur 35-Stunden-Woche verursacht 14,3 Prozent mehr Kosten pro Arbeitsstunde, die die Unternehmen nicht ausgleichen könnten, meint die deutsche Wirtschaft. Die Gewerkschaften hingegen vertreten die Auffassung, daß die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich keinen Kostendruck bei den Unternehmen nach sich zöge, schon gar nicht, wenn man sie in einem Stufenplan einführen würde (pro Jahr eine Wochenstunde weniger). Diese beiden Meinungsfronten standen sich gegenüber, als sieben Professoren in Bonn auf Einladung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zu diesem Thema diskutierten.

Die Wissenschaftler bewegten sich allerdings während ihres Streitgesprächs auf einer gemeinsamen Basis. Denn einhellig vertraten sie die Ansicht, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur dann möglich ist, wenn die Unternehmen in der Lage wären, die Mehrkosten durch höhere Gewinne abzufedern. Die Geister schieden sich erst an dem Punkt, als es darum ging zu begründen, wie die Unternehmen denn die erhöhten Lohnkosten ausgleichen könnten. Der Produktivitätsfortschritt, also die steigende Ergiebigkeit der Arbeit, stand im Mittelpunkt der Argumentation.

Der „erzliberale" Professor Armin Gutowski, wie sich der Präsident des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung (Hamburg) selber einstufte, warnte generell davor, die Möglichkeiten einer weiteren Leistungsverbesserung zu überschätzen. Fälschlicherweise gingen die Gewerkschaften davon aus, daß mehr Beschäftigte, die täglich nur noch sieben Stunden arbeiten, in dieser verkürzten Arbeitszeit tatsächlich konzentrierter und damit effektiver arbeiten würden. Denn bei dieser Überlegung sei nicht berücksichtigt, daß die Reserven für eine größere Ergiebigkeit sich schon verkleinert habe, weil weniger qualifizierte Kräfte entlassen worden seien und sich dadurch bereits eine größere Effektivität pro Arbeitsstunde ergeben habe. Eine Lohnkostensenkung müsse, wenn überhaupt, mit einer Arbeitszeitverkürzung einhergehen, erklärte Gutowski.

Da er diese Vorstellung aber nicht für realistisch hält, lehnt der „Erzliberale" die Arbeitszeitverkürzung grundsätzlich ab. Wie Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff vertritt auch Gutowski die Auffassung, daß das Beschäftigungsproblem sich vor allem über steigende Investitionen lösen läßt. Produktivitätsfortschritte sollten also zunächst den Unternehmensgewinnen zugute kommen, um so Luft für Investitionen zu schaffen.

Die Gegenposition erläuterte der Berliner Kollege von der Technischen Universität, Professor Jürgen Kromphardt. Er vertrat die These: Mehr Freizeit schafft höhere Bedürfnisse, also mehr Impulse für die Wirtschaft. Und: Die Verkürzung der Arbeitszeit werde einerseits durch die ohnehin erwirtschaftete Leistungsverbesserung von gut fünf Prozent und andererseits durch die effektivere Arbeit des Einzelnen ausgeglichen. Der Bericht von Professor Emil Maria Claasen, Paris, über die traurigen Erfahrungen Frankreichs mit der Arbeitszeitverkürzung, ließ die Überlegungen Kromphardts allerdings nicht sehr überzeugend wirken.



Auch Koschnick auf hartem Sparkurs

Von WINFR. WESSENDORF

Der alte und neue Präsident des Bremer Senats, Bürgermeister Hans Koschnick (SPD), wird am 8. Dezember seine Regierungserklärung abgeben. Das Programm für die Legislaturperiode bis 1987 verspricht Brisanz. Das geht schon aus einem Papier Koschnicks hervor, das seine „Grundpositionen" beschreibt. Es wird erwartet, daß die Warnungen des Regierungschefs vor „schmerzlichen Konsequenzen" noch ausgeprägter als bislang in die Regierungserklärung einfließen werden.

„Unsere Glaubwürdigkeit hängt davon ab, daß jetzt nicht auf einem Wahlpolster ausgeruht, sondern energisch und gemeinsam angepackt wird, was es an Schwierigkeiten zu bewältigen gilt", schreibt Koschnick an die Genossen. Allerdings liegt er damit nicht auf einer Linie mit der SPD-Fraktion und allen Senatsmitgliedern. Seit der Bürgerschaftswahl am 25. September ist Bremen das Bundesland mit der stärksten SPD-Mehrheit. Die Sozialdemokraten an der Weser vereinigten 51,3 Prozent der Wählerstimmen auf sich.

Die Politik der nächsten Legislaturperiode müsse sich wegen der weiter zuspitzenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt voll auf die Lösung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Aufgaben konzentrieren, heißt es weiter in dem Papier. Der Präsident: „Dies wird angesichts der schwierigen Finanzlage zwangsläufig einschneidende Konsequenzen für viele, ja nahezu alle anderen Bereiche haben." Für den künftigen Senat folge daraus, daß er stärker denn je zuvor zum Handeln als politisches Kollegialorgan verpflichtet sein werde; spezifische Ressortinteressen müßten zurückgesteckt werden gegenüber gemeinsamer politischer Verantwortung. Koschnick hat nach der Landesverfassung keine Richtlinienkompetenz, sondern muß als „Primus interpares" regieren.

Die Sozialdemokraten (Regierung und Fraktion) gehen davon aus, daß ihnen in der nächsten Legislaturperiode pro Jahr rund 250 Millionen Mark in der Staatskasse in dem 4,2-Milliarden-Mark-Haushalt fehlen. Die Landesregierung muß sich deshalb bis zum März 1984 – dann wird der Haushalt beraten – Gedanken machen, wie sie diese riesige Summe einsparen will. Koschnick: „1984/85 werden wir deshalb also auch auf einmalig wirksame Sondermaßnahmen zurückgreifen müssen."

Einen absoluten Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst hat der Senat der abgelaufenen Legislaturperiode schon verfügt. Weitere einschneidende Maßnahmen, wie die Erhöhung von Steuern, Gebühren und Tarifen stehen den Bremern noch ins Haus. Der Landeschef: „Im Personalbereich wird ein Einstellungsstopp zumindest so lange erforderlich sein, bis konkrete Einsparungskonzepte der Ressorts vorliegen." Damit verbunden ist auch ein Beförderungsstopp. So soll ein Finanzloch von 30 Millionen DM im Etat '83 noch geschlossen werden. Das Land Bremen beschäftigt fast 40 000 Bedienstete, der Anteil der Personalkosten am Etat beträgt 40 Prozent, das sind 1,73 Milliarden DM.

Landesbericht Bremen

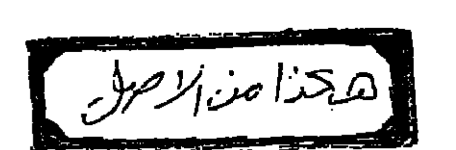
„Diese Entwicklung führt in eine Katastrophe", bewertete der Vorsitzende des Gesamtpersonalrates Gerhard Tilsner den beschlossenen Einstellungsstopp. Die Vertretung der Beamten, Arbeiter und Angestellten im bremischen Staatsdienst befürchtet durch den Stopp eine Verschlechterung des Dienstleistungsangebotes und künftig „unzumutbare Arbeitsbedingungen".

Laut Koschnick steht auch die Anhebung der Mietobergrenzen an. „Auf eine Anhebung kann nur dann verzichtet werden", meint der 54jährige SPD-Politiker, „wenn wir die Neubauprogramme der nächsten Jahre im sozialen Wohnungsbau entsprechend reduzieren". Im sogenannten Bremen-Plan 1984 bis 1987 der SPD, der auf dem Landesparteitag im Mai vorgelegt wurde und stets eine wesentliche Grundlage der Regierungserklärung bildete, hieß es noch: „Viele Bürger lesen mit Sorge, wie die Mieten überall in der Bundesrepublik steigen, nachdem das Wahlkampfgetöse der CDU um die angebliche Mietenlüge verklungen ist."

Politischen Sprengstoff birgt auch eine anstehende Gerichtsentscheidung im Gesundheitswesen, die bundesweit von Bedeutung sein wird. Die Krankenkassen bezahlen seit 1980 nicht mehr die festgesetzten Pflegesätze für kommunale Kliniken in der Hansestadt, weil sie ihnen überhöht erscheinen. Bezahlt werden als Abschlagszahlung von den Krankenkassen nur 298 Mark täglich. Die Differenz beträgt somit pro Tag und Bett 74 Mark. Das gesamte Pflegesatzrisiko beläuft sich Ende dieses Jahres auf weit über 200 Millionen Mark, die der Haushalt möglicherweise verkraften muß.

Die Gutachten zur Vorbereitung der Gerichtsentscheidung lassen indes auf sich warten. Die Gesundheitsexpertin der CDU, Marianne Hänecke: „Eine Verzögerung dieser Feststellung bedeutet ein ständig steigendes Risiko für den bremischen Haushalt."

Koschnick weist auch darauf hin, daß die in der vorjährigen Finanzplanung ausgewiesenen Deckungslücken sich in der Legislaturperiode auf rund 850 Millionen Mark beliefen. Die entscheidenden Unsicherheiten im Vollzug des Haushalts lägen bei den Ausgaben der Sozialhilfe und bei den Einnahmen aus Steuern und des Landesfinanzausgleichs. SPD-Fraktionschef Klaus Wedemeier hat bereits angekündigt: „Beim Sparen sind die Sozialhilfe, der öffentliche Wohnungsbau und öffentliche Dienstleistungen tabu."



Hanna Lauriens Chancen wachsen

Jetzt auch Lummer für die Senatorin als „Regierende" / Umdenken in Berliner CDU

hrk. Berlin

Der Kampf um die Nachfolge Richard von Weizsäckers als Regierender Bürgermeister steuert am kommenden Sonnabend im CDU-Landesausschuß (115 Mitglieder) auf ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem neuen CDU-Chef Eberhard Diepgen und Senatorin Hanna-Renate Laurien zu. Sie kann sich seit einigen Tagen auf eine populistische Grundströmung unter CDU-Anhängern und Bürgern stützen. Anrufe in der CDU-Zentrale, Leserbriefe und Zeitungsannoncen von Berlinern signalisieren eine steigende Sympathiekurve für die Bewerberin.

Inzwischen stellte sich auch Weizsäckers Stellvertreter, Bürgermeister Heinrich Lummer, demonstrativ an Frau Lauriens Seite. Er lud sie am Sonntag zu seinem Bürgertreff ein. Auch von den Senatoren machten Gerhard Kunz – in dieser Sache Sprach-rohr des Kanzlers – Ulf Fink, Edmund Wronski, Wilhelm Kewenig und Rupert Scholz intern deutlich, daß sie ihrer Senatskollegin den Vorzug einräumen.

Eberhard Diepgen, als Jurist an der Sache und nicht an Sentiments orientiert, kann sich bis zur Stunde auf die Mehrheit der CDU-Kreisvorsitzenden stützen. Sie versprachen ihm, im Landesausschuß für eine auskömmliche Delegiertenmehrheit zu sorgen. Allerdings datiert diese Zusage von Mitte November und bezieht nicht Frau Lauriens offene Kampfkandidatur ein. Der neuen Bewußtseinslage begegnete der neue CDU-Vorstand mit seiner 12:3-Mehrheit für Diepgen noch am Sonnabend mit dem Schachzug, als erste Amtshandlung überhaupt die zunächst für Mitte Januar geplante Kandidatenwahl abrupt auf den 10. Dezember vorzuverlegen. „Jeder Tag länger, der vergeht, arbeitet für Frau Laurien – jeder Tag weniger für Diepgen", sagte ein Senator zur WELT.

Nachdem schon zwei „Reformer-"Kreise ihr Einverständnis mit Frau Laurien als neuer „Regierenden" signalisierten, schlugen nun auch die Delegierten von Kreuzberg mit 50:13 Stimmen die Kandidatin vor.

An der Frage: „Diepgen oder Laurien?" entzünden sich in der Berliner Union kaum ideologische Gegensätze.

Carstens würdigt seinen Nachfolger

Bundespräsident: Ein Verlust für Berlin, aber ein Gewinn für Deutschland

hrk. Berlin

In einer Tischrede bei einem festlichen Abendessen in seinem Berliner Amtssitz, dem Hohenzollernschloß Bellevue, lobte Bundespräsident Karl Carstens jetzt seinen designierten Nachfolger, den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker und ging zum erstenmal auf die Nachfolge-Diskussion ein. Er nannte von Weizsäcker „einen hervorragenden Mann". Er kenne und schätze seine Fähigkeiten aus „jahrelanger vertrauensvoller Zusammenarbeit".

Zwar räumte er ein, daß Weizsäckers Weggang den „Berlinern sehr schwerfällt, aber er wird für Deutschland ein Gewinn sein". Carstens sprach nach Angaben von Teilnehmern dabei ausdrücklich nicht einschränkend von der Bundesrepublik. „In diesem Sinne bitte ich die Berliner, diesen Vorgang zu bedenken", sagte er wörtlich. Im übrigen könne es ihm niemand verdenken, „wenn sich ein Bundespräsident für seinen Nachfolger interessiert".

Zu dem Festessen, das zum erstenmal nicht in der Villa Hammerschmidt stattfand, hatte das Bundespräsidialamt 80 Prominente aus Kunst, Kultur, Politik, Wirtschaft und dem in Berlin akkreditierten Diplomatischen Corps geladen. Zu den Gästen zählten neben von Weizsäcker auch die Berliner Fraktionschefs und Prinz Louis Ferdinand.

In Berlin wird damit gerechnet, daß Carstens noch vor Ablauf seiner Amtszeit – wie alle seine Bundespräsidenten-Vorgänger – mit der Ehrenbürger-Würde der Stadt ausgezeichnet wird. Auf dem CDU-Parteitag am Wochenende mahnte eine Delegierte beim Regierenden Bürgermeister die „überfällige" Entscheidung des Senats an, auch Carstens rechtzeitig mit dieser Auszeichnung zu bedenken.

Warum Weizsäcker Berlin verläßt

Auszüge aus der Rede Richard von Weizsäckers auf dem Landesparteitag:

Unser Bundesvorsitzender, Helmut Kohl, hat mich in Übereinstimmung mit den Mitgliedern des Präsidiums, den Landesvorsitzenden unserer Partei sowie mit Zustimmung des Vorsitzenden der CSU zum Kandidaten der Union für das Amt des Bundespräsidenten nominiert. Nach gründlicher Beratung und Selbstprüfung habe ich mich entschlossen, die Nominierung anzunehmen ... Lassen Sie mich Ihnen zu dieser ganzen Entwicklung in offener Weise meine Gedanken vortragen.

Der Weg nach Berlin war für mich eine große Herausforderung. Berlin ist nicht nur die Stadt meiner Jugendzeit. Hier konzentriert sich die nationale Aufgabe der Deutschen, mit der ich von der Bonner parlamentarischen Oppositionsbank aus schon zentral beschäftigt gewesen, aber doch nur recht theoretisch in Beziehung gekommen war. Hier wurde mir zum ersten Mal der Auftrag zuteil, in eigner Verantwortung Wahlkämpfe zu führen und die führende politische Verantwortung im Amt einer Landesregierung zu übernehmen.

Zur Größe der politischen Aufgabe kam etwas anderes, und vielleicht noch wichtigeres hinzu. Die Mitglieder in der Partei und Fraktion, die Kollegen und Mitarbeiter im Senat, vor allem aber auch viele mir namentlich gar nicht bekannte Berliner haben mich mit offenen Armen aufgenommen. Es kam weit über meine Erwartung hinaus zu persönlichen Bindungen und einer menschlichen Verwurzelung ...

Hinzu kommt etwas anderes. Die Klärung in Bonn erforderte ihre Zeit. Die Betroffenen wurden zum Schweigen verpflichtet. Die Medien aber nahmen sich der Sache an. Neben sachlichen Darstellungen und Bewertungen las man Gerüchte und auch einfach Falschmeldungen, denen wir nicht in angemessener Weise entgegentreten konnten. Die Zone des Schweigens behinderte aber auch das persönliche Gespräch dort, wo es stets durch Vertrauen und Offenheit gekennzeichnet war, nämlich im engeren Kollegenkreis. Damit habe ich andere belastet, und das schmerzt ...

Enttäuschungen habe ich mit meiner Entscheidung ausgelöst. Das ist mir wohl bewußt. Getäuscht aber habe ich nicht. Dies hätte ein Bewußtsein und einen Willen bei mir erfordert, die es nie gab. Auch hierzu erlauben Sie mir ein offenes Wort. Im Wahlkampf 1981 habe ich erklärt, Berlin sei meine Lebensaufgabe, andere Aufgaben würden sich in meinem politischen Leben nicht mehr stellen. Dies entsprach genau meiner eigenen damaligen Überzeugung. Denn als ich 1978 nach Berlin kam und kurz darauf Karl Carstens zum Bundespräsidenten nominiert und dann gewählt wurde, da war für mich die Präsidentenfrage, mit der ich schon zweimal (1968 und 1974) in Berührung kam, nach menschlichem Ermessen erledigt, und ich hatte mich innerlich gern von ihr gelöst.

Nicht diese Frage also, sondern öffentliche Spekulationen, ob ich in eine von der CDU geführte Bundesregierung als Minister eintreten wolle, hatte ich zu beantworten. Dies geschah eindeutig und negativ. Ich habe also aufrichtig und fest damit gerechnet, meine politische Laufbahn eines Tages in Berlin zu beenden, und zwar erst erheblich nach einem, wie ich hoffte, erfolgreichen Wahlkampf 1985.

Überraschenderweise kündigte dann Anfang dieses Jahres der Bundespräsident an, er werde für eine zweite Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung stehen. Es war diese neue Lage, die mich und uns vor das Dilemma gestellt hat.

Mehr als einmal habe ich öffentlich erklärt, daß dies das einzige Amt im Staat ist, für das man sich nicht bewirbt. Bei dem aber jeder, der vor die Frage seiner Nominierung gestellt wird, dies ernsthaft zu prüfen hat, und zwar auch dann, wenn er in seinem derzeitigen Amt vor einer Selbstverpflichtung steht.

Diese Prüfung habe ich vorgenommen vor meinem Gewissen und im Lichte der Verantwortung, die ich hier in Berlin übernommen habe. Man mag meine Entscheidung für falsch halten und sie kritisieren und von ihr enttäuscht sein. Es liegt mir ganz fern, mich dem zu entziehen. Wer aber Täuschung, Wortbruch oder Pflichtvergessenheit darin sieht, dessen Vorwürfe sind nicht wahr. Er überschreitet die Grenze legitimer Kritik.

Mysteriöse Anschläge auf Züge der Bahn

W. KAHL, Hannover/Bonn

Die niedersächsischen Sicherheitsbehörden untersuchen gegenwärtig eine Serie von Vorfällen, die einen schweren Eingriff in den Eisenbahnverkehr bedeuten. Wie von zuständiger Seite der WELT erklärt wurde, versuchen unbekannte Täter mit möglicherweise politischer Motivation offenbar durch das Anbringen von Gegenständen im Bereich der Gleiskörper Züge zu stoppen oder zu beschädigen. Bei den bisher festgestellten acht Anschlägen wurde jedoch in keinem Fall ein Zug zum Entgleisen gebracht.

Seit Anfang November wurde die Polizei von der Bundesbahn im Abstand von wenigen Tagen immer wieder alarmiert. Während ein von dem Lokomotivführer eines Güterzuges am 3. November gemeldeter Schuß noch als Einzelfall gewertet wird, deuteten darauffolgende Anschläge auf organisierte Aktionen. Sie spielten sich bisher im Raum Hannover und zwar im Bereich der Güterzug-Umgehungsbahn Leinhausen–Linden ab.

Bei dem ersten Anschlag dieser Kette am 10. November bugsierten die Täter einen 50 Kilogramm schweren Schieber, der zur Reparatur eines Wasserrohres gebraucht wurde, von der Baustelle zwischen die Gleise. Der Führer des Güterzuges konnte nur mit einer Vollbremsung das Entgleisen verhindern. An der Lokomotive entstand Schaden. 48 Stunden später fuhr ein hannoverscher Personen-Nahverkehrszug um 0.16 Uhr auf einen Betonmast, den die Täter zwischen den Gleisen befestigt hatten. Die Bundesbahn meldete Sachschaden. Am 17. November konnte ein geplanter Anschlag durch rechtzeitiges Erkennen verhindert werden. Wiederum hatten Unbekannte mit Materialien von einer Baustelle bei Wunstorf die Gleise blockiert.

Am 19. November erhielt die Polizei die Meldung, daß eine Natursteinplatte von zwanzig Zentimeter Stärke auf den Schienen zwischen dem Bahnhof Hannover-Ahlem und dem Lindener Hafen lag. Eisenbahner konnten das Hindernis jedoch abermals rechtzeitig beseitigen. Am nächsten Tag fuhr der D-Zug 1741 zwischen Leinhausen und Burg gegen einen „Schienengalgen": Ein mit einem Balken beschwertes zwölf Meter langes Elektrokabel war an einem Mast übers Gleis gehängt worden. Es entstand wiederum Sachschaden. In einem weiteren Fall wurden zwei Schaltkästen für Vor-und Hauptsignalanlagen zerstört. Die Zusatzsicherungen der Bundesbahn funktionierten jedoch und signalisierten sofort den Eingriff, so daß die Zugführer rechtzeitig gewarnt werden konnten. Das war am 24. November gegen 1 Uhr 30.

Die Polizei fahndet seitdem nach Verdächtigen, die sich in der Dunkelheit in der Nähe oder an Gleisanlagen bewegen. Bei den bisherigen Ermittlungen ist die Polizei zunächst nicht von Aktionen einer terroristischen Vereinigung gemäß Paragraph 129 a des Strafgesetzbuches ausgegangen. Die Sicherheitsbehörden können jedoch nicht ausschließen, daß Anhänger extremistischer Gruppen als Spätfolge „Heißer Herbst"-Aufrufe gegen die westliche Nachrüstung zu Anschlägen dieser Art übergegangen sind.

SED verschließt sich der Tudeh

Von WERNER KAHL

Ost-Berlin versichert geflüchteten iranischen Genossen unverbrüchliche sozialistische Solidarität. Für ein Dach über dem Kopf und das tägliche Brot soll jedoch das kapitalistische Bonn aufkommen. Wie bekannt wird, sperrt sich die SED-Führung in Absprache mit dem Kreml gegen die Massenflucht von Mitgliedern der kommunistischen Tudeh-Partei aus Iran in die „DDR".

An einem geheimgehaltenen Treffpunkt berieten deshalb im November auf Anweisung der SED führende Funktionäre der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) mit Vertretern des ratlosen Tudeh-Auslandskomitees über Unterbringungsmöglichkeiten der Flüchtlinge im Westen. Karl Heinz Schröder, Mitglied des DKP-Präsidiums und des Sekretariats des Parteivorstandes in Düsseldorf, wird in einem Bericht des Parteiorgans „Unsere Zeit" (UZ), mit den Worten zitiert, daß „von der Bundesregierung zu fordern sei, daß den Verfolgten aus Iran unverzüglich Asyl in der Bundesrepublik gewährt wird". Die Tudeh-Partei hat nach inoffiziellen Angaben etwa 10 000 Mitglieder.

Daß die „DDR"-Einheitspartei flüchtenden Mitgliedern der verbotenen Tudeh-Partei jetzt der westlichen Fürsorge empfiehlt und die Genossen in zwei Klassen teilt (wobei nur Spitzenfunktionäre Gastrecht an Spree und Pleisse erhalten) hat offenkundig vor allem zwei Gründe:

1. Ost-Berlin will Auseinandersetzungen innerhalb der Tudeh-Partei in Mitteldeutschland aus dem Weg gehen; unüberhörbar waren in letzter Zeit kritische Stimmen gegenüber der an DKP-Hörigkeit erinnernden Abhängigkeit von Moskau.
2. Die moderaten Reaktionen des Kreml auf die Verfolgung der Tudeh-Mitglieder und die Ausweisung von 18 sowjetischen Diplomaten aus Teheran kennzeichnen nach Ansicht politischer Beobachter das Interesse der Sowjetunion an dem Nachbarn Iran, zu dem die politischen Beziehungen keinesfalls abgebrochen werden sollen.

Von 1953 bis zum Sturz des Schah im Jahre 1979 war Leipzig Mittelpunkt im Exil lebender Tudeh-Funktionäre. Tudeh-Anhänger hielten sich aber auch in der Bundesrepublik und in Frankreich auf. Die „DDR" gewährte den Genossen Aufenthalt gemäß einer mit Moskau vereinbarten Asyl- und Ausbildungsregelung für die Ostblockstaaten und stellte die Technik in den Dienst des Untergrundkampfes gegen die Herrschaft des Schah. Bis zu dessen Sturz befanden sich etwa 400 Kader im Ostblock. Der damalige Generalsekretär Kianuri lebte ebenfalls in der „DDR". Von ihm sagten SED-Funktionäre bewundernd, er spreche ebensogut Sächsisch wie Arabisch.

Bei der Rückkehr nach Teheran nach 16 Jahren half Ost-Berlin organisatorisch, finanziert wurde auch der Unterhalt der Spitzen der Partei in Iran. Ansonsten legte das SED-Zentralkomitee jedoch stets Wert darauf, im Hintergrund zu bleiben.

Mit Genugtuung konnten Moskau und Ost-Berlin feststellen, daß die unter Khomeini in Iran wieder zugelassene Partei aus den anfänglich etwa 1500 Aktivisten rasch eine etwa 5000 Mitglieder zählende Kaderpartei schuf. In den Parteihochschulen der „DDR" und der Sowjetunion waren die Kader darauf vorbereitet worden, gleichsam wie ein Regierungspartner Iran mitzuverwalten. Gemäß den Moskauer Direktiven bemühten sich die Funktionäre, „Juniorpartner" eines geplanten Bündnisses aller demokratischen Kräfte – vergleichbar etwa mit dem von der DKP angestrebten „Minimalkonsens" in der Bundesrepublik – unter Führung der Khomeini-Bewegung zu werden. Folgerichtig stellte die Partei die Unterstützung der Politik Khomeinis in den Vordergrund und verteufelte zugleich die Amerikaner.

Innerhalb der Partei kam es allerdings zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten. Die Parteiführung versuchte ihren Auftrag zu erfüllen, die iranische Revolution nicht zum Stillstand kommen zu lassen. Das führte schließlich zum Streit mit denjenigen Genossen, die sich gegen weitere Säuberungsprozesse aussprachen und mit den restlichen bürgerlichen Kräften eine Koalition anstrebten. Das Ziel der Tudeh-Partei war in der Perspektive die Etablierung einer – nach außen scheinbar nicht an einen Pakt gebundenen, gleichwohl im sowjetischen Kielwasser schwimmenden – Volksdemokratie.

Zwischen den Mullahs und den Tudeh-Führern spitzten sich die Spannungen parallel zu den sich verschlechternden Beziehungen Teherans zum Kreml so zu, daß Generalsekretär Kianuri und 30 seiner engsten Mitarbeiter am 6. Februar verhaftet wurden.

Im Fernsehen legte Kianuri ein vermutlich selbst für die mit den Praktiken von Schauprozessen vertrauten Kremlführer unerwartet enthüllendes Schuldbekenntnis ab. Die Tudeh-Partei habe im Auftrag Moskaus in Iran spioniert und im Offizierskorps ein Agentennetz aufgezogen. Diese systematische Konspiration erschien den Mullahs wie die langjährige Unterwanderung Afghanistans durch Kommunisten – als spätere „Pfadfinder" der Roten Armee.

Mohsen Rezai, Befehlshaber der iranischen Revolutionswächter, erklärte daraufhin im Mai, das Regime habe keine Eile, die Tudeh-Führer hinzurichten, da diese „noch viel zu gestehen" hätten. Mit ihrem Geständnis würden sie „gleichzeitig ihr Todesurteil unterschreiben".

Von dem Prozeß vor dem Militärgericht, der morgen beginnen soll, erwarten Diplomaten Anhaltspunkte für die weitere Politik Teherans.

Charta 77 will frei über Frieden reden

Protest gegen Verfolgung / CSSR uneinig über Auswirkungen in der Raketenfrage

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Innerhalb der tschechoslowakischen KP-Führung gibt es offenkundig Meinungsverschiedenheiten über die Auswirkungen der Raketenfrage. Das zeigte sich in diesen Tagen durch widersprüchliche Stellungnahmen hoher CSSR-Funktionäre. Nach relativ maßvollen und offenbar auf eine Beruhigung der Gemüter zielenden Erklärungen von Ministerpräsident Lubomir Strougal und Außenminister Bohuslav Chnoupek folgte eine ungewöhnlich scharfe Rede von Politbüro-Mitglied Vasil Bilak. Bilak – der als einer der Exponenten des harten, dogmatischen Flügels in Prag gilt, beschuldigte die USA und die NATO, einen atomaren Angriffsschlag gegen die sozialistischen Länder vorzubereiten.

Inzwischen hat die tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung „Charta 77" die Prager Regierung aufgefordert, eine freie und offene Diskussion über den Frieden sowohl innerhalb der Tschechoslowakei als auch zwischen der tschechischen Bevölkerung und den westlichen Friedensbewegungen zuzulassen. In einem Brief an Partei- und Staatschef Gustav Husak sowie an andere hohe Funktionäre protestiert die „Charta" gegen die Verfolgung und polizeiliche Schikane gegen jene ihrer Mitglieder, die sich besonders in der Friedensdiskussion exponiert hätten.

Die tschechoslowakische Führung, so heißt es in dem Schreiben, versuche jegliche Diskussion über die neuen Raketen-Stationierungen „in Ost und West" zu verhindern. Sie unternehme nichts, um die „berechtigten Sorgen" der Bevölkerung zu zerstreuen und die Sache des Friedens im allgemeinen zu fördern. Nur jene Staaten, die im Frieden mit ihren eigenen Staatsbürgern lebten, könnten zum Weltfrieden wirklich beitragen, erklärt die „Charta".

Die tschechoslowakische Regierung wird ferner beschuldigt, in der Friedensfrage mit zweierlei Maß zu messen. Die Regierung, so heißt es im Brief der „Charta", unterstütze westliche Friedensbewegungen, welche sich gegen die Aufstellung amerikanischer „Pershing"-Raketen wenden. Gleichzeitig unterdrücke sie bereits das geringste Anzeichen einer Opposition gegen sowjetische Raketen, die in der Tschechoslowakei aufgestellt seien. Eine solche Haltung zerstöre nicht nur das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung, sondern werfe ein „seltsames Licht" auf die offizielle Politik gegenüber westlichen Friedensbewegungen.

Im Zusammenhang mit der Stationierung sowjetischer Kurzstreckenraketen auf dem Boden der Tschechoslowakei, die von der Prager Führung gutgeheißen wird, erinnert die „Charta" das CSSR-Regime an Erklärungen, die es im Zusammenhang mit der Raketenstationierung in der Bundesrepublik abgab. Danach verstärke „die Aufstellung dieser Waffen nicht die Sicherheit jener Völker, auf deren Boden sie aufgestellt werden", sondern könnten im Gegenteil „das betreffende Land einem Vergeltungsschlag aussetzen". Diese Feststellung gelte nicht nur für die Gebiete westlich der eigenen Grenzen, sondern auch für das eigene Land, betont die „Charta".

Computer-Schmuggel nach Moskau?

Der schwedische Zoll prüft beschlagnahmte Container / Deutscher in der Affäre verwickelt?

R. GATERMANN, **Stockholm**

Der Deutsche Richard Müller (41) aus Jesteburg bei Hamburg steht offenbar hinter dem ominösen Computergeschäft mit einem oder zwei Ostblockländern, das die USA veranlaßte, mit Hilfe des deutschen und schwedischen Zolls in Hamburg und Hälsingborg sieben Container von Bord des Frachters „Elgaren" zu holen. In Washington vermutet man eine Schmuggelaffäre; man glaubt einem illegalen Export hochtechnologischer Datenverarbeitungsgeräte in die Sowjetunion auf die Spur gekommen zu sein. Angeblich sollen sie dort für militärische Zwecke verwendet werden.

Handlanger Washingtons?

Es ist nicht auszuschließen, daß die Affäre die Regierung in Stockholm in eine außenpolitische Zwickmühle bringt. Kommt der schwedische Kriegsmaterial-Inspekteur Carl Algernon zu der Auffassung, daß das „elektronische Gerät" für die Rüstung gedacht ist, muß die Regierung den Weitertransport in den Osten verbieten. Sie wird dann sicherlich den Vorwurf zu hören bekommen, ein Handlanger Washingtons zu sein. Beurteilt der Inspekteur den Container-Inhalt als nicht-militärisch, kann nichts die Lieferung verhindern. Die USA könnten dann mit restriktiveren Exportbestimmungen gegenüber Schweden reagieren, worunter sowohl dessen Militär als auch die Industrie zu leiden hätten.

Der Zoll und die Außenhandelsabteilung des Außenministeriums, die für die Affäre zuständig sind, haben bisher nur fragmentarische Informationen preisgegeben. Hinzu kommen etliche „private Aussagen". Daraus ergibt sich folgendes Bild: Der Inhalt der vier in Hälsingborg stehenden Container wurde ursprünglich von der amerikanischen Digital Equipment von Boston an das Elektronikunternehmen Optronix nach Südafrika geliefert und von dort nach Schweden an eine Stockholmer Firma verschifft. Daß der endgültige Bestimmungsort ein osteuropäisches Land sein könnte, hält Zollgeneraldirektor Björn Eriksson für „nicht unbegründet". In der Presse werden die Sowjetunion und die Tschechoslowakei genannt.

Der Containerinhalt alleine – und darin scheinen sich die Experten einig zu sein – kann sowohl zivil als auch militärisch eingesetzt werden. Gemeinsam mit dem Hamburger Fund werde die Angelegenheit aber schon interessanter, meint Eriksson. In Malmö eingetroffene Kisten mit Computerausrüstungen brachten die Fahnder offenbar nicht viel weiter. Aufschlußreicher waren aber einige Sendungen, die per Eisenbahn und Flugzeug nach Stockholm gekommen sind. Es gibt Vermutungen, wonach sie die Software für die Computer enthalten.

Björn Eriksson betont, daß bisher niemand einer kriminellen Handlung verdächtigt werde, der Zoll arbeite lediglich an einer Materialaufstellung. Er räumt jedoch ein, daß man es mit einer etwas ungewöhnlichen Fracht zu tun habe. So wurden Typenbezeichnungen oder andere geläufige Identifizierungsmerkmale entfernt und Teile so verpackt, daß der Verdacht einer bewußten Irreführung nicht von der Hand zu weisen ist. Die Frachtpapiere stimmen zudem nicht in jedem Punkt mit den Lieferungen überein; schließlich hat der Stockholmer Adressat sämtlicher verdächtiger Sendungen bisher noch nichts von sich hören lassen oder Ansprüche geltend gemacht.

Müller hat viele Wohnsitze

Absender ist die Integrated Time AG mit Sitz in der Schweiz, die das umstrittene elektronische Gerät von der südafrikanischen Optronix gekauft hat. Die Time AG gehört wiederum der Firma Semitronic, die im schweizerischen Zug ansässig war, vor ein paar Tagen wurde jedoch ihr Namensschild abmontiert und das Telefonabonnement gekündigt.

Besitzer dieser drei Unternehmen ist Müller. Wohnsitze hat er viele. Nur anzutreffen ist Herr Müller, verheiratet, zwei Töchter, nirgendwo. Sein Stockholmer Rechtsanwalt: „Ich weiß nicht, woher er angerufen hat."

Die amerikanische Justiz interessiert sich besonders für Müller, denn sie hält seit 1976 einen Haftbefehl wegen des Verdachts bereit, hochtechnologisches Material geschmuggelt zu haben. In Washington ist man auch davon überzeugt, daß Müller KGB-Agent ist, mit der besonderen Aufgabe, Moskau begehrtes Rüstungsmaterial zu beschaffen.

Einlenken im britischen Druckerstreik

Schlichtungskommission soll Lösung suchen / Arbeitskampf belastete Labour Party

FRITZ WIRTH, **London**

An der britischen Druckerstreikfront ist am Wochenende Ruhe eingekehrt. Alle Beteiligten einigten sich auf einen zunächst siebentägigen Waffenstillstand. Zugleich kamen beide Seiten überein, heute vor einer unabhängigen Schlichtungskommission zu versuchen, den seit fünfeinhalb Monaten andauernden Konflikt zu lösen.

Diese Friedenssignale nach einer Woche heißer und zum Teil gewalttätiger Auseinandersetzung kommen nicht unerwartet. Es war bereits seit einigen Tagen klar geworden, daß sich dieser Konflikt nicht zur großen Konfrontation zwischen Gewerkschaften und Regierung eignet, obwohl linksradikale Gewerkschaftsführer wie der Transportarbeiter-Chef Moss Evans intensiv darauf drängten.

Die so zögernde Hinhaltetaktik des britischen Gewerkschafts-Dachverbandes TUC ließ bereits Anfang letzter Woche erkennen, daß sich die Gewerkschaftsführung auf ein Rückzugsgefecht einrichtete und bestrebt war, den Konflikt auf Sparflamme und örtlich begrenzt zu halten.

Zugleich wurde immer deutlicher erkennbar, daß dieser Arbeitskampf auch für die Labour Party zu einer unangenehmen politischen Belastung wurde. Der neue Labour-Parteiführer Neil Kinnock verdankt seine Wahl zum Parteichef vor wenigen Monaten in erster Linie der starken Unterstützung der Gewerkschaften. Da andererseits diese mit der gewaltsamen Belagerung des bestreikten Betriebes eindeutig gegen die bestehenden Gesetze verstießen, lief Kinnock Gefahr, bei einer zu starken Identifizierung mit diesen Aktionen in der Öffentlichkeit rapide an politischer Glaubwürdigkeit zu verlieren. Die Labourführung gab deshalb der Druckergewerkschaft deutliche Signale, den Konflikt abzukühlen.

Der Arbeitskampf dreht sich um einen kleinen Druckereibetrieb in Warrington in Nordengland, der kostenlose Anzeigenblätter produziert. Sein Besitzer Selim Shah hatte vor einigen Monaten einige neue Arbeitskräfte eingestellt, die nicht der Gewerkschaft „National Graphical Association" (NGA) angehörten. Sechs Mitglieder dieser Gewerkschaft im Betrieb des Selim Shah traten daraufhin in Streik und wurden später von Shah wegen Vertragsbruchs entlassen.

Illegale Belagerung

Die NGA belagerte daraufhin den Betrieb mit Streikposten, was nach den neuen Gewerkschaftsgesetzen der Regierung Thatcher illegal ist. Shah ging deshalb vor Gericht, das die Gewerkschaften zu einer Geldstrafe von insgesamt umgerechnet 600 000 Mark verurteilte. Die Gewerkschaft weigerte sich zu zahlen und dehnte statt dessen den Streik auf Fleet Street aus, wo am letzten Wochenende für zwei Tage alle Zeitungen stillgelegt wurden.

Bei der Eskalation dieses Streiks nach Fleet Street machten die Verleger keine gute Figur. Ihr Beschluß, die streikenden Drucker auszusperren bis sie eine Garantie für künftiges Wohlverhalten abgaben, blieb nicht einmal 24 Stunden gültig.

Diese Uneinigkeit auf der Verlegerseite zeigt, warum die Druckergewerkschaft NGA in den letzten Jahren eine so starke Position in Fleet Street bekommen konnte. Wie selbstherrlich diese Druckergewerkschaft von dieser starken Position Gebrauch macht, wurde gestern offenbar, als die Massen-Zeitung „News of the World" (Gesamtauflage 4,2 Millionen Exemplare) auf ihrer Meinungsseite mit weißem Raum erscheinen mußte.

Auf diesem Platz sollte eigentlich ein Artikel ihres Kolumnisten Woodrew Wyatt erscheinen, der sich kritisch mit den Gewerkschaften auseinandersetzt. Die NGA weigerte sich, diesen Beitrag zu drucken. Ein auf der gleichen Seite erscheinender Kommentar des Labour-Schattenministers Kaufman, der Wohlwollen gegenüber den Gewerkschaften zeigte, durfte dagegen gedruckt werden.

Eine Meinungsumfrage der „Sunday Times" ergab, daß die überwiegende Mehrheit der britischen Öffentlichkeit das Verhalten der Gewerkschaften in diesem Konflikt ablehnt. Danach stehen 51 Prozent der Befragten hinter dem bestreikten Drucker und 21 Prozent hinter der Gewerkschaft NGA. 65 Prozent lehnen darüber hinaus das Prinzip eines „Closed Shops", also des Gewerkschaftsmitgliedszwangs, ab, während nur 22 Prozent es befürworten.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falsches „Feindbild"

„Die Abkehr von Schmidt eint die SPD"; WELT vom 21. November

Sehr geehrte Redaktion,

Helmut Schmidt hat in den Tagen der Diskussion über die Nachrüstung gemeint, daß die SPD noch lange an diesen Tag zurückdenken wird. Sie wird voraussichtlich nicht nur an diesen Tag, sondern an dieses gesamte Jahr zurückdenken, denn es ist im Jahre 1983 etwas deutlich geworden, was für diese Partei charakteristisch ist, nämlich einmal die Tatsache, daß man in dieser Partei nicht mit den Finanzen, mit dem Geld umzugehen versteht. Die Folge ist unsere hohe Staatsverschuldung, die zum Kanzlerwechsel führte. – In der Nachrüstungsdiskussion ist deutlich geworden, daß man in dieser Partei keine Vaterlandsliebe kennt, sondern bereit ist, das Vaterland für ein Linsengericht zu verkaufen, um dem Internationalismus zu dienen. Willy Brandt hat das deutlicher als je zuvor gezeigt – und man muß hohen Respekt vor Helmut Schmidt haben, der da nicht mehr mitmachte und eine eigene Position bezog, die glaubwürdig ist, weil sie aus der Kenntnis der Details getragen wird. – Ob diese Abkehr von Schmidt die SPD eint, wage ich zu bezweifeln. Auf die Dauer ist die SPD eine Partei, die sich immer wieder spalten wird, weil sie von ihrem Wesen her dazu neigt. Es werden immer wieder in ihr Leute zu Ehre und Wohlstand kommen, weil hier die Gefolgschafts- und Beutepraxis in besonderer Weise betrieben wurde und wird. Diese Leute neigen dazu, sich den bürgerlichen Vorstellungen zuzuneigen. Beispiele dafür gibt es früher wie heute. Man denke heute an Jochen Steffen oder Wienand, die alle bei guter Pension ein auskömmliches bürgerliches Dasein führen. Im übrigen begreift man in der SPD nicht, daß Sozialismus nur auf den Fundamenten des Kapitalismus bestehen kann, daß die Arbeit nur etwas bedeuten kann, wenn sie den einen Partner hat, der bereit ist, mit allem Risiko etwas zu unternehmen und der Arbeiter nur etwas ist, wenn er einen „Unternehmer" zum Partner hat. Diese Erkenntnis kommt vielen Genossen erst, wenn sie selbst zu Wohlstand gekommen sind und damit was zu verlieren haben. – Es wird nicht in der SPD und auch in den nahestehenden Gewerkschaften erkannt, daß sie immer wieder ausgehebelt wird durch die ständig wachsende und von ihr hochgepeppelte Bürokratie auf allen Stufen vor allem des Staates. So wird sich die SPD niemals auf lange Sicht einigen können. Sie wird immer uneins sein, weil sie ein völlig falsches „Feindbild" hat, das sie in ihrer verhängnisvollen Ignoranz weiterhin vor sich herträgt wie einen Fetisch. Ihm folgen die Genossen in „Solidarität", um aus verklebten wirklichkeitsfremden Ideologien immer wieder Programme zu machen, die wirklichkeitsnahe Menschen ablehnen müssen.

Mit freundlichem Gruß
Dr. H. Steincke,
Michelbach/Bilz

Unabhängig

„Das Geschick"; WELT vom 25. November

Sehr verehrte Damen,
sehr geehrte Herren,
sehr geehrter Herr Dr. Kremp,

die Schlußfrage der SPD-Wende kann jetzt nur noch lauten: Wozu brauchen wir eigentlich die NATO? Dies ist bedrückend. Nur – was hat diese Ba(h)rsche Drehung mit der Zugehörigkeit von Abgeordneten zum öffentlichen Dienst zu tun? Wer ist eigentlich unabhängiger als ein dem Parlament angehörender und in den einstweiligen Ruhestand versetzter Beamter? Wird er nicht wiedergewählt, so steht ihm die Rückkehr in seine ehemalige Amtsstellung offen. Diese Sicherheit mag ihn bevorteilen – sie stärkt aber gerade seine politische Unabhängigkeit. Sind Funktionäre und sonstige Lobbyisten wohl genauso unabhängig?

Mit freundlichem Gruß
Erwin Marschewski, MdB
Bonn 1

Auf Finger klopfen

„Angst und Hoffnung"; WELT vom 28. November

Sehr geehrte Herren,

wie wahr, was Herbert Kremp schreibt!

Wenn die Tagesschau-Redakteure, doch wie man meinen sollte verantwortungsvolle Fernseh-Leute, sich vor der Tagesschau die Frage gestellt hätten, wem sie damit dienen würden, eine Kolonne amerikanischer Trucks nachts auf dem Wege zum Stützpunkt Mutlangen zu zeigen, hätten sie sich objektiv die Antwort geben müssen: Mit Sicherheit nicht den Ängstlichen, noch den Hoffnungsvollen!

Wem aber dann? Meines Erachtens nur einer Minderheit, bestimmt jedoch den Radikalen! Man könnte manchmal verzweifeln, mit welchem Fingerspitzen-Gefühl Verantwortliche unserer öffentlich-rechtlichen Anstalten ihr Handwerk betreiben. Ich kann mich jedenfalls nicht erinnern, schon einmal im Deutschen Fernsehen gesehen zu haben, welche Waffen wann und wo und wie gelagert werden. Wenn es Nachlässigkeit war, sei ihnen verziehen, sollte es jedoch Böswilligkeit gewesen sein, sollte man ihnen „auf die Finger klopfen"!

Hellmuth Fehling,
Hamburg 52

2 mal 2 ist vier!

Sehr geehrte Herren,

die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist nicht finanzierbar, sagen alle Besonnenen. Gewerkschaftsführer haben ein „umwerfendes" Gegenargument: sie „erinnern sich nicht, daß jemals eine Tariferhöhung finanzierbar war". Doch eben diese unfinanzierbaren Erhöhungen wurden immer wieder durchgesetzt und führten zu Inflation und Arbeitslosigkeit. – Heilt man Krankheiten durch Erneuerung und Vermehrung ihrer Ursachen? Ich halte es mit Peter Gillies (WELT vom 25. November): „Wirtschaftspolitik heißt leider Gottes auch, jeden Tag aufs neue offensiv zu erleutern, daß zweimal zwei nicht mehr als vier ist, daß Wasser nicht bergauf fließt und daß Pharao seinem Joseph glauben muß, wenn dieser ihm rät, die sieben fetten Kühe nicht fressen zu lassen."

Mit freundlichen Grüßen
Pfr. F. J. Rieder,
Frankfurt 70

Nur Verbalinjurien?

„Goethe-Institut – Bonn beugt ‚Panne' vor"; WELT vom 25. November

Wenn das Auswärtige Amt hervorhebt, bei 2300 Wortveranstaltungen der Goethe-Institute wären nur drei Entgleisungen festgestellt worden – dabei wäre es zu Verbalbeleidigungen gekommen –, so steht damit sicher noch nicht fest, daß die übrigen Veranstaltungen von unserer Bundesrepublik ein einigermaßen wirklichkeitsnahes Bild vermittelt haben. Oder liegen Entgleisungen nur vor, wenn es zu Verbalinjurien kommt, weil der Inhalt der Veranstaltungen gar keine Rolle mehr spielt?

Heinz-Dietrich Ortlieb,
Hamburg 52

Wort des Tages

„Die Vermeidung unnötigen Lärms und unnötiger Schwierigkeiten im Verkehr ist offenbar nicht nur eine Frage der Technik, sondern der inneren Haltung des Menschen.
Zur Liebe zum Nächsten sind wir nicht nur gefordert, wenn wir einmal für eine Sammlung etwas geben, sondern auch im Straßenverkehr."

Hermann Ehlers, dt. Politiker (1904–1954)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAGE

Rechtsanwalt Dr. **Herbert Kessler**, in Mannheim geboren und auch dort heute ansässig, feiert am 8. Dezember seinen 65. Geburtstag. Der Jurist ist Träger der Schiller-Plakette der Stadt Mannheim. Herbert Kessler ist mit fast 20 Werken als philosophischer Schriftsteller bekannt geworden und hat sich auch als Romancier einen Namen gemacht. In diesem Jahr erschien von ihm das philosophische Werk „Bauformen der Esoterik", ein Grundlagenwerk, das auf Verinnerlichung zielt und die analytischen Möglichkeiten der Existenzerfahrung erarbeitet. Fast zum gleichen Zeitpunkt veröffentlichte er den Kriminal- und Zeitroman „Tödliche Anstöße", in dem erstmals die Studentenrevolution bis zur Ermordung des früheren Arbeitgeberpräsidenten **Hanns Martin Schleyer** literarisch behandelt werden. Dr. Kessler ist auch Herausgeber und Schriftleiter von zwei akademischen Verbandszeitschriften und seit 1950 mit dem „Convent Deutscher Akademikerverbände", CDA, dessen Beirat er noch heute angehört, eng verbunden. 20 Jahre war er im CDA Mitglied des Vorstandes, vier Jahre Vorsitzender. Große Bedeutung erlangte die von ihm 1962 gegründete Humboldt-Gesellschaft für Wissenschaft, Kunst und Bildung, die er jetzt mehr als 23 Jahre als Vorstandsvorsitzender leitet. Der aus dieser Institution hervorgegangenen Sokratischen Gesellschaft e. V. gehört er als zweiter Vorsitzender an.

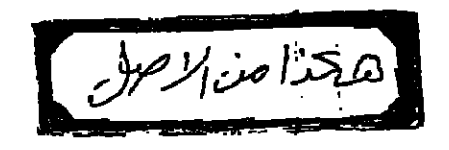
Kunst und Mode unter einem Dach bei Walter und Anna May in ihrem Kölner Kunst- und Einrichtungshaus. Zwischen Antiquitäten führten Corinna (links) und Patrizia Wiedemeyer vor allem Moden vor. Gäste waren auch die Botschafterehefrauen Molly Taylor (England) und Magda Nowilaty (Saudi-Arabien). FOTO: KEIL

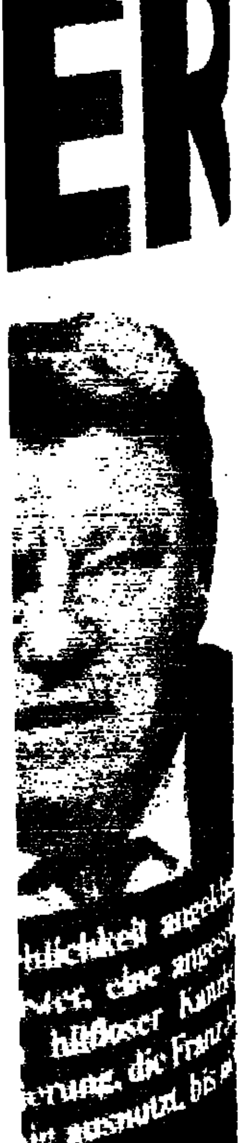
*

Der frühere Generalstaatsanwalt **Erich Helmeshoff**, ehemaliger langjähriger Präsident des Verbandes der Heimkehrer Deutschlands und Vizepräsident der Internationalen Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, feiert am 7. Dezember seinen 75. Geburtstag. Der Jurist ging, nachdem er 1950 aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft kam, zur Justiz zurück und wurde 1956 in das Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen berufen. 1964 wurde er Generalstaatsanwalt beim Oberlandesgericht Hamm und blieb es bis 1974. Präsident des Verbandes der Heimkehrer war er von 1960 bis 1976, heute ist er Ehrenpräsident. Zu den vielen Schwerpunkten seiner Tätigkeit im Verband gehörten sein Einsatz für die Freilassung deutscher Kriegsgefangener und sein Bemühen um die Eingliederung der Heimkehrer in Staat und Gesellschaft.

*

Der Wirtschaftsprüfer Diplom-Kaufmann **Wolfgang Kraus**, früherer Präsident der Wirtschaftsprüferkammer Düsseldorf, wird am 7. Dezember 70 Jahre alt. Wolfgang Kraus, der seit 1971 dem Vorstand der Wirtschaftsprüferkammer angehörte, hatte dort von 1975 bis 1978 das Amt des Präsidenten übernommen. Anschließend bis 1981 hatte er den Vorsitz im Beirat der Kammer.





Katja Milenkaja (Claudine Auger) wird die Titelrolle der Sappho tanzen. Besessen stürzt sie sich in die Arbeit FOTO: TELEBUNK

„Die Welt der Vicki Baum" – Reihe der ARD

Lieblingswunsch: Tänzerin

Ich bin eine erstklassige Schriftstellerin zweiter Güte", hat sie einmal von sich behauptet: Vicki Baum, 1888 in Wien geboren und 1960 in Hollywood als weltberühmte Verfasserin von Unterhaltungsromanen gestorben. Diese trockene Selbsteinschätzung erklärt sich auch aus ihrer Biographie: Vicki Baums ursprünglicher Lebensentwurf zielte keineswegs in Richtung Literatur; die Musik war's, die sie gefangennahm. Noch in den Jahren, da sie sich bereits einen Namen erschrieben hat, versteht sie sich

Die goldenen Schuhe – ARD, 20.15 Uhr

als Musikerin. Und auch in ihrer Autobiographie „Es war alles ganz anders! ..." nimmt das Schreiben als Vorgang nur einen geringen Teil ein, den weit größeren Raum widmet sie der Musik.

„Es wurmt mich, daß ich nicht Tänzerin geworden bin", hat sie später einmal geantwortet, als sie in einer Umfrage angeben sollte, welche Ambitionen in ihrem Leben unerfüllt geblieben seien. Und da sie recht früh in dieses Milieu eingetaucht war – vor dem Ballettunterricht allerdings lag ein intensives Harfenstudium –, kommt es nicht von ungefähr, daß die Welt des Tanzes und der Tänzer sich wie ein roter Faden durch das literarische Schaffen Vicki Baums zieht: Von „Die Tränen der Ina Raffey" (1921) über „Tanzpause" (1926) und „Marion" (1942) bis hin zu den „Goldenen Schuhen" (1958). Auch in ihrem Sensationserfolg „Menschen im Hotel" (1929) steht im Mittelpunkt eine alternde Primaballerina, die Grusinskaja – in der Verkörperung durch Greta Garbo geradezu legendär geworden.

Daß es in Wirklichkeit kaum ein Tänzerleben geben dürfte, das dem der Katja Milenkaja aus den „Goldenen Schuhen" halbwegs entspricht, ist dennoch kein schlagender Einwand. Denn hinter den oft klischeehaften Konflikten Baumscher Romanfiguren schimmert stets auch der alte Gegensatz von Kunst und Bürgertum hindurch. Die Baum wollte schließlich nicht mehr und nicht weniger als gute, spannende Unterhaltung liefern; sie servierte sie mit kultiviertem Geschmack und sicherem Gespür für die Wünsche des Publikums. Und sie pflegte dieses Genre mit den unvermeidlichen Kompromissen, aber in reicher Kenntnis der Alltagspsychologie, vor allem aus dem Leben von Frauen, und auf einem Niveau, das seitdem in Deutschland zumeist durch angelsächsische Importe ersetzt werden mußte.

Unter dem Obertitel „Die Welt der Vicki Baum" bringt die ARD nun im Dezemberprogramm eine Serie und zwei Fernsehspiele nach Romanen der Erfolgsschriftstellerin: „Die goldenen Schuhe" in fünf Teilen, „Rendezvous in Paris" und „Hell in Frauensee". „Die goldenen Schuhe" – Geschichte einer Primaballerina, die sich auf dem Höhepunkt ihres Weltruhms zwischen Privatleben und Bühne entscheiden muß – hat Regisseur Dietrich Haugk nach einem Drehbuch von Helmut Pigge mit so bekannten Schauspielern wie Claudine Auger, Ernst Stankowski, Susi Nicoletti und Blanche Aubry in Szene gesetzt.

hel.

KRITIK

Viel mehr ist nicht zu erwarten

Der Schauspieler und TV-Moderator Ernst Stankowski sagte einmal, Showbusiness sei nur mit drei Dingen menschlich zu ertragen: mit Dummheit, Demut oder Zynismus. Der Schauspieler und TV-Spielmacher Joachim Fuchsberger, dem alle drei Möglichkeiten nicht fremd sind, setzt eine neue hinzu: Qualität. Er holt sich Szenen aus „Cats", die in Wien am Theater an der Wien zur Zeit Furore machen, läßt das „Rondo Veneziano" auftreten, spricht mit ansehnlichen Leuten, mit der lieben Lilli Palmer, mit dem Cats-Initiator, dem Wiener Intendanten Peter Weck.

Es ist nicht alles Gold, was der Grauschimmel (Fuchsberger über Fuchsberger und Weck) aus seinem Claim holt, aber, mit Verlaub, wo gibt es noch Unterhalter? Selbst der Dauer-Twen Rudi Carrell wird kommendes Jahr Fünfzig und sitzt schon heute in Demut am Kaffeetisch der Erwachsenen. Wir gehen Zeiten entgegen, da wird man sich über jeden Kalauer Kulis und jeden Nachthemd-Auftritt Blackys freuen. Viel mehr ist nicht zu erwarten. Laßt uns für jedes Lachen dankbar sein unseren Unterhaltern der Alten Garde, den Grzimeks, den Lembkes, den Höfers, den Carrells, den Alexanders, den Mangers, den Fuchsbergers. Ob in Demut, mit Dummheit oder aus Zynismus – das sollte auch denen oben auf der Bühne gleich sein, erst recht den biederen Festsaalbesuchern vom Pfaffenhofener Schützenhaus, die sich noch freuen können. Einfach nur freuen, nur so.

VALENTIN POLCUCH



Der **Haushaltsplan des Zweiten Deutschen Fernsehens** (ZDF) für 1984 ist vom Fernsehrat einstimmig genehmigt worden. Der jetzt in Mainz verabschiedete Etat sieht Ausgaben von rund 1,34 Milliarden Mark vor und weist rund 1,4 Milliarden Mark Erträge aus Gebühren und Werbung aus. Das Aufsichtsgremium unter Vorsitz des Mainzer Oberbürgermeisters Jockel Fuchs gab Intendant Prof. Dieter Stolte gleichzeitig grünes Licht für den Antrag an die Ministerpräsidenten der Länder und die Deutsche Bundespost, dem ZDF für die Übertragung seiner Programmbeteiligung („ZDF 2") in die künftigen Kabelversuchsgebiete einen Kanal auf dem Fernmeldesatelliten (ECS) zur Verfügung zu stellen. Mit den verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten für das ZDF im Satellitenbereich will sich der Fernsehrat während seiner nächsten Sitzung am 2. März befassen.

Die Kosten für die Beteiligung des ZDF an den beiden ersten Kabelprojekten 1984 in Ludwigshafen und in München ist im Haushalt mit insgesamt 23 Millionen Mark veranschlagt. Auf der Einnahmeseite schlagen die zum 1. Januar 1984 um durchschnittlich 8,6 Prozent angehobenen Preise des Werbefernsehens mit einem Anstieg um 39 Millionen auf 523 Millionen Mark zu Buche. Da das ZDF im kommenden Jahr voll in den Genuß der Gebührenerhöhung kommt, können 80 Millionen Mark an Rücklagen vorgesehen werden. Sie sollen die für den zweiten Teil der Gebührenperiode bis 1986 zu erwartenden Kostensteigerungen und Fehlbeträge ausgleichen. Finanzieren muß das ZDF 1984 insgesamt 254 171 Sendeminuten, das sind durchschnittlich elfeinhalb Stunden täglich.

*

Einen „massiven Kommerz-Einbruch in das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem" hat die bayerische SPD im Zusammenhang mit der ARD-Märchenshow **„Wunderland"** vom ersten Advent scharf kritisiert. Erstmals in der ARD-Geschichte sei eine Sendung zur Hälfte indirekt – auf dem Weg über einen Musik-Manager – von einem Kaufhauskonzern (Hertie) finanziert und damit „natürlich auch inhaltlich bestimmt" worden, kritisierte der medienpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Jürgen Böddrich, im Pressedienst seiner Partei. Er sprach von einer kaschierten Aushöhlung des öffentlich-rechtlichen Systems.

Den öffentlich-rechtlichen Anstalten sollte es nach Einschätzung des Rundfunkratsmitglieds beim Bayerischen Rundfunk (BR) jedoch nicht grundsätzlich untersagt werden, sich neue Finanzquellen zu erschließen: „Wir brauchen ein finanziell starkes, zum heraufziehenden Privat-TV konkurrenzfähiges System." (dpa)





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.05 Der Mann von Suez
11.25 Umschau
11.55 Die schönsten Lieder der Weihnachtszeit
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Du bist meine Mutter
Preisgekröntes Einpersonenstück über eine Mutter-Sohn-Beziehung von Joop Admiraal
16.30 Am Anfang war der Lesestein
Die Geschichte der Brille
Dokumentarfilm von Ivo Bulanda
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Welt der Vicki Baum
Die Goldenen Schuhe (1)
5teilige Fernsehserie von Helmut Pigge nach dem Roman von Vicki Baum
Mit Claudine Auger, Lucie Sochurkova u. a.
Regie: Dietrich Haugk
21.15 Europa im Vergleich
Nationale Interessen contra EG
21.45 Bitte umblättern
Michael Douglas, der Sohn des Hollywood-Seniors Kirk Douglas, macht in jüngster Zeit wieder viel von sich reden: als Produzent und Schauspieler / Loriot, gerade 60 Jahre alt geworden, benutzt „Bitte umblättern" zur Geburtstagsnachlese und hält zudem eine Festrede auf das Fernsehen / Willy Bogner, Skifilmspezialist, lieferte für zwei James-Bond-Filme außergewöhnliche Szenen ab / Der „Krieg der Sterne" kommt ein drittes Mal in die Kinos / Der Deutsch-Argentinier Hans Hopfer ist für das Einrichtungsmagazin „Schöner wohnen" der erfolgreichste deutsche Möbeldesigner.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Spätherbst
Japanischer Spielfilm, 1960
Regie: Yasujiro Ozu
01.05 Tagesschau

ZDF

15.05 ZDF – Ihr Programm
15.10 Bild(n)er der Chemie
15.40 Spacelab aktuell
Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl sprechen mit den Astronauten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ein Affe im Haus
Ohne Alice geht es nicht
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Mr. Acker Bilk und Trio
17.50 Die Straßen von San Francisco
Jimmys Beweis
Dazw.: heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Na, sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
Zu Gast: Reinhard Mey, Marius Müller-Westernhagen, Tina Turner u. a.
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Medizin im Urteil der Experten
1964 – 1984 – 1994
Die wichtigsten Erfolge / Die wichtigsten Probleme / Die wichtigsten Erwartungen
Moderation: Hans Mohl
21.00 heute-journal
21.20 Strafanzeige gegen Unbeteiligt
Zwei Männer sind ohne ersichtlichen Grund von drei Jugendlichen in der U-Bahn zusammengeschlagen worden, die übrigen Reisenden haben alles ruhig mitangesehen oder auch bewußt weggeschaut. Einer der untätigen Zeugen fühlt sich schuldig: Herr Wichmüller. Er erstattet Selbstanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung.
22.50 König Jan und die Ringer aus Aalen
Sechs Geschichten zum Wiener Türkenjahr
23.35 heute
Anschl. Philipp Rosenthal liest aus dem Buch der Bücher



Weichmüller (Wolfgang Kieling) erstattet bei der Polizei (Michael Weckler) Selbstanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung – „Strafanzeige gegen Unbeteiligt", ZDF, 21.20 Uhr FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Chemie (6)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsshow
Treffpunkt: Straßburg
21.45 Landesspiegel
Porträt: Klaus Matthiessen
Der neue Landwirtschafts-Minister von Nordrhein-Westfalen
22.15 Sport-Platz
Anadolu 77 – ein türkischer Fußballclub in Gelsenkirchen
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
Die deutsche Friedensbewegung aus amerikanischer Sicht
24.00 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Nach dem Schülerberg (4)
19.00 Familientraining
19.15 Naturwissenschaftliches Feature
Der Mensch – das Maß aller Dinge?
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Fenster
21.00 Für Leser und Liebhaber
21.15 Leute
22.45 Ferrara
23.25 Letze Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Spaß im Dritten mit Bills Klamottenkiste
19.00 Das internationae TV-Kochbuch (Italien)
19.15 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Horizonte
21.00 Drei aktuell
21.15 Task Force Police
Irgendein Platz
22.05 Bücher-Report
22.55 Thema offen

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Chemie (6)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Jenseits unserer Grenzen
Hundert Jahre Lüderitzbucht
21.05 Opas Weltraum-Utopien
21.25 Näher betrachtet
22.10 Jazz am Montagabend

BAYERN

18.15 Da schau her!
18.45 Rundschau
19.00 Das tapfere Schneiderlein
19.10 Die lustigen Vagabunden
Dt. Spielfilm, 1940
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z. E. N.
22.05 Aus Forschung und Lehre
22.50 Mord mit der linken Hand
Amerik. Kriminalfilm
00.05 Rundschau

Mein lieber Mann, mein lieber Vater

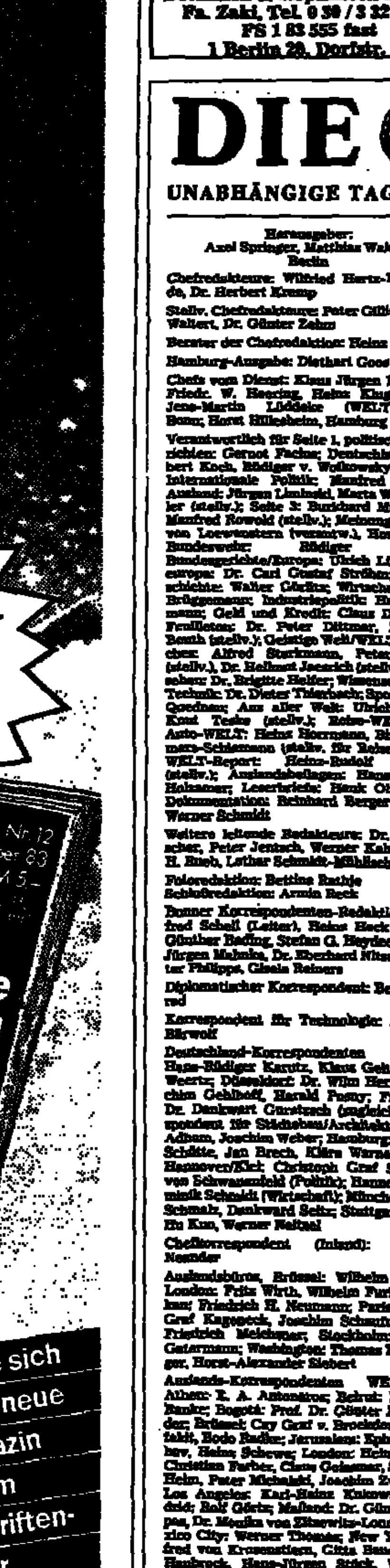
Horst Mittag

wurde am 30. November 1983 im 55. Lebensjahr von einer langen, schweren Krankheit erlöst.

In tiefer Trauer
Hildegard Mittag geb. Hagensieker
und Susette

2000 Hamburg 63
Hollenbek 12

Die Beisetzung findet im engsten Kreise und in aller Stille statt.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

Hoppe bereit, für Lambsdorff einzuspringen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Freien Demokraten wollen auch bei einem Rücktritt von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff an den Bundesministerien für Auswärtiges, Justiz und Wirtschaft festhalten. Sie lehnen selbst bei einer möglichen größeren Kabinettsumbildung einen bereits von der Union ins Gespräch gebrachten Ämtertausch ab. Denn die FDP geht davon aus, daß bei den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU die Aufteilung der Ministerien vereinbart worden sei und jede Partei, wie in der Vergangenheit, über deren Leitung allein entscheidet.

Sollte es zu einer Amtsniederlegung von Lambsdorff kommen, so soll aller Voraussicht nach der Haushaltsexperte und stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Hans-Günter Hoppe die Nachfolge antreten. Der ehemalige Berliner Senator hatte es nach den Neuwahlen am 6. März genauso wie der Rechtsexperte Detlef Kleinert abgelehnt, das Bundesjustizministerium zu übernehmen. Damals spielten unter anderem gesundheitliche Gründe eine Rolle. Jetzt könnte Hoppe sich jedoch angesichts der personellen Situation der FDP kaum entziehen. Er selbst hat am Wochenende auf Journalistenfragen in Berlin zu verstehen gegeben, daß er bereit sei, das Ministerium im Falle der Eröffnung der Hauptverhandlung gegen Lambsdorff – voraussichtlich nur bis zu dem von den Liberalen erwarteten Freispruch – zu leiten. Hoppes Platz im Haushaltsausschuß des Bundestages könnte dann vom stellvertretenden baden-württembergischen Landesvorsitzenden Helmut Haussmann übernommen werden. Haussmann leitet gegenwärtig den wichtigen Arbeitskreis Wirtschafts-, Finanz- und Agrarpolitik der Fraktion.

Neben Hoppe ist der Unternehmer Dieter Julius Cronenberg, ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im Gespräch. Für ihn gibt es insbesondere bei den nordrhein-westfälischen Liberalen gewisse Präferenzen.

Darüber hinaus wird in der Partei darüber nachgedacht, eventuell auf einen Professor der Wirtschaftswissenschaften zurückzugreifen. Derartige Fachleute sind zum Beispiel im Kronsberger Kreis zusammengeschlossen.

Kohl und Lambsdorff über „Fahrplan" einig

Heute werden Anklageschriften in der Flick-Affäre ausgehändigt / Harte Kritik Tandlers am bisherigen Verfahren

STEFAN HEYDECK, Bonn

Heute, Montag, erhalten die in der Flick-Affäre Beschuldigten Kenntnis vom Inhalt der Anklageschriften. Wie gestern in Bonn verlautete, hat der Vorsitzende der zuständigen Kammer beim Bonner Landgericht die Betroffenen benachrichtigt, daß die Anklageschriften abgeholt werden können. Dieses Verfahren gilt als korrekt; es hat den Zweck, mögliche Pannen bei einer Zustellung auf dem Postweg zu vermeiden. Allerdings war Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach WELT-Informationen bis gestern mittag darüber noch nicht unterrichtet worden.

Graf Lambsdorff, gegen den die Staatsanwaltschaft wegen Bestechung Anklage erhebt, hat am Wochenende auf FDP-Veranstaltungen seine Unschuld bekräftigt. Er kündigte an, daß er um sein Recht kämpfen werde. Für den Minister bleibt es bei dem „Fahrplan", der am vergangenen Mittwoch vor der Kabinettssitzung besprochen worden war. Nach WELT-Informationen hat das Interview von Bundeskanzler Helmut Kohl mit der „New York Times", das in Bonn zunächst Überraschung und Irritation ausgelöst hatte, für Lambsdorff an dieser Sachlage nichts geändert. Der Kanzler hatte den Minister nach dem Bekanntwerden des Textes noch am Freitag in einem Hotel in Baden-Baden angerufen und ihm seine Äußerungen erläutert. Beide hatten sich darauf verständigt, daß die getroffenen Absprachen weiter gültig bleiben.

Das bedeutet, daß Lambsdorff die nach wie vor ausstehende Anklageschrift zunächst sorgfältig mit seinem Anwalt Egon Müller prüfen und sich dann mit dem Bundeskanzler und dem FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher beraten wird. Erst dann will er öffentlich mitteilen, ob er politische und persönliche Konsequenzen ziehen wird.

In einer Klausursitzung der nordrhein-westfälischen FDP-Führung hatte der Landesvorsitzende Jürgen Möllemann in Leichlingen die „Vorverurteilung" von Lambsdorff als unerträglich bezeichnet. Er äußerte den Verdacht, daß es sich auch um eine von „interessierter Seite" betriebene, gegen die gesamte FDP gerichtete, Kampagne handele.

Auch im Immunitätsausschuß des Bundestages hatte es Unmut über das Verhalten der Ermittlungsbehörden gegeben. Noch am Mittwochabend hatte ein SPD-Mitglied in diesem Gremium sich gegenüber einem FDP-Vertreter dafür eingesetzt, wegen der „Dürftigkeit" des staatsanwaltschaftlichen Antrags die Immunitätsaufhebung abzulehnen. Die Freien Demokraten widersprachen jedoch, weil sie Negativwirkungen in der Öffentlichkeit befürchteten. Sie wollen auch das Verfahren beschleunigt abgewickelt sehen. Lambsdorff selbst hatte zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, sich der Aufhebung zu widersetzen.

Die vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel erhobenen Rücktrittsforderungen werden in der Umgebung des Ministers als eine Art Pflichterfüllung des Oppositionsführers bewertet. Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Jürgen Schmude kritisierte gestern jegliche „Justizschelte". Im Fall Flick gebe es ein öffentliches Interesse an der Berichterstattung. Das müßten sich die Angeschuldigten gefallen lassen „und die damit verbundene Belastung ertragen". Schmude fügte jedoch hinzu: „In der Erwartung, daß sich letztlich ihre Unschuld ergeben wird, stehen die Betroffenen bekanntlich nicht allein."

*

lz. München

Die CSU will sich zum weiteren Vorgehen im Fall Lambsdorff vorerst nicht öffentlich äußern. „Zu diesem Thema gibt es in München weder einen Erklärungs- noch einen Handlungsbedarf", meinte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler am Samstag vor Journalisten. Dies seien Entscheidungen, die allein in Bonn getroffen werden müßten.

Zu den Umständen des Ermittlungsverfahrens erklärte Tandler jedoch, es handele sich um einen „Justizskandal erster Größenordnung". Er fuhr fort: „Diese Art der Vorveröffentlichung, die offensichtlich auch durch Fehlleistungen des Justizapparats von Nordrhein-Westfalen durchgesickert sind, bis hin zu der gesamten Verfahrensweise – ich möchte einmal ein sehr hartes Wort sagen – nötigen mir fast den Verdacht auf, daß hier bewußt oder unbewußt in einem anderen Bereich so gehandelt wird, wie es andere mit der Exekution von Ponto und Schleyer vorgenommen haben." Für ein echtes Verfahren bestehe überhaupt keine Chance mehr.

Dies wies, laut dpa, der leitende Kölner Oberstaatsanwalt und stellvertretende Generalstaatsanwalt, Beреslaw Schmitz, mit den Worten zurück: „Die Äußerung einer derartigen Ungeheuerlichkeit über die Tätigkeit einer deutschen Justizbehörde, wie man sie in Deutschland seit den Tagen des NS-Kampfblattes ‚Der Stürmer' nicht mehr gehört hat, ist in einem Rechtsstaat unerträglich und kann nicht ohne Folgen bleiben."

Washington: Unklug, Sowjets mit Konzessionen zu belohnen

● Fortsetzung von Seite 1

TO-Ministerratsgesprächen eine große Rolle spielen.

Die amerikanische Seite hat zu den von Genscher aufgeworfenen Fragen noch keine einheitliche Antwort formuliert. Grundsätzlich herrscht aber aus zwei Gründen Skepsis vor:

● Man schreckt vor einer „Dynamisierung" der alten Grundsätze von 1967 (deren Gültigkeit für Europa nicht angefochten wird) zurück, solange damit nur eine Befriedung der europäischen Szene, aber kein Verhaltenskodex in der übrigen Welt angestrebt wird, an dem man die sowjetische Politik messen kann. Bekanntlich stürzte der Entspannungs-Überbau ein, als die Sowjets ihre Expansionsbestrebungen in der Dritten Welt nach 1975 (Angola) unverhüllt zu erkennen gaben.

● Westliche Überlegungen über neue Strategien zur Belebung einvernehmlicher Ost-West-Beziehungen bleiben müßig, solange keine Klarheit über die Führungsautorität im Kreml herrscht. Die Spekulationen um den Gesundheitszustand Andropows haben das Fragezeichen nur noch deutlicher gesetzt. An weiteren Erkenntnissen über die Zusammensetzung der sowjetischen Führung ist die Reagan-Administration dringend interessiert. Daher ist damit zu rechnen, daß Außenminister Shultz am 17. Januar 1984 zur Eröffnung der europäischen Sicherheitskonferenz nach Stockholm reisen wird und vielleicht mit Außenminister Gromyko zusammentrifft.

In der Zwischenzeit wird die Bonner Diplomatie ihre Anstrengungen verdoppeln, den amerikanischen Partner mit der durch die Nachrüstung gewachsenen Sensitivität der deutschen politischen Szene bekanntzumachen und ihm die Einhaltung gewisser Spielregeln nahelegen, damit Bonn sicherer durch die kommenden Stromschnellen steuern kann. Das amerikanische Publikum wurde am Freitag durch eine Zeitungskolumne des angesehenen CIA-Veteranen Cord Meyer von diesen deutschen Sorgen in Kenntnis gesetzt. Der vielgelesene Kolumnist hatte offenbar, zusammenfallend mit der Initiative Genschers und dem Besuch Meyer-Landruts in Washington, eine umfassende Unterrichtung aus berufenem Munde erhalten. Sein Aufsatz nennt unter anderem folgende Bonner Anliegen:

1. Die Reagan-Administration möge unbedingt ihre rhetorischen Exzesse in Richtung Moskau zügeln, wie auch ihre öffentlichen Aussagen zu Fragen der Allianz und der nuklearen Strategie besser abwägen.

2. Die USA dürften keine Gelegenheit auslassen, ihre unverbrüchliche Verpflichtung zu Abrüstungsverhandlungen, auf allen Ebenen, deutlich zu machen. Bonn warne eindringlich vor der Einführung neuer Waffen wie Neutronengefechtsköpfen oder binarischen C-Systemen (chemische Waffen) in Europa.

3. Die Alliierten wünschten sich eine stetige Bündnispolitik der Amerikaner, vor allem „keine plötzlichen Überraschungen mehr". Mit Blick auf die demokratischen Präsidentschaftskandidaten wird empfohlen, das Prinzip der Überparteilichkeit von Bündnisvereinbarungen zu achten und nicht etwa von der einmal gefällten Nachrüstungsentscheidung abzurücken.

*

cvb. Brüssel

Bei der Stationierung der neuen Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und Cruise Missiles wird es entgegen anderslautenden Berichten keine neunmonatige Pause geben. Dies wurde in Brüssel aus hochrangigen Kreisen amerikanischer Diplomaten bekannt. Mit der Ankunft neuer Cruise Missiles und ihrer nuklearen Sprengköpfe in Europa sei „schon in den nächsten Tagen und Wochen" zu rechnen. Spekulationen, Washington wolle das Stationierungstempo bremsen, um so die Sowjetunion rascher an den Verhandlungstisch zurückzubringen, wurden von den amerikanischen Beamten als abwegig bezeichnet.

In diesem Zusammenhang reagierten US-Diplomaten auch auf die Frage, ob die Wiederaufnahme der Verhandlungen dadurch leichter bewerkstelligt werden könne, indem man die INF-Mittelstreckenrunde mit den START-Verhandlungen zusammenlege. Dies sei bisher von der Sowjetunion nie angesprochen worden. Einem möglichen Vorschlag stehe man auf amerikanischer Seite schon aus rein praktischen Erwägungen wenig positiv gegenüber. Eine Zusammenlegung erfordere wahrscheinlich zwei oder drei Untergruppen und einen „Oberverhandlungsführer" auf jeder Seite, der alle Gesichtspunkte der komplexen Materie übersehe.

Die ablehnende Haltung der USA zu besonderen Initiativen des Westens schien Beobachtern anzudeuten, daß die Washingtoner Regierung möglichen Plänen des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zu solchen Schritten mit kaum verhüllter Abneigung gegenübersteht. Nach Brüsseler Informationen soll auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher aus innenpolitischen Gründen nach einer westlichen Initiative suchen. Bei dem geplanten Zusammentreffen mit US-Außenminister George Shultz wird erwartet, daß Shultz versuchen wird, Genscher zu bremsen, falls dieser in Richtung auf westliche Initiativen drängen sollte.

Wie aus amerikanischen Kreisen betont wurde, habe man bei der Stationierung eine künstliche Verzögerung in Kauf genommen, weil der Deutsche Bundestag erst am 22. November die Abstimmung über die Nachrüstungsfrage vorgenommen habe. Bis zu diesem Zeitpunkt habe Washington seiner Verpflichtung gemäß gewartet. (SAD)

ÖTV will „kein Lohndiktat hinnehmen"

dpa, Bonn

Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathies hat die von der Bundesregierung für 1984 beschlossene „Nullrunde" für den öffentlichen Dienst als „völlig indiskutabel" bezeichnet. Im sozialdemokratischen „Parlamentarisch-Politischen-Pressedienst" erinnerte sie daran, daß die ÖTV schon in der Tarifrunde 1983 bewiesen habe, daß sie „Lohndiktate nicht hinnimmt". Wenn für 1984 im Haushalt kein Geld für Lohn- und Gehaltserhöhungen eingeplant sei, müsse die Regierung eben einen Nachtragshaushalt beschließen.

Häftlinge danken für Freikauf

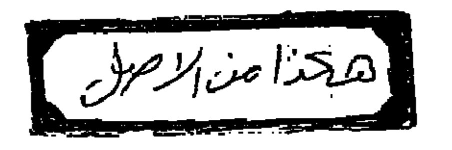
W. K. Bonn

Sie knieten nieder und küßten die Erde: Mit dieser Geste dankten 83 politische Gefangene nach ihrer Ankunft im Notaufnahmelager Gießen für den Freikauf aus „DDR"-Haft. „Unseren Schmerz, unseren Dank und unsere Hoffnung bringen wir zum Ausdruck, indem wir uns verneigen und den Boden der neuen Heimat berühren", sagte der ehemalige Jenaer Medizinalrat Friedrich Wilhelm Koch. Der 51jährige Fachchirurg war wegen einer Spendenaktion für die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc" 1980 mit Zuchthaus bestraft worden. Am 1. Februar dieses Jahres wurde er – zusammen mit seinem Sohn – erneut verhaftet und wegen aktiver Beteiligung an der kirchlichen Friedensarbeit zu zwölf Monaten Haft in Bautzen verurteilt.

Anschlag auf US-Einrichtung

dpa, Schwäbisch Gmünd

Vier Nachrüstungsgegner sind gestern auf das Gelände einer amerikanischen Kaserne in Schwäbisch Gmünd eingedrungen und haben ein Militärflugzeug schwer beschädigt. Bei der Aktion soll Sachschaden in Höhe von etwa 100 000 Mark entstanden sein. Die vier Angehörigen der sogenannten „Flugschargruppe", die bereits an der Blockade von US-Einrichtungen in Nordenham teilgenommen hatten, wurden festgenommen.



Signal für die Küste

JB. – Es gehörte lange Zeit nicht gerade zu den stärksten Tugenden deutscher Reeder, die staatlichen Hilfen, die ihnen über viele Jahre und in reichlichem Maß zugeflossen sind, angemessen zu würdigen. Aus dem tief verwurzelten Bewußtsein, Schiffe nicht nur zum Transport von Waren, sondern auch zum Ruhm und Stolz des Vaterlands über die Meere fahren zu lassen, leiteten sie für sich das Recht ab, in rauher See zunächst nach dem Staat zu rufen und erst dann an Selbsthilfe zu denken.

Zu ihrem eigenen Glück hat die Branche diese Haltung lange abgelegt. Nur so kann sie nämlich selbst in Zeiten totaler Ebbe in den staatlichen Kassen und wachsender Vorbehalte gegenüber Subventionen ihre Probleme in Bonn glaubwürdig vortragen und sich auch Chancen ausrechnen, Verständnis zu finden. Mit der Entscheidung des Haushaltsausschusses, die Finanzbeiträge an die Reeder wieder zu gewähren und dafür zusätzliche Mittel von insgesamt 80 Millionen Mark für die Jahre 1985 und 1986 bereitzustellen, ist immerhin einem der vordringlichsten Anliegen der Reeder Rechnung getragen worden.

Die Finanzbeiträge haben sich in der Tat als bislang wirksamste Hilfsmaßnahmen erwiesen. Ihren Erfolg im finanziellen Bereich hoffen die Reeder nun dadurch verstößt zu bekommen, daß ein zweiter mit Schifffahrtsfragen beschäftigter Ausschuß auch Entlastung auf der politischen Seite bringt. Dieser Interministerielle Ausschuß prüft zur Zeit, wie die deutsche Schiffahrt vor Abwehrprotektionismus der Entwicklungsländer und Ostblock-Dumping geschützt werden kann. Da Gegenmaßnahmen dieser Art kein Geld kosten, hoffen die Reeder auf ein weiteres „Signal für die Küste".

Feiertage

Ha (Brüssel) – Nun kommt sie wieder, die schöne Weihnachtszeit. Die europäischen Beamten können sie mehr genießen als andere EG-Bürger. Wie in den Vorjahren dürfen sie wieder am 23. Dezember mittags den Bleistift niederlegen. Man will ihnen Gelegenheit geben, den Heiligen Abend mit ihren Familien im Heimatland zu feiern. Die Kommission sieht auch nichts Anstößiges daran, daß die Beamten am Jahresende eine zusammenhängende Feiertagsserie von neuneinhalb Tagen erhalten, die – wie der SPD-Abgeordnete Klaus Haensch vermutet – „bestimmte ungute Vorurteile" vieler Bürger gegen die EG-Bürokratie bestätigen könnte. Sie hält die Dienstbefreiung für gerechtfertigt, um die „unbilligen Unterschiede im Zeit- und Kostenaufwand", den eine Reise aus fernen weiter wichtiger Feiertage im Abstand von nur einer Woche erfordere, zu verringern. Seltsam ist nur, daß auch die Beamten von dieser Regelung profitieren, die seit eh und je mit ihrer Familie am Sitz der EG wohnen. Sie sind erheblich besser dran als ihre Kollegen in den Heimatländern.

EG / Kommission mahnt Mitglieder zu gemeinsamen Anstrengungen

Erholung noch langsam und erheblich schwächer als in den USA und Japan

WILHELM HADLER, Athen

Zu gemeinsamen Anstrengungen zur Konsolidierung des Wirtschaftsaufschwunges in Europa hat die EG-Kommission die Mitgliedstaaten aufgerufen. In einem Bericht an die in Athen versammelten Staats- und Regierungschefs schreibt die Brüsseler Behörde, die Voraussetzungen für ein stabiles Wachstum zu schaffen sei um so wichtiger, als die neuesten Wirtschaftsdaten vielleicht nur eine vorübergehende konjunkturelle Belebung in der Gemeinschaft widerspiegelten.

Wie schon in ihrem Jahreswirtschaftsbericht weist die Kommission darauf hin, daß die Erholung noch langsam ist und erheblich schwächer ausfällt als in den USA und Japan. Sie umfasse außerdem nicht alle Mitgliedstaaten im gleichen Maße. Vielmehr würden die geschätzten Durchschnittszahlen (reales Wachstum 1983: 0,5 Prozent, 1984: 1,5 Prozent) weitgehend durch die Ergebnisse in der Bundesrepublik (1983: 0,7, 1984: 2,2) und in Großbritannien (1983: 2,8, 1984: 3,6) erreicht, während fünf Mitgliedstaaten im ablaufenden Jahr einen Rückgang und im kommenden Jahr ein nur schwaches Wachstum verzeichnen dürften.

„Prekär" sei die wirtschaftliche Erholung auch insofern, als sie hauptsächlich einer Belebung des privaten Verbrauchs, einer Wiederauffüllung der Lager und einer vorübergehenden Zunahme des Wohnungsbaues zu verdanken sei. Investitionen und Auslandsnachfrage hätten demgegenüber nur wenig zur Verbesserung der europäischen Konjunktur beigetragen. Für 1984 rechne die Kommission jedoch mit einer Steigerung der Welteinfuhren um real etwa 3,5 Prozent (1983: 1,1 Prozent). Skeptisch ist die EG-Behörde auch im Hinblick auf die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt: Die Stabilisierung der Arbeitslosigkeit, die Ende des ersten Halbjahres 1983 eingesetzt habe, sei mit Vorsicht zu interpretieren. Es lasse sich noch schwer feststellen, ob im Trend tatsächlich eine Änderung eingetreten sei.

Allgemein verzeichnet der Bericht eine beträchtliche Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz in der EG. So wird sich die Spanne der Inflationsraten, die 1980 noch zwischen 5,5 Prozent (Deutschland) und mehr als 20 Prozent (Italien und Griechenland) lag, im laufenden Jahr auf 3 Prozent (Niederlande) und etwa 15 Prozent (Italien) verengen. Eine Ausnahme bildet allerdings noch immer Griechenland mit rund 18,5 Prozent.

Ins Gleichgewicht kommt allmählich auch wieder die Leistungsbilanz der Gemeinschaft. Nach Defiziten von 1,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 1980 und 1981 und 1982, dürfte sie 1984 wieder nahezu ausgeglichen sein. Der durchschnittliche Finanzierungsbedarf der Staates bleibt zwar hoch (1983: 5,4 Prozent des BIP), ohne die Bedienung der öffentlichen Schulden wäre es 1984 jedoch bereits möglich, das Defizit auf 0,6 Prozent des BIP zu begrenzen.

Ob es zu einer dauerhaften Erholung bei ausreichender Stabilität kommt, wird nach Meinung der Brüsseler Experten vornehmlich von drei Faktoren beeinflußt werden: der internationalen Währungs- und Finanzsituation, der Neubelebung der Investitionen und der Stärkung der wirtschaftlichen Strukturen der Gemeinschaft.

Die Zinssätze – vor allem die Realzinsen – seien nach wie vor „übermäßig hoch", was wiederum weitgehend auf die Haushaltspolitik der USA zurückzuführen sei. Die Wechselkurse seien „zu weit von den grundlegenden wirtschaftlichen Gegebenheiten entfernt". Eine solche Entwicklung müsse zwangsläufig rein spekulative Tätigkeiten fördern, die einen übermäßig großen Teil des Sparens in Anspruch nähmen.

Die Kommission rät den Regierungschefs zu einer Wirtschaftspolitik, die

- den Abbau der Inflation als vorrangiges Ziel bestätigt,
- die Voraussetzungen für eine allmähliche, aber dauerhafte und stetige Erholung – vor allem über eine Förderung der Investitionen – schafft,
- glaubwürdig ist, wozu gehöre, daß sie mit Entschlossenheit umgesetzt werde.

US-AKTIENMÄRKTE

Streit um Martin Feldstein verunsichert Wall Street

H.-A. SIEBERT, Washington

Großen Schaden hat der Streit um Martin Feldstein, Harvard-Professor mit internationalem Ruf und Vorsitzender des wirtschaftlichen Beraterstabes des Weißen Hauses, an den US-Aktienmärkten angerichtet. Die rüde Kritik des Präsidentensprechers Larry Speakes, deren Ton inzwischen auch von Ronald Reagan mißbilligt wurde, erinnert die Wall Street an die riskante Fiskalpolitik, die über ein gewaltiges Deficit-spending in Washington von Exekutive und Legislative betrieben wird. Das Ergebnis ist eine neu entflammte Zinsfurcht, die einen Rückzug auf breiter Front gegen Wochenschluß auslöste.

In den Augen ernst zu nehmender Börsenanalytiker hat Speakes die Administration ins Abseits manövriert, weil jedermann sieht, daß der kräftige Konjunkturaufschwung in den USA nach nahezu vierjähriger Stagnation und Rezession zum größten Teil zyklisch bedingt ist, wobei die Rekordhaushaltsdefizite zusätzliche Schubkräfte freimachen. Gerade in dieser Erholungsphase könnten die Weichen für eine längerfristige Preisstabilität durch einen Abbau der roten Zahlen gestellt werden, was – vor allem auch im Kongreß – aus wahltaktischen Gründen nicht geschieht.

Die Ironie will es, daß Feldstein, der von seinen Vorgängern Stein, Greenspan, Schultze und Weidenbaum gestützt wird, Reagans Wirtschaftspolitik voll mitträgt. Was er fordert, ist nur ein Festhalten an dem ursprünglichen Plan des Präsidenten, im Finanzjahr 1985 zusammen mit weiteren Ausgabenkürzungen die Steuern dann zu erhöhen, wenn die US-Wirtschaft nach wie vor expandiert und das Haushaltsdefizit 2,5 (zur Zeit mehr als sechs) Prozent des projezierten Bruttosozialprodukts übersteigt. In welche Richtung Reagan marschiert, werden der Bericht zur Lage der Nation und der Budgetentwurf zeigen, die nach dem 23. Januar fällig sind, wenn der Kongreß aus den Ferien zurückkehrt.

Angesichts der unerfreulichen und hoffentlich schnell beendeten Feldstein-Debatte konzentriert sich das Interesse der Wall Street erneut auf die Geldpolitik der US-Notenbank. Bereits befürchtet wird ein leichtes Anziehen der Kreditschraube, zumal alle Signale auf eine robustere Konjunktur hindeuten. Außerdem nimmt die Geldversorgung wieder stärker zu (M1 zuletzt um 1,6 Milliarden Dollar), und technische Faktoren sprechen für eine Aufblähung der Geschäftskredite gegen Jahresende. Nicht umsonst kletterte der Dollar am New Yorker Platz auf 2,7162 Mark.

Im Wochenverlauf fiel der Dow-Jones-Industrie-Index um 12,20 (Freitag: minus 9,86) auf 1265,24 Punkte. Nicht halten ließ sich der neue Rekord vom Dienstag (1287,20), der sich hauptsächlich auf die „Blue Chips" beschränkte. Der Nyse-Index sackte um 0,89 (0,53) auf 95,66 Punkte. Der Abgabedruck hält vorerst an.

Metallmärkte etwas erholt

Von LEO FISCHER

Die Metallmärkte konnten sich im November von der starken Schwächeneigung im Oktober etwas erholen, ohne allerdings die Jahreshöchstpreise auch nur annähernd zu erreichen – abgesehen vom Zink, das bereits im Oktober im Gegensatz zu den anderen Metallen sehr fest tendierte. Aber die Monatsendzahlen der Tabelle täuschen etwas über die tatsächlichen Bewegungen an den Metallmärkten hinweg. Denn auch der November stand lange Zeit im Zeichen der Baisse, die erst gegen Monatsende überwunden wurde.

So fiel zum Beispiel der Goldpreis zunächst auf das tiefste Niveau dieses Jahres (374,75), ehe gegen Ende November wieder die psychologisch wichtige Marke von 400 Dollar je Feinunze übersprungen werden konnte. Auch der New Yorker Silberpreis, der in Dollar notiert wird, sackte zwischenzeitlich auf das tiefste Niveau seit 12 Monaten.

Aufgrund der schwachen Pfund-Kurse im Vergleich zum Dollar konnte sich die Londoner Silbernotierung zwar etwas besser behaupten. Trotzdem fiel der Londoner Silberpreis zunächst noch unter den Stand von Ende Oktober, bevor auch der Silberpreis an der Erholung der Metalle teilnahm.

Der starke Dollar und das vergleichsweise schwache Pfund müssen auch bei der Betrachtung der Indizes berücksichtigt werden. Denn nur so ist es zu erklären, daß der Reuters-Index, der auf Pfundpreisen basiert, in unmittelbarer Nähe des Jahreshöchststandes notiert, während der Moodys-Index, dem Dollar-Notierungen zugrunde liegen, dem Jahrestiefststand wesentlich näher ist als dem Jahreshoch.

Auch die Erholung der Kupferpreise – nach einem Tiefststand für die letzten zehn Monate – wurde durch die vergleichsweise schwache Verfassung des Pfundes begünstigt. Mehr noch spielten dabei aber markttechnische Faktoren eine Rolle. Der Markt galt als „überverkauft", das heißt, es bestand eine Vielzahl von Mehrverkaufsengagements, die unmittelbar vor Auslaufen der Kontrakte zu verstärkten Käufen führen müssen, um die Engagements glattzustellen.

Hinzu kam, wie der Terminmarkt des Brokerhauses Hornblower und Fischer schreibt, eine saisonale Nachfragesteigerung, die gegen Ende November einsetzte und meist bis ins erste Quartal des folgenden Jahres reichte. Die fundamentalen Faktoren sprechen eher für eine weitere Preisschwäche bei Kupfer.

So verfügen die Londoner Metallbörse wie auch die New Yorker nach wie vor über Rekordlagerbestände bei Kupfer. Und in den ersten neun Monaten dieses Jahres hat der Kupferverbrauch in den nicht-kommunistischen Ländern gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um fünf Prozent abgenommen.

Weiterhin auf Hausse gestimmt sind die Experten bei Kaffee. Offensichtlich nimmt der Markt zur Zeit die auf saisonalen Gründen im November/Dezember anziehende Nachfrage der Röster vorweg. Noch immer nicht sind nach Meinung von Marktbeobachtern die Käufe der Röster für die Lieferungen im ersten Quartal 1984 abgeschlossen. Diese Käufe, so heißt es, werden in den nächsten Wochen anhalten und dem Markt eine gute Stütze geben.

Allerdings fehlt es auch nicht an warnenden Stimmen. So wird die relativ geringe Aktivität des Handels als Mahnung angesehen, daß die Röster nicht mehr bereit seien, so hohe Preise zu bezahlen. Auf der anderen Seite könnte das für die Produzenten attraktive Preisniveau zu einem höheren Angebot führen.

Für den Preisanstieg bei Zucker sind eher Gerüchte und Vermutungen als fundamentale Faktoren verantwortlich: Fundamental müßte der Zuckermarkt eher zu Schwäche neigen. Nach der jüngsten Weltzuckerbilanz des Statistikhauses F. O. Licht wird zwar im Zuckerjahr 1983/84 „ein ungefähres Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herrschen". Dies deute aber gleichzeitig an, „daß kein Abbau der extrem hohen Überschußvorräte möglich ist".

Die Endbestände im Zuckerwirtschaftsjahr 1983/84 betragen 37,288 Millionen Tonnen oder 38,99 Prozent des Verbrauchs. Zum Vergleich: In den Wirtschaftsjahren 1980/81 und 1979/80 lag die Relation Endbestände in Prozent des Verbrauchs bei lediglich 27,17 bzw. 27,94 Prozent.

Zu den Gerüchten, die den Preis derzeit hochhalten, gehört die Vermutung, daß die UdSSR neben den bekanntgewordenen Käufen in Brasilien (57 000 Tonnen) auch auf den freien Märkten Zucker erworben habe. Zudem soll sich Kuba auf der Käuferseite engagiert haben; außerdem herrscht eine gewisse Unsicherheit über die kubanische Ernte. Schließlich sollen auch Fortschritte bei den Verhandlungen zu einem neuen Zuckerabkommen zur Preisstabilisierung beigetragen haben.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Nov. 1983	Ende Okt. 1983	Hoch 1983	Tief 1983
Kupfer	L	£/t	1017,75	923,25	1152,75	904,75
Zink	L	£/t	588,75	572,50	595,50	419,75
Zinn	L	£/t	8717,50	8577,00	9290,00	7392,50
Blei	L	£/t	284,25	272,25	312,75	257,75
Gold	L	$/Unze	405,75	383,50	511,50	374,75
Silber	L	p/Unze	669,85	584,20	948,65	560,25
Platin	L	£/Unze	281,95	255,95	322,00	244,55
Weizen	C	Cts/bu	342,25	354,69	402,50	306,25
Mais	C	Cts/bu	340,75	344,69	384,87	242,62
Kakao [1])	L	£/t	1602,50	1458,00	1728,00	1108,00
Kaffee [1])	L	£/t	1899,50	1835,00	2122,50	1569,00
Zucker	L	£/t	139,00	130,00	193,50	95,00
Sojaöl	C	Cts/lb	26,90	28,30	36,80	15,99
Baumwolle [2])	Li	Cts/kg	89,20	89,30	92,35	70,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	537,55	558,25	576,50	527,50
Kautschuk	L	p/kg	83,50	79,45	82,50	50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100)		New York	1033,60	1026,80	1097,90	1003,50
Reuter's (18. 9.31=100)		London	1942,20	1890,50	1945,00	1527,70

[1]) Zweite Abladung L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
[2]) A-Index-Preis
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT

„Wenn ein Unternehmen den Mut zur Schaffung neuer Arbeitsplätze hat, dann darf es davon nicht dadurch abgehalten werden, daß sich immense arbeitsrechtliche Schwierigkeiten auftürmen, einen Arbeitsplatz auch wieder wegfallen zu lassen, wenn die Rechnung nicht aufgeht. Eine vorsichtige Rücknahme überzogenen Kündigungsschutzes tut not."

Dr. Wolfgang Thomanek, Vorstandsmitglied der Hussel Holding AG, Hagen FOTO: DIE WELT

Einzelhandel ist zufrieden

hg. Bonn

„Das Wetter war optimal und die Kunden kauften". So beschreiben Sprecher des deutschen Einzelhandels den zweiten langen Verkaufssamstag im Dezember, „der das erwartete Samstags-Spitzenergebnis im diesjährigen Weihnachtsgeschäft brachte". Schwerpunkte beim Weihnachtseinkauf waren laut Umfrage „endlich" auch Winterbekleidung und Wintersport-Artikel. Gefragt war außerdem Kinderspielzeug. Als „Hits" erwiesen sich Heimcomputer, wo die Nachfrage, wie der Sprecher eines Warenhauses bedauerte, oft größer gewesen sei als das Angebot.

FINANZPLANUNGSRAT

Haushaltskonsolidierung macht gute Fortschritte

HEINZ HECK, Bonn

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hat 1983 auf allen Ebenen deutliche Fortschritte gemacht. Zu dieser Einschätzung kam der Finanzplanungsrat, ein Gremium, in dem alle drei Gebietskörperschaften und die Bundesbank vertreten sind, nach seiner letzten Sitzung. Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen würden die Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts 1983 noch unter den ursprünglichen Planungen bleiben.

Da gleichzeitig die Einnahmen stärker als zunächst erwartet angestiegen seien, werde die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Hände insgesamt „deutlich hinter den Planansätzen zurückbleiben". Die Hauptursache für die günstigere Einnahmeentwicklung sieht der Rat darin, „daß sich im Jahresverlauf die Konjunktur belebt hat". Er teilt die Auffassung der fünf Weisen, daß die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte „die wirtschaftliche Erholung nicht behindert, sondern im Gegenteil eher gefördert hat".

Das Finanzierungsdefizit des öffentlichen Gesamthaushalts sei allerdings „noch zu hoch". Für 1984 und die Folgejahre sei daher eine Beibehaltung des vom Rat in seinen letzten Sitzungen bekräftigten finanzpolitischen Kurses erforderlich. Dazu sollte das Wachstum der Staatsausgaben auf höchstens drei Prozent begrenzt werden. Die Planungen von Bund, Ländern und Gemeinden für 1984 würden dieser Linie „insgesamt gerecht".

Eine vom Rat eingesetzte Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundes, der Länder und der kommunalen Spitzenverbände soll vor allem untersuchen, von welchen Verpflichtungen aus Bundes- und Landesgesetzgebung die Kommunen entlastet werden sollten.

KONJUNKTUR

Ifo: Deutliche Erholung im verarbeitenden Gewerbe

dpa/VWD, München

Während sich das verarbeitende Gewerbe in der Bundesrepublik nach einer Konjunkturanalyse des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, auf deutlichem Erholungskurs befindet, wird im Groß- und Außenhandel die Geschäftslage derzeit etwas schlechter beurteilt. Bei den Verarbeitern geben die Auftriebskräfte sowohl vom Inland als auch vom Ausland aus und haben eine breite Palette von Einzelbereichen erfaßt. Eine Ausnahme bilden bisher die meisten Investitionsgütersektoren, die unter den vorgezogenen Käufen zur Jahreswende 1982/83 im Zusammenhang mit der Investitionszulage leiden.

Es gibt jedoch laut Ifo Anzeichen dafür, daß sich auch hier die Expansionskräfte durchzusetzen beginnen. Das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe habe sich von seinem Tiefstand im Herbst vorigen Jahres entscheidend erholt. Es gelte derzeit als befriedigend. Im gesamten verarbeitenden Gewerbe dürfte laut Ifo in diesem Jahr die Produktion von 1982 um knapp ein Prozent übertroffen werden. Für 1984 sei mit einem Zuwachs um etwa drei Prozent zu rechnen.

Im Groß- und Einzelhandel wird nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests Oktober die Geschäftslage etwas schlechter beurteilt als noch im September. Für die kommenden sechs Monate haben sich die Aussichten allerdings wieder leicht aufgehellt. Im Großhandel dürften im Oktober die Vorjahresumsätze übertroffen worden sein. Dennoch beurteilten besonders die Konsumgütergroßhändler die Lage noch pessimistisch. Der Preisanstieg kam im Großhandel nahezu zum Stillstand, und auch für die kommenden Monate wird nicht mit wesentlichen Preissteigerungen gerechnet.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Konjunkturverlauf gibt Anlaß zu Optimismus

Hamburg/Düsseldorf (rtr/dpa) – Das Jahr 1983 hat nach Ansicht des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Professor Rolf Rodenstock, die konjunkturelle Wende gebracht. „Die Industrieproduktion ist besonders im dritten Quartal wieder deutlich gestiegen und es sieht so aus, daß wir jetzt in den letzten Wochen des Jahres noch einmal einen leichten Zuwachs haben", sagte Rodenstock in einem Gespräch mit „Bild am Sonntag". Ein ausgesprochen optimistisches Bild der Konjunkturentwicklung zeichnet auch die Westdeutsche Landesbank, das größte deutsche öffentlich-rechtliche Kreditinstitut, in ihrem jüngsten Lagebericht. Der Aufschwung im Rahmen des achten Konjunkturzyklus in der Bundesrepublik nehme inzwischen deutlichere Konturen an und sei robuster, als viele es für möglich gehalten hätten; die Chancen für eine Fortsetzung der konjunkturellen Erholung im nächsten Jahr stünden gut.

MAN baut weiter ab

Augsburg (rtr) – Die tief in die roten Zahlen geratene Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG (MAN) will im laufenden Geschäftsjahr bis zum 30. Juni 1984 insgesamt 1450 Arbeitsplätze im Dieselmotorenbereich in Hamburg und Augsburg abbauen. Vorstandschef Otto Voisard teilte weiter mit, daß die Belegschaft im Augsburger Dieselmotoren-Werk um 950 auf 3700 reduziert werden soll, wobei man hoffe, mit 300 bis 400 Kündigungen auszukommen. Voisard kündigte zugleich an, daß die Kurzarbeit während des gesamten Geschäftsjahres 1983/84 anhalten wird.

Sofortmaßnahmen nicht nötig

Bonn (HH) – Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Gemeindefinanzen sind derzeit „nicht erforderlich". Das erklärte Finanz-Staatssekretär Voss (CSU) zu dem Gesetzentwurf der SPD, der jährliche Steuermehreinnahmen der Gemeinden von 4,5 Milliarden Mark zu Lasten des Bundes, der Länder und der Unternehmen vorsieht. Voss stützte seine These nicht nur mit der Einschätzung der fünf Weisen im letzten Jahresgutachten („Bei den Gemeinden besteht dagegen nach dem weiteren Abbau der Defizite in diesem Jahr kein Konsolidierungsbedarf mehr."), sondern auch mit Angaben über den „drastisch" zurückgegangenen Finanzierungssaldo: 1981 erreichte er noch elf und 1982 7,5 Milliarden Mark. In diesem Jahr hat er sich auf drei Milliarden verringert und wird sich nach den Planungen 1984 auf 1,5 Milliarden halbieren.

Grüschow zurückgetreten

Bonn (K. S.) – Hans-Ludwig Grüschow, Vorstandsmitglied der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, ist gestern zurückgetreten. Welche Gründe Grüschow im einzelnen zu diesem überraschenden Schritt veranlaßt haben, wurde bislang noch nicht mitgeteilt. Vermutet wird, daß innerhalb des Vorstands Differenzen über die zukünftige Unternehmenspolitik bestanden haben.

Keine Verschärfung

Bonn (HH) – Mit der Änderung der Abgabenordnung (AO) will die Bundesregierung nicht steuerliche Regelungen verschärfen, erklärte Finanz-Staatssekretär Häfele (CDU). Dies gelte auch für die steuerlichen Kontrollmitteilungsverfahren. Die im Entwurf eines AO-Änderungsgesetzes enthaltene Ermächtigung diene dazu, die bisherigen Verwaltungsregelungen zu ersetzen. Der Bürger gewinne damit Klarheit darüber, welche Mitteilungen über ihn regelmäßig dem Finanzamt mitgeteilt würden. Befürchtungen, wonach die neue Gesetzesvorschrift der Einführung der Quellensteuer diene oder im Widerspruch zum Bankenerlaß stehe, nannte Häfele „völlig unbegründet". Banken, Sparkassen und Gewerbebetriebe sollen mit einer Änderung des bisherigen Gesetzentwurfs von der Kontrollmitteilungspflicht ausdrücklich ausgenommen werden.

Weg der Kurse

	2. 12. 83	25. 11. 83
Boeing	44,75	43,625
Chrysler	28	26,50
Citicorp	35,375	35,75
Coca-Cola	56,50	54,25
Exxon	38,375	37,875
Ford Motors	61,375	63,625
IBM	117,875	123
PanAm	8,375	8,375
US Steel	29,375	29,125
Woolworth	38	38,625

ZAHLUNGSMORAL / Die öffentliche Hand begleicht Rechnungen jetzt pünktlicher

Baugewerbe immer noch Sorgenkind

HANNA GIESKES, Bonn

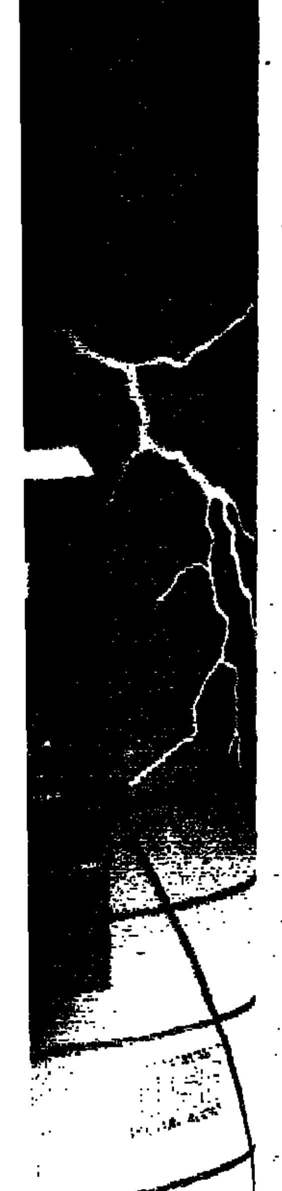
„Es gibt noch genug zu tun." Mit dieser Mahnung begleitet die Industrie- und Handelskammer Koblenz ihre jüngste Untersuchung zum Thema „Zahlungsmoral der öffentlichen Hand". Fazit: Die Auftragnehmer bekommen ihr Geld heute pünktlicher als vor sechs Monaten oder gar vor drei Jahren. Die Koblenzer Experten weisen gleichwohl darauf hin, „daß noch immer bei fast der Hälfte der Betriebe die öffentlichen Auftraggeber die Zahlungsfristen überschreiten".

Die insgesamt und nunmehr über einen Zeitraum von drei Jahren registrierte Verbesserung der Zahlungsmoral schieben die Verfasser der Untersuchung vor allem auf die erhöhte Schmerzempfindlichkeit der Verantwortlichen in den Ämtern gegenüber öffentlichen Erörterungen ihrer Zahlungs-Verzögerungs-Taktiken. So ist der Teil der Unternehmen, die eine „vereinbarungsgemäße Zahlungsweise" konstatierten, im zweiten und dritten Quartal gegenüber dem vorangegangenen Halbjahr geringfügig gestiegen, und zwar von 58,1 auf 58,3 Prozent. Allerdings erhöhte sich der Teil derjenigen, die „schleppende Zahlungsweise" beklagten: von 28,2 auf 34 Prozent.

Die „Problemfälle" seien nochmals stark zurückgegangen, berichten die Kammer-Statistiker weiter. Anfang Oktober hätten nur noch 7,6 Prozent der befragten Unternehmen „ernstliche Beanstandungen" geäußert gegenüber 13,7 Prozent Anfang April.

Der Pferdefuß steckt indes auch hier im Detail: Die Untersucher aus Koblenz haben herausgefunden, „daß die Firmen mit höheren Umsätzen aus öffentlichen Aufträgen ihren öffentlichen Auftraggebern eine schlechtere Note für die Zahlungsdisziplin geben als Betriebe mit vergleichsweise niedrigeren öffentlichen Umsätzen". Im Klartext heißt das, daß sich die Vergabestellen die Abhängigkeit ihrer Auftragnehmer von ihren Entscheidungen oftmals zunutze machen; diese Unternehmen trauen sich, so die Untersuchung, sogar nur selten zur Abfassung von Mahnbriefen.

„Sorgenkind" ist nach wie vor das Baugewerbe. Zwar seien auch hier Verbesserungen eingetreten. Da aber der Anteil der Betriebe, die über „vereinbarungsgemäße" Zahlungsweise berichten, nur 45,2 Prozent betrage, „sind noch reichlich Reserven für eine Verbesserung der Zahlungsmoral vorhanden". Vor allem die Kommunen, Bauämter, Straßenbauämter oder Kreisverwaltungen „geben vielfach Anlaß zur Klage". Wohl, um die oben erwähnte „Sensibilisierung" der Betroffenen nicht überzustrapazieren, stellen die Experten aus Koblenz vereinzelt fest, daß Verbesserungen erzielt worden seien, „die gewürdigt werden müssen".



AUTO / Hahn: Branche bleibt Konjunkturmotor

Absatz kräftig gestiegen

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Automobilindustrie dürfte innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch künftig die Schlüsselbranche bleiben. Diese Ansicht vertrat der Vorstandsvorsitzende der Volkswagen AG, Carl H. Hahn, im Rahmen eines Wirtschaftsempfangs der Stadt Hannover. Ausdruck dafür sei der Automobilabsatz in der Bundesrepublik Deutschland, der in diesem Jahr um 13 Prozent zunehmen dürfte. Demgegenüber wachse das Sozialprodukt nur um ein Prozent.

Die Bedeutung der Kraftfahrzeugindustrie werde auch an anderen Kennziffern deutlich. Zwar beschäftige die Branche in Europa mit zwei Millionen Menschen nur zwei Prozent aller Erwerbstätigen; berücksichtige man aber die vielfältigen Lieferbeziehungen und Folgegeschäfte, so bleibe festzuhalten, daß rund zehn Prozent der Erwerbstätigen direkt oder indirekt von der Automobilindustrie abhängen.

Die derzeitigen Schwierigkeiten des VW-Konzerns führt Hahn im wesentlichen auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Lateinamerika zurück, einer Region, in der VW besonders stark präsent sei. Als größtem Automobilhersteller Lateinamerikas schlügen die gegenwärtigen Lasten bei ihm besonders zu Buche. Dennoch halte VW an diesen Ländern fest und glaube unverändert an die „mittelfristig wieder positive Entwicklung" dieses Kontinents.

Die Beschäftigungsprobleme im hannoverschen Transporterwerk führt Hahn auf die im Vergleich zu früheren Jahren geringeren Absatzzahlen im Inland und in den USA zurück. Die Voraussetzungen für eine Besserung indes seien günstig. In den letzten zehn Jahren seien in Hannover 1,4 Milliarden Mark investiert worden; bis 1987 sollen weitere 750 Millionen Mark hinzukommen.

Seine Zuversicht für die Branche, so Hahn, basiere auf Prognosen, die für die Bundesrepublik bis zum Jahr 2000 eine Erhöhung des Pkw-Bestands von 24,6 Millionen auf 30 Millionen Fahrzeuge voraussagen.

GETREIDE / US-Ernte ging nach Kürzung der Anbaufläche erheblich zurück

Scharfer Wettbewerb auf Weltmärkten

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Welt-Weizenhandel nimmt 1983/84 (Juni/Juli) zwar um mehr als eine auf 100,7 Millionen Tonnen zu, erheblich verschärfen wird sich aber der Preis- und Kreditwettbewerb unter den Anbietern. Das sagt das über den wohl besten Informationsdienst verfügende Landwirtschaftsministerium in Washington voraus. Die Weizenausfuhren der USA sinken vermutlich von 39,9 (1981/82: 48,8) auf 38,1 Millionen Tonnen, während die kanadischen Lieferungen von 21,2 auf 21,5 Millionen Tonnen steigen.

Australien erhöht seine Weizenexporte sogar von 8,1 auf 11,5 und Argentinien von 7,4 auf neun Millionen Tonnen; wie schon in den beiden Vorjahren sollen die Ausfuhren der EG wieder 15,5 Millionen Tonnen ausmachen. Die USA rechnen mit einem Preis von 164 (161) Dollar je Tonne. Nach Angaben des Ministeriums liefern Australien 1,5 (erstes Halbjahr 1984), Argentinien neun und die Vereinigten Staaten 2,1 Millionen Tonnen (in der Gesamtsaison) in die Sowjetunion. Im Kalenderjahr 1983 hat China, das 1,7 (fünf) Millionen Tonnen US-Weizen erhält, zwei Millionen Tonnen weniger abgenommen als vereinbart.

Auf der Basis des Finanzjahres 1984 (Oktober/September) exportieren die USA 37,5 (36,9) Millionen Tonnen Weizen; sie erlösen dafür 6,15 (5,91) Milliarden Dollar. Die Ausfuhr von Futtergetreide insgesamt erreicht 54,8 (53,5) Millionen Tonnen zu einem Preis von 156 (121) Dollar, so daß die Einnahmen mit 8,53 (6,5) zu Buch schlagen. Die Menge teilt sich auf in 47,2 (47,1) Millionen Tonnen Mais, 5,7 (5,4) Millionen Tonnen Sorghum und zwei (1) Millionen Tonnen Gerste, Hafer und Roggen. Die amerikanischen Reisexporte erreichen wieder 2,2 Millionen Tonnen. Der Preis von 990 (874) Dollar je Tonne bringt 990 (874) Millionen Dollar.

Folgt man dem US-Landwirtschaftsministerium, dann hat Australien eine Verdrängungskampagne auf dem philippinischen Markt – bisher eine Domäne der amerikanischen Farmer – gestartet. Australischer Weizen wird zudem auf Kredit in Ägypten, China, Südkorea, Indien und Irak angeboten. Kritisiert werden die EG-Exportsubventionen für Weichweizen. Die Behörde hat den sowjetischen Importbedarf 1983/84 für Futtergetreide um eine auf zehn Millionen Tonnen reduziert und für Weizen um eine auf 18 Millionen Tonnen heraufgesetzt.

Die US-Farmer haben in diesem Jahr erheblich weniger Getreide eingefahren als früher. Die Mehrzahl kürzte auf Empfehlung Washingtons die Anbaufläche und erhielt dafür Getreide aus der Bundesreserve. Das kostenspielige Programm „Payment in Kind" (Pik) läuft nach dieser Saison teilweise aus. Gegenüber 1982 schrumpfte die Ernte bei Weizen um 14,3 Prozent auf 65,5, bei Mais um 50,9 Prozent auf 104,7, bei Sojabohnen (in den neuen Exportdaten nicht enthalten) um 31,1 Prozent auf 41,8, bei Sorghum um 42,7 Prozent auf 12,2 und bei Reis um 33 auf 4,7 Millionen Tonnen.

FRANKREICH / Haushaltssanierung bestätigt

Staatsanleihe angekündigt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Regierung begnügt sich in diesem Jahr mit einem einzigen Nachtragshaushalt, um Einnahmeausfälle gegenüber dem ursprünglichen Haushaltsplan für 1983 durch Ausgabenkürzung praktisch voll zum Ausgleich zu bringen. Außerdem wurde eine dritte Staatsanleihe zur teilweisen Finanzierung des Budgetdefizits angekündigt.

Sie lautet auf 12 Milliarden Franc. Wie bei der vorangegangenen und mehrfach bis auf 25 Milliarden Franc aufgestockten Anleihe ist eine Tranche mit variablen Zinssätzen ausgestattet. Für die festverzinsliche Tranche werden nur noch 13,4 (13,7) Prozent geboten, nachdem sich inzwischen der Kapitalmarktzins ermäßigt hat.

Einschließlich der neuen Anleihe beschafft sich der Staat dieses Jahr 47 Milliarden Franc. Demgegenüber wurde das Budgetdefizit durch den Nachtragshaushalt von 117,8 auf 118,7 Milliarden Franc leicht erhöht.

Der Nachtragshaushalt, der noch der parlamentarischen Genehmigung bedarf, sieht neue Kredite von rund 15 Milliarden Franc und Ausgabenstreichungen von rund 14 Milliarden Franc vor. Die zusätzlichen Ausgaben wurden aufgrund entsprechender Einnahmeausfälle erforderlich.

Allein die Steuereinnahmen sind um 13,4 Milliarden Franc geringer ausgefallen als geplant, und zwar um 11,5 Milliarden Franc bei den Unternehmenssteuern (wegen der Rezession), um 4,8 Milliarden Franc bei der Einkommensteuer und um 0,7 Milliarden Franc bei der Vermögenssteuer.

Dagegen fiel der Mehrwertsteuerertrag um vier Milliarden Franc höher als erwartet aus, weil das eingeplante Preisstabilisierungsziel (acht Prozent) wesentlich überschritten wurde. Bereits in den ersten 10 Monaten erreichte der Preisanstieg 8,5 Prozent. Wie sich jetzt herausgestellt hat, betrug die zunächst mit 0,7 Prozent angegebene Oktober-Teuerung tatsächlich 0,8 Prozent.

USA / 9,4 Millionen Bürger sind arbeitslos

Niedrigster Stand seit 1981

H.-A. SIEBERT, Washington

Das wirtschaftliche Wachstum in den USA – der Verband der Verarbeitungsindustrie rechnet nun auch für das vierte Quartal 1983 mit einer Zunahme des Bruttosozialprodukts, die real sieben Prozent übersteigt –, schlägt stärker auf den Arbeitsmarkt durch. Nach Angaben des Labor Department in Washington erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten im November um 740 000 auf 102,7 Millionen. Damit haben seit vergangenem November, als die letzte Rezession ihren tiefsten Punkt erreichte, 2,7 Millionen Amerikaner einen Job gefunden.

Die Arbeitslosenrate sank im November um weitere 0,4 auf 8,4 Prozent, verglichen mit 10,7 Prozent vor einem Jahr und 7,8 Prozent bei Präsident Reagans Amtsantritt im Januar 1981. Trotz des deutlichen Aufwärtstrends sind die Sorgen aber längst nicht ausgeräumt: Ohne Arbeitsplatz sind immer noch 9,4 Millionen US-Bürger; zählt man Kurzarbeiter und Aussteiger hinzu, nehmen nach Berechnungen des Gewerkschaftsverbandes AFL/CIO 16,7 Millionen Amerikaner nicht am normalen Erwerbsleben teil. Schlimm sieht es nach wie vor bei den schwarzen Teenagern aus. Hier beträgt die Arbeitslosenquote 46,2 Prozent.

In der Weiterverarbeitung hat sich die Zahl der Beschäftigten seit Dezember um fast eine Million erhöht. Sie liegt aber noch um 1,2 Millionen unter dem Stand zu Beginn der Rezession im Juli 1981 und um zwei Millionen unter dem bisherigen Beschäftigungsrekord im Jahre 1979. In der US-Hauptstadt stieg die Arbeitslosigkeit sogar von 11,1 auf 11,3 Prozent. Die Statistiken werden insofern in Frage gestellt, als im November das US-Arbeitsheer nur um 200 000 zugenommen haben soll. Ermittelt werden sie durch Umfragen bei 60 000 Haushalten. In jedem Fall ist noch viel „Luft" im US-Arbeitsmarkt, die Normalisierung ist also noch lange nicht abgeschlossen.

EINZELHANDEL / Namenlose Ware gegen Markenartikel auf dem Rückzug

„Leistungsvorteile deutlich machen"

HARALD POSNY, Düsseldorf

Von der Bedeutung her sollten No Names, jene „weißen", „gelben" und namenlosen Waren, für den Einzelhandel eigentlich gar kein Thema sein. Ihr Marktanteil liegt bei 4,5 Prozent. Dennoch: In einer Podiumsdiskussion „Markenartikel und No Names – Lediglich Waffen des Handels im Preiskampf?" – veranstaltet vom Fachbereich Wirtschaft der Fachhochschule Düsseldorf (Prof. Thorismund Weller) und des Verbandes Deutscher Betriebswirte – legten sich die Diskutanten vor allem mit jenen an, die am Tische fehlten: No-Name-Anbieter im Handel und Verbraucher.

Daß Hans-Jürgen Klußmann (Edeka-Vorstand), Gerhard Ackermans (Allkauf-Mitinhaber) und Siegfried Arnoldt (Kaufhof-Direktor) keine No Names führen, begründen sie allesamt nicht mit „Nibelungentreue zur Markenware" (Klußmann). Sie brächten eben keinen echten Mehrumsatz, sondern eher Handelsspannenverlust, blockierten Regalflächen und begründeten keine Kundenbindung. Außerdem sei zu befürchten, daß mit dem härteren Wettbewerb der Namenlosen untereinander auch die Qualität auf der Strecke bleibe. Für Ackermans, der Handelsmarken im Sortiment hat, sind Umsätze, die nur Kosten und keine Erträge bringen, uninteressant. Das gelte auch für Markenartikel, die mit der Zeit aus den Regalen verschwinden müßten.

Klußmann, der mit dem Hinweis, daß auch Markenartikler No Names herstellten, entschiedenen Widerspruch erntete, brachte die Diskussion auf den Punkt: „Preisunterschiede von bis zu 50 Prozent zwischen Marken und Namenlosen reichten allein nicht, der Leistungsvorteil der Marke muß für den Verbraucher erkennbar gemacht werden." Gerhard Rüschen, Chef von Nestlé Deutschland, räumte Preisdifferenzen von 20 Prozent als normal ein, darüber seien unberechtigte Kalkulationen von Herstellern und Handel zu vermuten. Im übrigen gehe es keinen etwas an, wer die No Names herstelle: „Sie haben eben keinen Namen", hätten schließlich auch keine Qualitätsgarantie wie ein Markenartikel.

Horst Sommer (Henkel-Geschäftsleitung) geht davon aus, daß die Zeit der weißen Ware eigentlich schon vorüber und ein Aufholen der Markenartikel zu erwarten ist. Wie Dieter Baader (Oetker-Zentralverwaltung) setzte er sich für größere Kreativität der Produkte und für mehr und bessere Werbung ein, die aus der Philosophie der Marke die Vorteile für den Verbraucher klarmacht. Und Baader: „Wir müssen zur Reklame zurück, uns nützen keine Preise in Cannes, sondern mehr Verkäufe." Sommer mag selbst Preisreduzierungen bei Markenartikeln nicht ausschließen, wenn der Preisunterschied zur Qualität des No-Name-Produkts nicht mehr gerechtfertigt ist.

ARBEITSZEIT / Blüm legt Fraktion neues Papier vor

Rechtliche Basis ändern

KAREN SÖHLER, Bonn

„Aktuelle Fragen und Perspektiven unserer Sozialpolitik" lautet der Titel eines Papiers, das Arbeitsminister Norbert Blüm heute der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorlegen wird. Dies erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales" der Fraktion, Heimo George, auf einer Tagung des Bundesverbandes Zeit-Arbeit (BZA) in Mayschoß. Die Ausarbeitung versuche, Wege aufzuzeigen, die Gewerkschaften und Unternehmen gemeinsam beschreiten könnten, um das Beschäftigungsproblem zu lösen.

Unter anderem werde von der Bundesregierung ein Gesetz zur Förderung der Beschäftigung erwogen. Ziel dieses Gesetzentwurfes sei es vor allem, das Arbeitsrecht „gelenkiger" zu machen. Denn der Schutz vor Entlassung besitze nicht mehr absolute Priorität, wie in Zeiten der Vollbeschäftigung. Heute liege ein mindestens ebenso großes Risiko darin, nicht wieder oder überhaupt nicht eingestellt zu werden.

Aber nicht nur mit Blick auf das Arbeitsrecht, sondern generell pochte George auf eine größere Flexibilität. Auch eine Verlängerung der Betriebszeiten könnte Bestandteil eines Maßnahmenbündels sein. In diese biegsamen Überlegungen füge sich auch das Instrument Zeitarbeit – inner- und überbetrieblich – gut ein, meinte George.

Ein Gedanke, der dem 1960 gegründeten Bundesverband Zeit-Arbeit freilich naheliegt. Der Verband, der 60 der etwa 1200 Zeitarbeit-Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland vertritt, ist ohnehin der Auffassung, daß die traditionellen Instrumente des Arbeitsmarktes überholt sind. Er fordert daher mehr Markt für Arbeit mit zahlreichen Arbeitsformen und Arbeitszeiten.

Was der deutschen Wirtschaft mit Sicherheit nicht weiterhelfe, seien staatliche Beschäftigungsprogramme oder eine staatliche Beschäftigungspolitik. Die Branche, mit einem derzeitigen Umsatz von etwa 1,05 Mrd. DM, plädiert daher auch dafür, das Monopol zur Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit zu lockern.





NAMEN

Klaus Flachmann wird Ende 1983 aus dem Vorstand der Rheinische Hypothekenbank AG im gegenseitigen Einvernehmen ausscheiden.

Ministerialrat Dr. **Gerhard Lessmann** aus dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen wurde zum fünften Direktor der Landwirtschaftskammer Rheinland gewählt. Er löst am 1. April 1984 Kammerdirektor Dr. **Peter Klünter** ab, der dann aus dem aktiven Dienst ausscheidet.

Dr. **Ernst Joachim Preuss**, Leiter der Hauptabteilung Elektrotechnik bei der NWK Hamburg, wird ab 1985 neues Vorstandsmitglied der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen.

Dr. **Gerhard Kaiser**, bisher stellvertretendes Vorstandsmitglied der Wüstenrot-Bank AG, Ludwigsburg, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied ernannt worden.

Dr. **Günther Letschert** ist in Anerkennung seiner Verdienste um den Realkredit zum Ehrenmitglied des Ausschusses des Gemeinschaftsdienstes der Boden- und Kommunalkreditinstitute ernannt worden.

RENTENMARKT / Mit Neuemissionen überfüttert

Zinsen steigen weiter an

Von Markt konnte im Rentengeschäft in der letzten Woche eigentlich nur am Mittwoch gesprochen werden, als etwas mehr Nachfrage aus Mitteln gespeist wurde, die zum Kupontermin freiwurden. Ansonsten halten die meisten potentiellen Investoren die Taschen zu. So ist es nicht ganz leicht, die jetzt anstehenden Neuemissionen unterzubringen.

Zu den in der Vorwoche emittierten 800 Millionen Nordrhein-Westfalens kommen in dieser Woche noch 1,6 Milliarden vom Bund und innerhalb der Zeichnungsfrist für die Bundesanleihe weitere 400 Millionen der KfW. Der Markt wird also überfüttert, und das in einer Zeit, in der die Auslandsnachfrage minimal ist. Da muß man sich über einen Zinsanstieg nicht wundern. (cd.)

Emissionen	2.12. 83	25.11. 83	30.12. 82	30.12. 81	30.12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,82	7,76	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,84	7,75	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,95	7,84	7,61	10,28	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	8,28	8,12	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,99	7,90	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,75	7,65	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,39	8,30	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,98	7,89	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	8,06	8,14	8,45	10,32	8,32

SÜDKOREA / Hauptsorge in Seoul ist eine mögliche Konjunkturüberhitzung

Auslandsschulden zuverlässig bedient

FRED de LA TROBE, Seoul

Die Wirtschaftspolitiker Südkoreas haben drei vorrangige Ziele im Visier: fortgesetztes hohes Wachstum, Preisstabilität und eine verbesserte Einkommensverteilung. Die erste Vergabe ließ sich mit einer realen Zuwachsrate von 9,9 Prozent in den ersten neun Monaten dieses Jahres erreichen. 1982 hatte das Wachstum 5,8 Prozent betragen. Für die Aufwärtsentwicklung in diesem Jahr waren vor allem die steigenden Exporte und der inländische Bauboom, aber auch ein noch kräftiger Privatkonsum verantwortlich.

Auch die zweite Zielsetzung hat sich bisher verwirklichen lassen: Die Wirtschaftspolitiker bekamen die Preisentwicklung gut in den Griff. Die Verbraucherpreise lagen im September um nur 2,3 Prozent über dem Stand des gleichen Vorjahresmonats, die Großhandelspreise sogar um 0,4 Prozent niedriger. Die Nominallöhne haben sich im ersten Halbjahr 1983 um durchschnittlich zwölf Prozent erhöht, nach wie vor ist aber die Einkommensverteilung durch außerordentlich große Unterschiede gekennzeichnet. Die Arbeitsbevölkerung unter den 40 Millionen Südkoreanern belief sich im Juni dieses Jahres auf 14,9 Millionen. Die Erwerbslosenrate lag nach den offiziellen Statistiken bei 4,8 Prozent, würde nach deutscher Rechnung aber eher auf sieben Prozent kommen.

Entsprechend dem hohen wirtschaftlichen Wachstum lag die Industrieproduktion im Juli um 16 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Umsatz der Hersteller war um zehn Prozent höher. Gleichzeitig haben die Lagerbestände abgenommen, und die Kapazitätsausnutzung der meisten Betriebe hat sich verbessert. Die Kapitalinvestitionen erhöhten sich im ersten Halbjahr um neun Prozent.

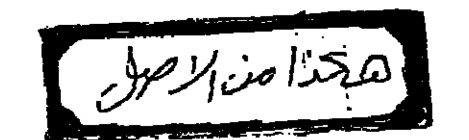
Die Exporte waren 1982 nur um knapp zwei Prozent gestiegen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erhöhten sie sich aber um fast sieben Prozent, während gleichzeitig die Einfuhren um 4,2 Prozent zunahmen. Das Defizit der Handelsbilanz kam in dieser Periode auf 3,1 Milliarden Mark, ein Fünftel weniger als in der gleichen Vorjahreszeit.

Die wichtigsten Exportprodukte Südkoreas sind Bekleidung, Schiffe, synthetische Garne, Stahl, Schuhe, Spielwaren, Elektroerzeugnisse, Fernseher, Nachrichtengeräte und Meeresprodukte. Knapp ein Drittel der Ausfuhren geht in die Vereinigten Staaten und etwa 15 Prozent nach Japan. In die Bundesrepublik Deutschland lieferte Korea im ersten Halbjahr 1983 Produkte im Werte von 1,04 Milliarden Mark, etwa fünf Prozent weniger als in der Vorjahresperiode. Die wichtigsten Lieferländer Südkoreas sind ebenfalls die USA und Japan. Aus der Bundesrepublik bezog die Republik im ersten Halbjahr 1983 Erzeugnisse im Wert von 967 Millionen Mark, 3,6 Prozent weniger als in der Vorjahreszeit.

Die sinkenden Ölpreise und eine gute Ernte, die zu geringeren Getreideimporten führte, verhinderten eine Zunahme des Defizits der Handelsbilanz. Den Exporten kam die Preisstabilität im Lande und eine De-Facto-Abwertung des gleitenden Won um etwa fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr zugute. So hat sich auch die Wettbewerbsstärke der südkoreanischen Exportindustrie gegenüber Taiwan, Singapur und Hongkong wieder erhöht.

Mit dem sinkenden Fehlbetrag der Handelsbilanz ist in den ersten neun Monaten 1983 auch das Leistungsdefizit um 29 Prozent auf 3,5 Milliarden Mark zurückgegangen. Um eine Konjunkturüberhitzung und eine Verschlechterung der Leistungsbilanz zu verhindern, will die Regierung versuchen, den Privatkonsum zu drosseln und die Staatsausgaben einzuschränken. Durch Einwirkung auf die Tarifpartner soll ferner erreicht werden, daß die Lohnerhöhungen im nächsten Jahr auf fünf Prozent begrenzt bleiben. Regierungsbeamte und -angestellte müssen 1984 einen Gehaltsstopp hinnehmen.

Südkorea ist gegenwärtig das viertgrößte Schuldnerland der Welt, in internationalen Bankkreisen ist die Republik aber als zuverlässiger Zahler bekannt. Die gesamten Auslandsschulden des Landes belaufen sich auf 101 Milliarden Mark, die Schuldendienstquote (mittel- und langfristig) beträgt 15,5 Prozent. (SAD)



DIAG / Gießerei in Berlin aufgegeben

Produktprogramm gestrafft

PETER WEERTZ, Berlin

Der bundeseigene Maschinenbaukonzern Deutsche Industrieanlagen (Diag) GmbH, Berlin, will sich diesmal aus eigener Kraft sanieren. Zur Straffung der Organisation und des Produktprogramms hat der Aufsichtsrat inzwischen entsprechende Maßnahmen beschlossen. Der Maßnahmenkatalog der Geschäftsleitung, den der Aufsichtsrat jetzt billigte, ist umfangreich. Im Mittelpunkt steht die Anpassung an den zukünftigen Geschäftsumfang und die Konzentration auf ein modernes computergesteuertes Werkzeugmaschinenprogramm. Mit den Schwerpunkten Bohr- und Fräsmaschinen wurde für die Tochtergesellschaften Fritz Werner und Hermann Kolb ein modernes Werkzeugmaschinensystem entwikkelt, das nach eigenen Angaben zur Weltspitze der Branche gehört.

In Zukunft wird die Diag zur Holdinggesellschaft umgewandelt. Die Firmen Fritz Werner, Berlin, und Hermann Kolb, Köln, werden zur Werner/Kolb GmbH zusammengelegt. Bei Werner müssen 30 Prozent des technisch veralteten Produktionsprogramms und bei Kolb sogar die Hälfte aufgegeben werden. Verbunden ist dies mit einem Abbau der Arbeitskräfte bei Werner um 180 (jetzt 695) und bei Kolb um 100 (jetzt 280). Außerdem wird die Gießerei der Diag in Berlin im März 1984 geschlossen. Von dieser Schließung sind 65 Mitarbeiter betroffen. Die Konzentration auf moderne Werkzeugmaschinensysteme war notwendig, weil nach Angaben des Vorsitzenden der Geschäftsführung, Helmut Hammer, die Produktvielfalt zu hohen Verlusten geführt hat.

Unverändert wird hingegen die Diag-Tochtergesellschaft Honsberg GmbH, Remscheid, mit der Herstellung von Transferstraßen für die Automobilindustrie ihre Tätigkeit fortsetzen. Zur Diag gehört außerdem das Fritz Werner Werk in Geisenheim/Rheingau für Industrieausrüstungen. Nach der Neuordnung rechnet die Diag 1984 mit einem Umsatz von 580 (1983: 703) Mill. DM und einer Beschäftigtenzahl von noch 3250 (3610). Bei konsequenter Umsetzung aller Maßnahmen rechnet die Diag 1985 oder spätestens 1986 mit einem Abschluß ohne Verluste.

VERSICHERUNGSAUFSICHT / Schadenversicherer mit erhöhten Rückstellungen – Verlust bei Einbruch/Diebstahl

Kapitalerträge bringen bescheidene Überschüsse

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bei den deutschen Kompositversicherern stand 1982 einem wenig höheren versicherungstechnischen Verlust ein ganz deutlich gestiegenes Ergebnis aus den Kapitalanlagen der Versicherer gegenüber, die letztendlich zum besten Jahresüberschuß vor Steuern seit 1979 geführt haben. Dies stellt das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) in seinem Geschäftsbericht 1982 fest. Anhand von 21 untersuchten Unternehmen, die alle Schaden- und Unfallsparten betreiben und etwa zwei Drittel des Gesamtmarktes repräsentieren, wird nach einem technischen Nettoverlust von 0,6 (0,5) Prozent der verdienten Nettoprämie und einem allgemeinen Ergebnis von 7,5 (6,1) Prozent der Jahresüberschuß von Steuern mit 7 (5,6) Prozent der Nettobeiträge beziffert.

Nach Steuern verblieben den Unternehmen 3,3 (2,6) Prozent, davon wurden 51,5 (45,1) Prozent vorab den Rücklagen zugewiesen, so daß der Bilanzgewinn der Unternehmen mit 280 Mill. DM nur 1,65 (1,4) Prozent der verdienten Nettobeiträge ausmacht. Immerhin: keines der 21 Unternehmen wies einen Bilanzverlust aus. Das BAV hebt in seinem Bericht hervor, daß sich die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaften nach dem leichten Rückgang im Vorjahr 1982 wieder gebessert hat. Sie wird vom BAV als „durchaus zufriedenstellend" bezeichnet.

Im Berichtsjahr haben sich vor allem die Vorjahres-Schadenrückstellungen sowie die sonstigen technischen Rückstellungen erhöht. Hier dürften sich nach Auffassung des BAV verstärkte Rückstellungen für drohende Verluste ausgewirkt haben, auf deren Notwendigkeit das Amt wiederholt hingewiesen hatte. Die bessere Ertragslage 1982 hat die Unternehmen in die Lage versetzt, sowohl der Schwankungsrückstellung als auch der Rückstellung für Beitragsrückerstattung erhebliche Beträge zuzuführen.

Bei der Analyse der Einzelsparten kommt zum Ausdruck, daß zum Teil über Jahre bereits, da bei allen Gesellschaften die Sparten Einbruch/Diebstahl (26 Prozent der Bruttobeiträge) Kredit (15), Rechtsschutz (11), Feuer mit dem höchsten absoluten Verlust (8), Hausrat und Wohngebäude (jeweils 10) die größten Verlustbringer sind. Die gewinnträchtigste unter den bedeutenden Sparten ist die Allgemeine Unfallversicherung (17 Prozent der Beiträge), die Kraftfahrtversicherung (3). Bei der Allgemeinen Haftpflicht fiel das Ergebnis auf 3,5 (5,2) Prozent zurück. Die stärkste Verbesserung des Ergebnisses ist bei Transport (0,1 plus nach minus 8,3 Prozent) eingetreten.

Bei den Lebensversicherern sind die Rohüberschüsse Jahresüberschuß plus Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung 1982 erneut kräftig gestiegen. Sie erreichten im Branchenmittel 41,8 (36,7) Prozent der Bruttobeiträge. Dabei wird jedoch angemerkt, daß die Ergebnisse einzelner Gesellschaften infolge der Struktur und des Alters der Versicherungsbestände erheblich voneinander abweichen.

Vom Rohüberschuß nach Steuern flossen im Durchschnitt 98,3 (98,3) Prozent in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugunsten der Versicherten. Im Verhältnis zur Bruttoprämie ist sie nochmals gestiegen, von 36,1 auf 41,1 Prozent. Mit den Eigenkapitalauflagen nach den künftigen EG-Richtlinien, die demnächst in einer Kapitalausstattungsverordnung der Bundesregierung geregelt werden, kommen die Lebensversicherer nicht in Konflikt. Dennoch hat sich der langfristige Trend zur Verschlechterung der Relation von Eigenkapital und Deckungsrückstellung mit 1,13 nach 1,14 (1978: 1,3) Prozent als Maßzahl für den Geschäftsumfang fortgesetzt.

VAL. MEHLER

Wieder in den schwarzen Zahlen

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Rückkehr in „gesicherte Ertragsverhältnisse" wird der Val. Mehler AG, Fulda, nach den Worten ihres Vorstandsvorsitzenden Josef Brielmaier im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 6.) endgültig gelingen. Die neue Unternehmensstrategie habe gegriffen, betonte Brielmaier bei der Vorlage des Geschäftsberichts 1982/83. Die Gliederung der AG in drei Sparten und die Verselbständigung der Bekleidungskonfektion in Tochterunternehmen sorgte für mehr Flexibilität und Marktnähe, mit innovativen Produkten – die AG hat sich verstärkt auf technische Textilien konzentriert – sei die Wettbewerbsfähigkeit erhöht worden.

Die „gezielte, ertragsorientierte Straffung der Angebote" führte zu einem Rückgang des Konzernumsatzes um 9 Prozent auf 339 Mill. DM. Davon entfallen auf die AG mit den Sparten technische Zwirne, industrielle Gewebe und technische Konfektion rund 200 (208) Mill. DM bei einer Exportquote von 46 (44) Prozent. Die Bekleidungstöchter Valmolino, Fulwiline und Trend-Tex brachten 139 (165) Mill. DM.

Entscheidend jedoch ist die im Gefolge der Umstrukturierung erzielte Ertragsverbesserung in „allen tragenden Sparten des Unternehmens". Der in der Konzern-Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgewiesene Jahresüberschuß von 0,9 Mill. DM (0,8 Mill. DM Verlust) stammt freilich noch aus a. o. Erträgen. In diesem Jahr werde man aber bei wieder steigenden Umsätzen auch beim Betriebsergebnis deutlich schwarze Zahlen erreichen. Dahinter stehen weiter verstärkte Rationalisierungsbemühungen, die mit der Anpassung der Kapazitäten an die Nachfrage im vergangenen Jahr die Beschäftigtenzahl um 8,3 Prozent auf 2410 Mitarbeiter sinken ließen.

LBS BAYERN / Zuteilungen normalisiert

Wachstum im Neugeschäft

DANKWARD SEITZ, München

Ein gutes Bauspargeschäft verzeichnete die Bayerische Landesbausparkasse, München, im bisherigen Verlauf des Jahres 1983. Nach zwei Jahren mit Minderungen im Neugeschäft, so der Sprecher der Geschäftsleitung, Konrad Müller, schreibe man nun wieder schwarze Zahlen. Ungern legt er sich auf eine Prognose fest, gibt jedoch zu erkennen, daß am Jahresende eine Zuwachsrate von 10 bis 15 Prozent auf rund 4 Mrd. DM im Bereich des Möglichen liegt.

In den ersten zehn Monaten 1983 konnte die LBS Bayern in ihrem Neugeschäft rund 100 000 Bausparverträge mit rund 3,3 Mrd. DM Bausparsumme abschließen. In der Summe ist dies eine Steigerung um 18 Prozent im Vergleich zum Vorjahresniveau und in der Stückzahl um ebenfalls überdurchschnittliche 15 Prozent. Per Ende Oktober hatte die Landesbausparkasse einen Vertragsbestand von 1,3 Mill. mit einer Bausparsumme von 44 Mrd. DM.

Zugeteilt wurden in den ersten drei Quartalen rund 100 000 Verträge mit rund 2,7 Mrd. DM, ein Minus von 13 Prozent. Dies verwundere, so Müller, nur auf den ersten Blick, denn im vergangenen Jahr habe man sich „mit einer Rekordzuteilung bewußt antizyklisch verhalten". In diesem Jahr hätten sich die Anforderungen wieder „normalisiert". Der Geldeingang erhöhte sich um 9 Prozent auf 2,4 Mrd. DM, während sich der Ausgang mit etwa 2,2 Mrd. DM auf Vorjahreshöhe bewegte.

Unverkennbare Symptome einer Normalisierung gibt es nach Feststellungen der LBS am Immobilienmarkt. Bei nicht zu großem Angebot habe sich ein ausgesprochener Käufermarkt entwickelt. Von der Hektik vergangener Jahre sei nichts mehr zu spüren. Insgesamt richte sich die Nachfrage verstärkt auf Altimmobilien, weil sie im Preis vielfach günstiger seien als Neubauobjekte. Auf dem Grundstücksmarkt sei dagegen keine Bewegung festzustellen.

BMW OF NORTH AMERICA / Absatz vervierfacht

Weiter auf Expansionskurs

H.-A. SIEBERT, Washington

Als goldrichtig hat sich die 1974 getroffene Entscheidung der BMW AG erwiesen, die Hoffman Motor Corp. auszuzahlen und die Belieferung des amerikanischen Marktes durch die Gründung einer 100prozentigen US-Tochter mit Sitz in Montvale, New Jersey, selbst zu übernehmen. Seitdem hat sich der Absatz in den USA von 15 000 auf 52 400 Autos (1982) nahezu vervierfacht. In diesem Jahr erreichen die Verkäufe bereits 58 200 Wagen; gegenüber 1982 steigt der Umsatz – ohne Motorräder und Bootsmotoren – von rund 0,9 auf über 1,2 Milliarden Dollar.

Wie der Präsident der BMW of North America Inc., Gunter Kramer, in einem Gespräch in Washington erklärte, bleibt das Unternehmen in den USA auf Expansionskurs. Geschaffen werden neue Filialen in der amerikanischen Hauptstadt und San Francisco, so daß sich die Zahl der regionalen Niederlassungen auf sieben (bisher Norwood/New Jersey, Chicago, Dallas, Los Angeles und Atlanta) erhöht. Ausgeweitet wird die bisher auf ein Modell je Serie beschränkte Lieferpalette. In Amerika schon angeboten wird der 533i; im nächsten Jahr stößt der Sechszylinder aus der Dreier-Reihe und der Turbodiesel der Fünfer-Serie dazu.

In den USA besteht das BMW-Netz aus 414 Händlern, ein Viertel sind exklusiv. Für 1984 sagte Kramer den Absatz von 69 000 Wagen, also plus 19 Prozent, voraus. Dabei hat er den lukrativen Luxusmarkt fest im Visier. Ohne Steuern kostet der 318i etwa 16 400, der 528e 24 600, der 533i 30 300, der 633CSi 40 700 und der 733i 36 300 Dollar.

ROLINCO / Höhere Aktienkäufe in Deutschland

Stärkster Vermögenszuwachs

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die an allen wichtigen internationalen Börsenplätzen verbesserte Stimmung hat der Rolinco N. V., Rotterdam, im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 8.) den höchsten Kursgewinn je 50-hfl-Aktie und den stärksten Vermögenszuwachs seit Bestehen der Gesellschaft beschert. In der Dividende, die von 7,80 auf 7,40 hfl zurückgenommen wurde, kommt dies jedoch nicht zum Ausdruck. Die niederländische in internationalen Aktien anlegende Investmentgesellschaft hat nämlich vor allem die Wertsteigerung der Anteile, nicht die zu versteuernde Dividendenausschüttung auf ihre Fahnen geschrieben.

Entgegen früheren Jahren war der Anteil der Dividenden und Zinseinnahmen (103,6 Mill. hfl) an der als Gesamtrendite zu sehenden Ausschüttung als Folge hoher Kurssteigerungen und der betriebenen Anlagepolitik auf Vorjahreshöhe, unter Berücksichtigung der Kosten sogar etwas unter dem Vorjahr geblieben.

Der Kurs der Rolinco-Aktie stieg um 46,3 Prozent auf 303,50 hfl. Einschließlich der Ausschüttung vom Dezember letzten Jahres erhöhte sich der Kurs um 50 Prozent auf 311,30 hfl. Die hohen Aktienkurs-Steigerungen ließen das Rolinco-Vermögen (nach Gewinnverteilung) um 36,7 Prozent auf 3,78 Mrd. hfl wachsen. Davon entfielen immer noch 39,4 (44,3) Prozent auf US-Werte, 18 (15,8) Prozent auf japanische Aktien und 11,8 (8,7) Prozent auf niederländische Papiere. Die Bundesrepublik hat sich durch die Zukäufe vom 9. auf den 7. Platz (4,2 nach 2,1 Prozent) der wichtigsten Anlageländer vorgearbeitet.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Wolfgang Michael Reiter/Rainer Karpenfeld (Hrsg.): Media praxis Verlag Medien Dienste Frankfurt. 360 Seiten, 46 Mark.

Dreizehn Milliarden Mark wurden im Jahre 1982 in die Werbung investiert; und das trotz rezessiver wirtschaftlicher Entwicklung. Das Marketing hat seine Bedeutung nicht verloren, und insbesondere der Media-Planung kommt eine wachsende Bedeutung zu, denn mehr als zuvor kommt es darauf an, die reduzierten Etats sinnvoll einzusetzen. Doch zu wenig ist über die Wirkungsmechanismen der Werbung bekannt, immer noch verteilt die Wirtschaft ihren Etat zu sehr nach tradierten Usancen. Die Autoren dieses Buches, 27 an der Zahl, von Hans-Jürgen Becker bis Eberhard Wiele, haben die Media-Planung im Marketing analysiert, geben Antworten zur Werbung in Zeitungen, Publikumszeitschriften, Spezialtitel, Supplements, Fachzeitschriften, Funk, Kino und Fernsehen. Auch dem Bildschirmtext ist ein Kapitel gewidmet. Die Analyse der Media praxis liefert eine fundierte Handreichung, die Werbemittel sinnvoll einzusetzen.

Brennerei-Kalender 1984; Herausg. Dr. Max Beck; Verlag Dr. Max Beck, Hagen., 570 Seiten, 38 Mark plus Versandkosten und 7 Prozent Mehrwertsteuer

Das Handbuch für die Brennerei- und Alkoholwirtschaft liegt nun im 31. Jahrgang vor. Die Informationen beziehen sich nicht nur auf die Daten der deutschen Branche, sondern auch die der EG.

Nordmende mit starkem Plus

dos. Bremen

Die Nordmende Vertriebs-GmbH & Co oHG, Bremen, die zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehört, verzeichnet seit dem 2. Halbjahr 1983 kräftige Zuwachsraten. Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit stieg der Umsatz im 3. Quartal um 9 Prozent. Bei Farbfernsehgeräten allein ist nach den Worten von Dieter Kunkel, Vorsitzender der Nordmende-Geschäftsführung, sogar ein Plus von 33 Prozent erzielt worden. Kunkel, der von einem unverändert starken Absatz von Videorecordern spricht, rechnet mit einem guten Weihnachtsgeschäft. Im Jahre 1982 war der Umsatz um 91 Mill. DM auf 648 Mill. DM zurückgegangen.

An dem seit 1980 bestehenden „einstufigen Vertriebssystem" will Nordmende weiter festhalten. Das System zielt auf die direkte und ausschließliche Belieferung des Facheinzelhandels unter Ausschluß des Großhandels ab. Inzwischen seien mit rund 1500 Einzelhändlern Verträge abgeschlossen worden.

ESSO / Studie zum Energieverbrauch – Anstieg bis zur Jahrtausendwende

Seit 1979 wurde kräftig gespart

JAN BRECH, Hamburg

Der Energiebedarf ist nach dem zweiten Ölschock 1979 weltweit stark zurückgegangen. Im Vergleich zu 1979 sind im vergangenen Jahr 250 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) weniger verbraucht worden; das entspricht etwa der Menge, die Kanada als sechstgrößter Energiekonsument der Welt jährlich verbrennt. Am stärksten war der Rückgang in Nordamerika und Westeuropa. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Energie liegt in diesen Regionen unter dem Niveau von 1970. Einen höheren Verbrauch in der Welt erreichte lediglich Afrika, während der in Osteuropa, der UdSSR und der VR China unverändert blieb.

Wie aus einer internationalen Statistik der Esso AG hervorgeht, wurden im vergangenen Jahr insgesamt 8600 Mill. Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) in der Welt verbraucht. Zur Deckung dieses Bedarfs trug Erdöl nur noch 43 Prozent bei, nachdem es 1973 noch 48 Prozent waren. Der Anteil von Kohle sank ebenfalls von knapp 33 auf 31 Prozent. Einen höheren Beitrag leisteten dagegen Erdgas mit 22 Prozent, Wasserkraft mit 2,6 und Kernenergie mit 1,3 Prozent.

In der Bundesrepublik, dem fünftgrößten Verbraucher der Welt, ging der Energiebedarf seit 1979 um 11 Prozent auf 346,2 Mill. Tonnen SKE zurück. Dieser Trend wird nach Meinung der Esso langfristig nicht anhalten. Nach Schätzungen des Mineralölunternehmens wird der Energieverbrauch bis zum Jahr 2000 um 15 Prozent auf 415 Mill. Tonnen SKE ansteigen. Dabei werden sich die Verschiebungen in der Struktur der Bedarfsdeckung und des Verbrauchs ebenso fortsetzen wie die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Zunahme des Energieverbrauchs. Mehr als zwei Drittel des Verbrauchszuwachses von Primärenergie ergeben sich allein aus dem Anstieg der Umwandlungsverluste und dem Verbrauch im Energiesektor selbst.

Zur Deckung des Bedarfs werden nach Schätzungen der Esso künftig Mineralöl rund 31 Prozent beisteuern, Steinkohle 25 Prozent, Erdgas 16, Kernenergie 14, Braunkohle 10 und regenerative Energie wie Sonnen- und Wasserkraft 4 Prozent. Die bis zum Jahr 2000 anhaltende Dominanz des Mineralöls führt die Esso darauf zurück, daß Mineralöl in den Bereichen Verkehr und Chemie technisch und wirtschaftlich nur schwer ersetzt werden kann. Der Anteil von Kraftstoffen am gesamten Mineralölabsatz wird von derzeit etwa 25 Prozent auf mehr als 50 Prozent im Jahr 2000 steigen, während der Anteil von leichtem und schwerem Heizöl, der Anfang der siebziger Jahre noch fast 75 Prozent betrug, auf weniger als 50 Prozent zurückgehen wird. Der hochbleibende Beitrag des Mineralöls zum Energieverbrauch spricht nach Meinung der Esso ferner dafür, daß langfristig mit einem Aufwärtstrend der realen Rohölpreise gerechnet werden muß. Bei wiederanziehender Weltkonjunktur werde die Mineralölnachfrage steigen.

ERGEBNISSE

Stuttgart – Bremen	3:0 (0:0)
Frankfurt – Hamburg	0:0
München – Dortmund	1:0 (0:0)
Nürnberg – K'lautern	3:4 (0:2)
Braunschweig – Offenbach	4:4 (3:2)
Mannheim – Düsseldorf	1:1 (1:1)
Köln – Uerdingen	3:0 (0:0)
M'gladbach – Leverkusen	3:1 (1:0)
Bochum – Bielefeld	2:3 (2:1)

DIE SPIELE

München – Dortmund 1:0 (0:0)
München: Pfaff – Augenthaler – Dremmler, Beierlorzer – Nachtweih (46. Del'Haye), Kraus, Lerby, Pflügler, Dürnberger – M. Rummenigge, Hoeneß. – **Dortmund:** Immel – Zorc – Rüßmann, Konopka – Storck (60. Lusch), Tenhagen, Bittcher, Raducanu, Koch – Keser (37. Reich), Dreßel. – **Schiedsrichter:** Theobald (Wiebelskirchen). – **Tor:** 1:0 Lerby (52.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karte:** Storck (2).

Braunschweig – Offenbach 4:4 (3:2)
Braunschweig: Franke – Hollmann – Geiger, Pahl, Kindermann – Posipal, Tripbacher, Geyer – Zavisic, Bruns, Worm. – **Offenbach:** Herr – Kutzop – Paulus, Demuth, Grünewald – Trapp, Riedl (82. Franusch), Martin, Michelberger – Krause (67. Bein), Hofeditz. – **Schiedsrichter:** Stäglich (Wuppertal). – **Tore:** 1:0 Bruns (19.), 1:1 Grünewald (21.), 2:1 Posipal (30.), 3:1 Worm (40.), 3:2 Trapp (43.), 3:3 Hofeditz (53.), 4:3 Zavisic (84.), 4:4 Bein (89.). – **Zuschauer:** 10 454. – **Gelbe Karten:** Zavisic (2), Martin, Trapp (4).

Bochum – Bielefeld 2:3 (2:1)
Bochum: Zumdick – Knüwe – Zugcic, Gerland – Krella, Lameck, Schulz, Woelk, Kühn (70. Grünberger) – Kuntz, Schreier. – **Bielefeld:** Kneib – Ellguth – Schnier, Hupe, Pohl – Meier, Büscher (78. Westerwinter), Pagelsdorf, Butz (46. Kühlhorn) – Grillemeier, Ozaki. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Pagelsdorf (12.), 1:1 Schulz (29.), 2:1 Hupe (38., Eigentor), 2:2 Pohl (80.), 2:3 Pagelsdorf (85.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Schulz, Kühn, Butz (2).

Frankfurt – Hamburg 0:0
Frankfurt: Pahl – Fruck – Körbel, Kraaz – Schreml, Borchers (82. Müller), Kroth, Falkenmayer, Trieb – Svensson, Tobollik. – **Hamburg:** Stein – Hieronymus – Wehmeyer, Jakobs – Hartwig, Rolff, Groh, Magath, Schröder (60. Wuttke) – Schatzschneider, von Heesen. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Zuschauer:** 30 000. – **Gelbe Karten:** Schreml (4/2), Hartwig (4/2).

Köln – Uerdingen 3:0 (0:0)
Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Steiner, Hönerbach – Hartmann (84. Mennie), Haas (70. Zimmermann), Engels – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Uerdingen:** Vollack – Herget – Hofmann, van de Loo, Buttgereit – Raschid, Klinger (68. Sackewitz), Thomas (76. Feilzer), Funkel – Gulich, Loontiens. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weilden). – **Tore:** 1:0 Littbarski (49.), 2:0 Strack (61.), 3:0 Fischer (84.). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karten:** Steiner (4), Funkel (2).

Mannheim – Düsseldorf 1:1 (1:1)
Mannheim: Zimmermann – Sebert – Knapp, Dimitrios, Tsionanis, Dickgießer – Quaisser, Hein, Scholz, Willkomm (61. Schön) – Remark (84. Bührer), Walter. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Bokkenfeld, Theis, Kuczinski – Bommer, Fach, Dusend, Weikl – Thiele (76. Ormsl v), Wenzel. – **Schiedsrichter:** Retzmann (Hamburg). – **Tore:** 0:1 Fach (9.), 1:1 Walter (14.). – **Zuschauer:** 20 000. – **Gelbe Karte:** Thiele.

M'gladbach – Leverkusen 3:1 (1:0)
M'gladbach: Sude – Bruns – Ringels, Herlovsen (75. Borowka) – Krauss, Rahn, Matthäus, Schäfer, Frontzek – Mill, Lienen (85. Criens). – **Leverkusen:** Vollborn – Bast – Posner, Saborowski – Gelsdorf, Wojtowicz, Winklhofer (73. Vöge), Hörster, Röber – Tscha, Waas (85. Geszlecht). – **Schiedsrichter:** Correll (Happenbach). – **Tore:** 1:0 Mill (1.), 2:0 Frontzeck (51.), 2:1 Tscha (65.), 3:1 Bruns (84.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karte:** Bast (2).

Nürnberg – K'lautern 3:4 (0:2)
Nürnberg: Kargus – Weyerich – Täuber, Grahhammer (70. Lieberwirth), Giske – Brunner, Burgsmüller, Hintermaier, Heidenreich – Abramczik, Heck. – **K'lautern:** Hellström – Dusek – Wolf, Briegel – Brehme, Melzer, Eilenfeldt, Geye, Kitzmann (84. Hübner) – Nilsson, Allofs. – **Schiedsrichter:** Roth (Salzgitter). – **Tore:** 0:1 Nilsson (16.), 0:2 Eilenfeldt (36.), 0:3 Nilsson (48.), 0:4 Nilsson (48.), 1:4 Burgmüller (58.), 2:4 Briegel (80., Eigentor), 3:4 Abramczik (87.). – **Zuschauer:** 10 500.

Stuttgart – Bremen 3:0 (0:0)
Stuttgart: Roleder – Makan – Buchwald, K.-H. Förster, B. Förster – Niedermayer, Ohlicher, Allgöwer, Sigurvinsson – Kelsch, Corneliusson (68. Reichert). – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Okudera – Reinders, Völler, Meier. – **Schiedsrichter:** Niebergall (Rammelsbach). – **Tore:** 1:0 Kelsch (62.), 2:0 Allgöwer (69.), 3:0 Reichert (79.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karten:** K.-H. Förster (4), Gruber (4), Otten (2).

VORSCHAU

Mittwoch, 7. 12., 20.00 Uhr:
Hamburg – Stuttgart (2:0)

Freitag, 9. 12., 20.00 Uhr:
Leverkusen – Köln (0:0)

Samstag, 10. 12., 15.30 Uhr:

Offenbach – Mannheim	(–:–)
Düsseldorf – Bochum	(2:0)
Bielefeld – M'gladbach	(4:2)
Dortmund – Nürnberg	(4:0)
K'lautern – Frankfurt	(3:0)
Bremen – Braunschweig	(6:0)
Uerdingen – München	(–:–)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

FUSSBALL / VfB Stuttgart begeisterte beim 3:0 über Werder Bremen – Schon Mittwoch Spitzenspiel gegen Hamburg

Trainer Benthaus: „Die Liga braucht einen neuen Meister"

BERND WEBER, Stuttgart

Im schmucken Klubheim des VfB Stuttgart leuchteten am Samstagabend Kinderaugen. Gerhard Mayer-Vorfelder, der Präsident des Bundesliga-Tabellenführers, hatte sich zum diesjährigen Abschied seiner Mannschaft aus dem heimischen Neckarstadion etwas Besonderes einfallen lassen: 30 Waisen aus Schönaich, deren Eltern vor eineinhalb Jahren mit dem Bus verunglückt waren, durften zunächst, selbstverständlich kostenlos, den Stuttgarter 3:0-Sieg über Werder Bremen von der Tribüne aus miterleben. Anschließend wurden sie von den strahlenden Siegern bewirtet. Und alle waren sich einig, daß die Einladung keine einmalige Geste bleiben, sondern in regelmäßigen Abständen wiederholt werden soll.

Daß der VfB Stuttgart jedes Mal die Stimmung durch eine solche Leistung wie am Samstag anheizen kann, ist unwahrscheinlich. Selbst Mayer-Vorfelder bezweifelt es: „Wir dürfen um Gottes willen nicht die Übersicht verlieren und uns einbilden, daß es jetzt immer so optimal laufen wird", mahnte der Präsident. Gleichwohl, auch er ist – wie inzwischen so viele im Schwabenland – der Überzeugung, daß seine Mannschaft bei der Meisterschaftsvergabe „ein ganz ernstes Wort" mitreden werde.

Nun ist es freilich überhaupt nichts Neues, daß die Stuttgarter vom Titelgewinn träumen. Das haben sie in den vergangenen Jahren mehrfach und zum Teil sehr intensiv getan. Am Ende jedoch standen sie stets mit leeren Händen da. „Weil die Spieler", so sagte der Trainer Helmut Benthaus gestern in einem Gespräch mit der WELT, „einfach noch nicht erwachsen und damit reif genug waren. Jetzt aber sind sie es."

Trotz dieser selbstbewußten Standortbestimmung: Benthaus will sich mit Händen und Füßen dagegen wehren, nun hochgejubelt zu werden. „Für mich", erklärte er unmißverständlich, „ist die Meisterschaft überhaupt kein Thema."

Andere sprechen um so offener darüber. DFB-Trainer Erich Ribbek zum Beispiel verfolgte den Spielrausch der Stuttgarter von der Ehrentribüne aus, bezeichnete die Leistung der Schwaben als perfekt und kann sich nur schwerlich vorstellen, „daß eine andere Mannschaft den Titel holt!"

Bremens Trainer Otto Rehhagel resümierte: „Wenn man mit 3:0 geschlagen wird, ist man normalerweise am Boden zerstört. Ich bin es nicht, weil die Stuttgarter optimal gespielt und unterstrichen haben, was ich schon seit langem behaupte – daß sie derzeit ganz eindeutig in Deutschland die Besten sind."

Hermann Ohlicher, die gute Seele in der Stuttgarter Mannschaft, der Mann, der stets das größte Laufpensum herunterspult, will Rehhagels These im Ansatz nicht bestreiten, aber er hält dagegen: „Wir wirken deswegen stärker, weil die anderen schwächer geworden sind. Das muß man einfach so sehen."

Und auch Benthaus glaubt, daß bei den Hauptkonkurrenten Bayern München und HSV „gewisse Abnutzungserscheinungen" erkennbar sind. Das sei einfach ein normaler Prozeß, wenn man so lange an der Spitze gestanden habe. Benthaus wörtlich: „Wir wollen alles tun, um davon zu profitieren. Daß man derzeit in der gesamten Bundesliga und keineswegs nur in der Stuttgarter Region einen so hohen Grad von VfB-Sympathie zu spüren bekommt, versinnbildlicht die Hoffnung aller Fußball-Fans. Um das Bundesligageschäft wieder richtig anzukurbeln, braucht die Liga einfach mal wieder einen neuen Meister."

Wer den VfB Stuttgart am Samstag hat wirbeln sehen, der kann sich durchaus vorstellen, daß die Stuttgarter diesmal am Ende der Saison da stehen, wo sie sich im Moment befinden: ganz oben. Der Sport-Informationsdienst (sid) schreibt: „Benthaus hat im zweiten Jahr seiner Tätigkeit aus einer wankelmütigen, oft unsicheren und zuweilen belächelten Truppe eine selbstbewußte Mannschaft geformt."

Tatsächlich ist die Abwehr ein Bollwerk, in der Karl-Heinz Förster und sein Bruder Bernd so dazwischenfegen, daß die gegnerischen Stürmer schon meist nach wenigen Minuten resignieren. Der Bremer Rudi Völler, normalerweise ein Mann, der seine Gegenspieler reihenweise narrt, sah am Samstag gegen Karl-Heinz Förster überhaupt kein Land. Einziger Schönheitsfehler aus der Sicht des Stuttgarters in diesem Prestige-Duell: Einmal holte er seinen Nationalmannschafts-Kollegen, völlig unnötig, weil in gefahrloser Situation, fast an der Mittellinie so unsanft von den Beinen, daß Schiedsrichter Niebergall aus Rammelsbach keine andere Möglichkeit blieb, als die gelbe Karte zu zücken. Für Förster war es die vierte, und so kann er am Mittwoch, wenn es beim HSV darum geht, die Spitze zu verteidigen, nur zuschauen.

Doch das können die Stuttgarter im Moment wahrscheinlich noch eher verkraften, als müßten sie auf die Leute verzichten, die ihr Spiel derzeit so meisterlich gestalten. Das sind Libero Hans-Peter Makan, der für die Offensive genausoviel tut wie für die Abwehrarbeit und der in vielen Szenen einen solchen Glanz entfachte, daß etliche Beobachter bereits Vergleiche mit dem großen Franz Beckenbauer anstellten.

Die 35 000 Zuschauer im Neckarstadion trampelten und klatschten nach dem Schlußpfiff vor Begeisterung. Daß es nur 35 000 waren, empfand Benthaus als einzigen echten Makel eines Nachmittags, den auch er so schnell nicht vergessen werde.

Ein deprimierter Bruno Pezzey (rechts), aber Ohlicher und Kelsch fallen sich jubelnd in die Arme. FOTO: TOP

16. Spieltag in der Statistik

							Heim		Auswärts	
1. Stuttgart	16	9	5	2	34:15	23:9	21:4	14:2	13:11	9:7
2. München	16	10	3	3	29:14	23:9	19:4	14:2	10:10	9:7
3. Gladbach	16	9	4	3	34:19	20:10	22:6	15:1	12:13	7:9
4. Hamburg	16	9	4	3	30:17	22:10	24:7	14:2	6:10	8:8
5. Düsseldorf	16	8	4	4	38:21	20:12	27:6	13:3	11:15	7:9
6. Bremen	16	8	4	4	30:17	20:12	23:4	15:1	7:13	5:11
7. Leverkusen	16	7	4	5	29:21	18:14	19:4	14:2	10:17	4:12
8. Köln	16	7	3	6	32:23	17:15	21:8	12:4	11:15	5:11
9. Uerdingen	16	6	4	6	30:32	16:16	16:14	10:6	14:18	6:10
10. Bielefeld	15	6	3	6	20:23	15:15	12:10	9:5	8:13	6:10
11. Mannheim	15	4	5	6	19:27	13:17	13:11	9:7	6:16	4:10
12. K'lautern	16	5	3	8	33:36	13:19	17:12	9:7	16:24	4:12
13. Bochum	16	5	3	8	29:37	13:19	19:13	11:5	10:24	2:14
14. Braunschw.	16	6	1	9	28:36	13:19	22:14	11:5	6:22	2:14
15. Dortmund	16	3	4	9	18:34	10:22	9:10	8:8	9:24	2:14
16. Offenbach	16	4	2	10	24:51	10:22	17:15	9:5	7:36	1:17
17. Nürnberg	16	4	1	11	22:39	9:23	19:14	9:7	3:25	0:16
18. Frankfurt	16	1	7	8	18:35	9:23	10:11	8:10	8:24	1:13

Vier Klubs kämpfen um die Tabellenspitze

Noch vier Mannschaften haben vor dem letzten Spieltag der Hinspielserie die Chance, als Tabellenführer in die Winterpause zu gehen: Der Hamburger SV, FC Bayern München, VfB Stuttgart und Borussia Mönchengladbach. Titelverteidiger Hamburg kann auf einen leichten Vorteil im Rennen um die Tabellenspitze setzen: Er genießt im Spitzenspiel gegen den derzeitigen Tabellenführer Stuttgart als einzige der vier Mannschaften Heimrecht.

Bei einem möglichen Sieg braucht er dennoch die Unterstützung durch Bayer Uerdingen, das Bayern München mindestens einen Punkt abnehmen muß, wenn der HSV den ersten Platz aus dem Vorjahr bestätigen will.

Mit Ausnahme eines psychologischen Effektes ergibt sich jedoch kein Vorteil für die Mannschaft, die nach der Hälfte der Saison Tabellenführer sein wird. Statistiker werden allerdings schon den kommenden deutschen Meister in ihr sehen, denn die Zahlen belegen, daß die Mannschaft, die zur Winterpause oben steht, mit 75prozentiger Sicherheit auch Meister wird.

In 15 von 20 Bundesliga-Spielzeiten traf das zu. Von den momentan vier Anwärtern ist der VfB Stuttgart der einzige Klub, der bislang beides noch nicht erreichte: Er war noch nie nach der Hinrunde Tabellenführer, noch Meister seit Bestehen der Bundesliga.

Torschützenliste: Acht Spieler gleichauf

Herausragender Torschütze des 16. Spieltages war der Schwede Torbjörn Nilsson, der für den 1. FC Kaiserslautern drei Tore erzielte. Ein überragender Torjäger dieser Saison zeichnet sich jedoch immer noch nicht ab. An der Spitze der Torschützenliste liegen jetzt acht Spieler mit je neun Treffern: Rudi Völler (Bremen), Dieter Schatzschneider (Hamburg), Torbjörn Nilsson (Kaiserslautern), Karl-Heinz Rummenigge (Bayern München), Herbert Waas (Bayer Leverkusen), Friedhelm Funkel (Bayer Uerdingen) sowie Manfred Burgsmüller (Nürnberg) und Pierre Littbarski (Köln), die am Wochenende je ein Tor erzielten.

Nach der Elfmeter-Flut der vergangenen Wochen wurde am 16. Spieltag zum erstenmal in dieser Saison kein Strafstoß verhängt.

Auch von Platzverweisen blieb dieser Spieltag frei. Und obwohl Paul Steiner, Karl-Heinz Förster, Rigobert Gruber und Wolfgang Trapp nach der vierten gelben Karte eine Zwangspause einlegen müssen, fiel auch die Zahl der Verwarnungen mit insgesamt 17 überdurchschnittlich niedrig aus.

Niedrig war auch die Zahl der Zuschauer. Zwar wurde die Grenze von drei Millionen Besuchern in dieser Spielzeit überschritten, doch wurden insgesamt nur 21 070 Zuschauer pro Spiel registriert. Das ist der schlechteste Saisonschnitt seit zehn Jahren.

WOLFGANG KLEFF

Jubliäum: 400. Einsatz

HEINZ STUMM, Düsseldorf

Wolfgang Kleff (37) genoß die Gratulationen. In Mannheim stand er zum 400. Male im Bundesligator. Damit beging er ein Jubiläum, das nur wenigen Spielern (bislang 27) in der Bundesliga zuteil wird. Wie so eine stolze Zahl zu erreichen ist, wurde der Torwart von Fortuna Düsseldorf gefragt, den einst Hennes Weisweiler aus Schwerte in Westfalen zum Bökelberg nach Mönchengladbach holte. Kleffs Antwort: „Zum ersten braucht man ein bißchen Glück und wenig Verletzungen und dann einen Trainer, der einen mag."

Den Trainer hat Wolfgang Kleff im fortgeschrittenen Fußball-Alter von 37 bei Fortuna Düsseldorf in Willibert Kremer gefunden. Kremer schreibt den Aufschwung seiner Mannschaft auch der Verläßlichkeit seines Torwarts zu. Wäre es nach Kleff gegangen, würde er immer noch das Trikot des VfL Borussia Mönchengladbach tragen. Doch vor anderthalb Jahren plante Jupp Heynckes ohne ihn. Zuvor hatte Udo Lattek ihn schon auf die Ersatzbank verbannt. Das veranlaßte Kleff, seinen Arbeitsplatz vorübergehend bei Hertha BSC zu suchen.

Dennoch kam er auf 400 Bundesligaspiele, was er ebenfalls recht plausibel erklärt: „Als Feldspieler wäre mir das nicht gelungen. Denn mit 37 wird man nur noch als Torhüter akzeptiert. Und zudem habe ich ja erst mit 21 Jahren als Profi angefangen."

Die Vergangenheit belastet Kleff nicht. Ohnehin enthält sie mehr freudvolle Erinnerungen als negative Erfahrungen. „Was war das schön, als ich noch mit Sepp Meier um einen Platz in der Nationalmannschaft rangelte und Hennes Weisweiler sich für mich ins Zeug legte", denkt er gern an die früheren 70er Jahre zurück.

In Düsseldorf erlebt Kleff noch einmal eine sportliche Spätblüte mit einer Mannschaft, die er für fähig hält, den UEFA-Pokal zu erreichen. Trotzdem will er seiner Absicht treubleiben und seine Karriere am Saisonende beenden: „Ich stehe bei meinem Freund im Wort, daß ich dann in sein Blumengeschäft einsteige."

Nürnbergs Manager Klug kritisiert Präsident und Trainer – Zahlt Mast für Breitner 20 000 Mark im Monat?

Von ULRICH DOST

Ein Platz im UEFA-Cup müsse schon herausspringen, schließlich sei der 1. FC Nürnberg eine attraktive Mannschaft. In diese Richtung hat **Michael A. Roth** (47), Präsident des 1. FC Nürnberg, vor dieser Saison laut gedacht. Die Wirklichkeit aber sieht heute so aus: Nur 9:23 Punkte, nur der vorletzte Platz in der Tabelle. Wie es aussieht, werden sich die Nürnberger nach 1969 und 1979 zum dritten Mal mit dem Gedanken vertraut machen müssen, wieder Zweitklassigkeit zu sein. Die WELT sprach mit Nürnbergs Manager **Udo Klug** (55) über die Situation.

WELT: 3:4-Heimniederlage gegen Kaiserslautern am Wochenende, Nürnberg steht am Ende der Tabelle. Wird die Mannschaft auch am Ende der Saison dort stehen?

Klug: Für uns wird es immer schwerer. Aber eines steht fest: Wir müssen uns damit abfinden, daß wir bis zum Saisonende auf einem der letzten drei Plätze stehen werden. Orientieren sollten wir uns am drittletzten Platz, der zu den Entscheidungsspielen berechtigt.

WELT: Da schwingt ja schon sehr viel Resignation mit?

Klug: Das glaube ich nicht. Denn was ich sage, ist eine nüchterne und klare Feststellung. Alles andere wäre Augenwischerei.

WELT: Können Sie denn als Manager keine Wege aufzeichnen, die doch noch aus dem Dilemma führen könnten?

Klug: Sicherlich kann ich Vorschläge machen. Doch ein Allheilmittel gibt es nicht. Ich bin auch nicht der Zauberer, der nur in die Trickkiste zu greifen braucht.

WELT: Bis zum 22. Oktober waren Sie in Personalunion Manager und Trainer. Dann übernahm der arbeitslose Rudi Kröner ihre Trainerarbeit. Heute beklagt sich Kröner über die vielen Verletzten. Ist das ein Grund für die Misere?

Klug: Das ist nur ein Teil der Misere. Sicherlich warfen uns die Verletzungen von Hintermaier, Reinhardt oder Trunk zurück, doch mit solchen Problemen müssen alle fertig werden.

WELT: Es sei ein Fehler, so meinte Ihr neuer Trainer, daß vor der Saison viele neue Spieler eingekauft wurden und dadurch keine eingespielte Mannschaft zustande kam. Das ist ein direkter Vorwurf gegen Sie ...

Klug: Da muß ich deutlich widersprechen. Ich finde, das ist eine dürftige Entschuldigung. Herr Kröner hat doch vorher genau gewußt, welche Mannschaft er übernimmt, und zehn Amateuren übernommen. Da weiß man doch vorher, worauf man sich einläßt. Da kann ich doch andere nicht später verantwortlich machen. Tatsache ist doch vielmehr, daß durch die personellen Verschiebungen im Oktober Unruhe in die Mannschaft gekommen ist. Eine kleine Gruppe wollte damals unbedingt etwas verändern. Das war bestimmt nicht zum Vorteil für den Klub.

WELT: Hätten Sie denn gerne als Trainer-Manager weitergearbeitet?

Klug: Ich glaube, daß ich heute noch das Vertrauen der Mannschaft und der Nürnberger Bevölkerung besitze ...

WELT: Dann war es also Ihrer Meinung nach ein Fehler, den Trainerwechsel vorzunehmen?

Klug: Die entscheidenden Fehler sind bereits im Mai gemacht worden. Ich habe immer die Politik der kleinen Schritte verfolgt. Wir starteten, wie bereits erwähnt, mit 0:10 Punkten, kamen dennoch ins Pokalfinale. Im letzten Jahr hatten wir sechs Spieltage vor dem Ende mit dem Abstieg nichts mehr zu tun. Ich habe ein neues Konzept für diese Saison vorgelegt, das Verstärkungen für höchstens 100 000 Mark vorsah. Doch das war zu wenig, plötzlich sprach das Präsidium von 500 000 Mark. Plötzlich redete der Präsident davon, die Mannschaft müsse attraktiver gemacht werden, sie müsse in den UEFA-Pokal. Plötzlich trat eine Wende ein, die ich bis heute nicht verstehen kann.



WELT: Was ist daran auszusetzen, wenn ein Präsident, der das Geld gibt, große Pläne hat?

Klug: Im Prinzip nichts, man darf dabei nur keine Fehler machen. Was in Nürnberg leider passierte. Da wurde der Schweizer René Botteron abgegeben, obwohl die Sache mit Tscha Bum noch gar nicht geregelt war. Was passierte: Für Botteron und später Werner Dreßel wurden mit Manfred Burgsmüller und Rüdiger Abramczik nur etwa gleich starke Spieler mit guten Namen geholt. So kann ich aber keine Mannschaft verstärken. Das schaffe ich nur, wenn ich zu den guten noch einen oder zwei gute Spieler dazu hole. Das hat doch alles nicht zusammengepaßt. Als dann Max Merkel in der „Bild"-Zeitung auch noch vom UEFA-Cup-Platz für Nürnberg schrieb, waren sie alle geblendet. Doch richtig ist, daß die Qualität der Mannschaft dazu einfach nicht ausreicht.

WELT: War es nicht Ihre Aufgabe, den Präsidenten darüber aufzuklären?

Klug: Habe ich doch immer getan. Eine Mannschaft, so habe ich ihm gesagt, die ständig eine stabile Leistung zeigt, deshalb aber nicht absteigt, ist mir lieber als eine attraktive Mannschaft, die zweitklassig wird. Wer jetzt gedanklich nicht umschwengt, ist ein Träumer.

WELT: Sie haben alle Kompetenzen eines Managers. Was werden Sie für die Mannschaft tun?

Klug: Ich habe dem Trainer im psychologischen Bereich meine Hilfe angeboten. Ich hoffe, daß er sie annimmt. Doch eines ist klar: Wenn mein Vertrag zum Saisonende ausläuft, lege ich keinen großen Wert darauf, daß er verlängert wird.

*

Von schönen Frauen war er ständig umgeben, getanzt hat er wie ein Verrückter, auch den Ententanz ließ er nicht aus – so feierte **Günter Mast** (57), Likörfabrikant aus Wolfenbüttel und seit einer Woche Präsident von Eintracht Braunschweig, den Höhepunkt der Braunschweiger Ball-Saison, den „Winterball". Das tat er aber nicht, ohne vorher noch einmal das frühere Braunschweiger Präsidium, das diesen Ball organisiert hatte, noch einmal lächerlich zu machen. Also lästerte er über den Ball, der als Stargast den Sänger **Tony Marshall** (41) zu bieten hatte: „Da sieht man doch, die Eintracht ist ein Pepita-Klub." Kleinkariertes, so Mast, soll es zukünftig in der Braunschweiger Provinz nicht mehr geben: „Demnächst werden auch die festlichen Veranstaltungen so gefeiert, wie ich es von meinem Unternehmen gewohnt bin." Mit dem Kleckern ist es nun vorbei, jetzt wird geklotzt. Mast hat versprochen, daß in drei Wochen von dem mit vier Millionen Mark verschuldeten Klub „kein Dritter mehr Geld von uns kriegt". Mast zur WELT am SONNTAG: „Alle Gläubiger werden bezahlt sein, die Außenstände sind umgewandelt in einen einzigen Bankkredit, hinter dem ich stehe."

Paul Breitner (30), das weiß Mast, steht auch entschlossen hinter dem neuen Präsidenten. Am Samstag war der frühere Nationalspieler in Braunschweig und sah das 4:4 gegen Offenbach. Kompetenzüberschreitungen mit dem Trainer **Aleksander Ristic** (39), so Breitner, werde es nicht geben. Auch Ristic strahlt wieder, seitdem Mast in der Mannschaftsbesprechung festlegte, daß er allein im sportlichen Bereich die Verantwortung trage. Ristic begrüßte es sogar, Breitner als Berater zur Seite zu haben.

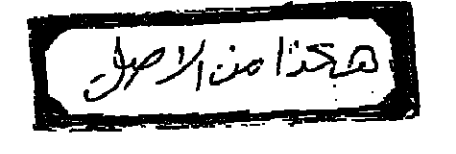
Derweil kursieren die wildesten Gerüchte in Braunschweig, wie Breitner denn nun bezahlt werde. Mast sagt: „Er wird bei uns einen Beratervertrag unterschreiben, wie er in der Industrie üblich ist." Breitner sagt, er arbeite zum „Null-Tarif": „Ich habe deshalb keinen Vertrag unterschrieben, weil ich aus privaten und beruflichen Gründen gar nicht aus München weg kann." Ab Januar 1984 übernimmt Breitner seine Tätigkeit bei adidas, die ihm jedoch lukrative Nebenjobs erlaubt. Mast, so wird in Braunschweig gemunkelt, lasse sich Breitners Nebenjob 20 000 Mark im Monat kosten. Aus eigener Tasche selbstverständlich. Deshalb, so Mast, „kann das dem Klub doch egal sein".



Der Schnapshändler und sein Unterhändler: Günter Mast (links) und Paul Breitner auf der Tribüne im Braunschweiger Stadion. FOTOS: DPA



Nur dürftige Entschuldigungen parat: Nürnbergs Trainer Kröner.



ZWEITE LIGA / Karlsruhe zurückgefallen

Berti Vogts: „Schalke ist bundesligareif"

sid, Bonn

Nicht nur an den Theken und Stammtischen rund um den legendären Schalker Markt ist die Sache klar: Der FC Schalke 04 kann das Comeback in die Fußball-Bundesliga nur noch selbst verhindern. Mit einem 6:2-Sieg, immerhin gegen den Mitfavoriten Fortuna Köln, verabschiedete sich die Mannschaft für dieses Jahr von ihren Fans – als Spitzenreiter der Zweiten Liga. Schalke profitierte dabei vom überraschenden Ausrutscher des Karlsruher SC (2:4) beim Schlußlicht in Osnabrück.

Auch bei den Experten ist Schalke 04 längst die Nummer eins. Die Lobeshymnen nach dem Spiel gegen den Pokalfinalisten kamen aus berufenem Mund. „Das ist absolut bundesligareif", staunte DFB-Trainer Berti Vogts, und Fritz Langner, von 1964 bis 1967 Trainer in Schalke und Tribünen-Dauergast, sagte: „Spielerisch ist diese Mannschaft um zwei Klassen besser als im letzten Bundesliga-Jahr."

Die Gelsenkirchener entfachten in diesem Spitzenspiel ein wahres Feuerwerk an Spielkunst und Ideenreichtum. Fortuna Köln, zuletzt mit fünf Siegen in Folge auf dem Weg nach oben, wurde regelrecht vorgeführt. Drexler (3. und 25.), Abel (8.) und Täuber (45.) machten schon vor der Pause alles klar.

Kölns Präsident Jean Löring stauchte seine Mannschaft in der Halbzeitpause wegen der katastrophalen Abwehrleistung kräftig zusammen. Die Wirkung: Plötzlich spielten die Kölner besser mit. Gores (55.) verkürzte, doch Schalke drehte noch einmal auf und machte unter dem Jubel der 18 000 Zuschauer durch Abel (57., Handelfmeter) und Täuber (68.) das Ergebnis kaum erträglicher.

Die spielerisch ungemein starken Schalker sind in dieser Form kaum zu stoppen. Kapitän Manfred Drexler führt den Höhenflug auf die hervorragende Trainingsarbeit von Diethelm Ferner zurück: „Viele Trainer schimpfen sich Sportlehrer. Herr Ferner ist einer. Er ist der beste Trainer meiner Laufbahn."

Nur verhaltene Freude zeigt dagegen Schalkes Schatzmeister Ingo Westen: „Beim Aufstieg vor zwei Jahren haben wir uns saniert. Jetzt haben wir schon fast eine halbe Million Mark Schulden gemacht." Nur durchschnittlich rund 13 000 Zuschauer, 3000 unter der Kalkulation, kamen bisher zu den Heimspielen.

Zu diesen Mannschaften zählt auch der Zweite, der Karlsruher SC, der die dritte Saisonniederlage kassierte. Osnabrück schöpft hingegen nach dem ersten Sieg unter dem neuen Trainer Gerd-Volker Schock neuen Mut. Dem Spitzen-Duo weiter auf den Fersen ist der MSV Duisburg. Der Klub kam in Hannover zu einem 2:0-Sieg.

Ebenfalls 24:12 Punkte hat Aachen nach dem 2:1 beim Aufsteiger Ulm auf dem Konto. Einen Punkt zurück, wahrte auch Hessen Kassel mit einem 2:0 über Rot-Weiß Essen seine Chance auf einen der Aufstiegsplätze. An Boden verloren hat hingegen Fortuna Köln (21:15), deren Serie mit fünf Siegen in Schalke beendet wurde. Endgültig gescheitert ist Hertha BSC Berlin, das gegen den Freiburger SC nur ein mageres 1:1 erreichte.

Schalke – Köln	6:2 (4:0)
Hertha BSC – Freiburg	1:1 (1:1)
Kassel – Essen	2:0 (1:0)
Saarbrücken – SCC Berlin	4:1 (2:0)
Ulm – Aachen	1:2 (0:2)
Hannover – Duisburg	0:2 (0:2)
Osnabrück – Karlsruhe	4:2 (3:1)
Oberhausen – Stuttgart	1:1 (0:0)
Solingen – Wattenscheid	1:2 (1:2)
Darmstadt – Lüttringhausen	3:0 (1:0)

DIE TABELLE

1. Schalke	18	12	4	2	47:21	28:8
2. Karlsruhe	18	11	4	3	45:25	26:10
3. Duisburg	18	10	4	4	35:18	24:12
4. Aachen	18	9	6	3	24:15	24:12
5. Kassel	18	10	3	5	37:19	23:13
6. Solingen	17	8	5	4	31:21	21:13
7. Köln	18	8	5	5	37:33	21:15
8. Freiburg	18	7	7	4	22:27	21:15
9. Darmstadt	17	6	5	6	24:36	17:17
10. Hertha BSC	18	5	7	6	34:30	17:19
11. Saarbr.	18	7	3	8	32:34	17:19
12. Ulm	18	4	7	7	31:34	15:21
13. Wattensch.	17	4	6	7	21:29	14:20
14. Essen	18	5	4	9	27:33	14:22
15. Hannover	18	3	7	8	22:35	13:23
16. Osnabrück	18	5	3	10	19:33	13:23
17. Stuttgart	17	4	4	9	25:30	12:22
18. SCC Berlin	18	5	2	11	18:35	12:24
19. Oberhausen	17	3	5	9	19:28	11:23
19. Lüttringh.	17	4	3	10	15:29	11:23

DIE VORSCHAU

Freitag, 9. 12., 20.00 Uhr: Aachen – Solingen; **Samstag**, 10. 12., 14.00 Uhr: Karlsruhe – Hertha BSC, SCC Berlin – Kassel, Freiburg – Hannover, Stuttgart – Saarbrücken; 15.30 Uhr: Köln – Ulm, Wattenscheid – Osnabrück; **Sonntag**, 11. 12., 14.00 Uhr: Lüttringhausen – Oberhausen; 15.00 Uhr: Duisburg – Darmstadt, Essen – Schalke.

SPORTBUND / Marathontagung des Hauptausschusses – Differenzen mit dem Innenminister

Weyer: Eine Gesellschaft, die Kinderlachen nicht ertragen kann, ist eine tote Gesellschaft . . .

dpa/sid, Frankfurt

Die Rekordlänge der Sitzung war der Bedeutung angemessen. Viereinhalb Stunden benötigten die Spitzenvertreter des Deutschen Sportbundes (DSB) bei ihrer Hauptausschuß-Sitzung, um die Fülle der brisanten Themen zu bewältigen. Am Ende stand im Frankfurter Römer fest: Die Werbung am Mann ist freigegeben. Dem Doping wird verstärkt der Kampf angesagt. Der DSB liefert einen eigenen Beitrag zur Friedensdiskussion. Der Sport wehrt sich mit Entschiedenheit gegen den Vorwurf, er werde immer mehr zu einem umweltgefährdenden Faktor. Zwischen der DSB-Spitze und Innenminister Friedrich Zimmermann hängt der Haussegen schief.

Den Konfliktstoff lieferte ein vom Bundesinnenministerium bestelltes Gutachten „Aktionsprogramm Ökologie", das den Sport am Lebensnerv trifft. Sportanlagen hätten negative Auswirkungen auf die Umwelt, heißt es da unter anderem, wegen der Bevölkerungsabnahme müsse demnächst mit dem Abbruch von Sportanlagen begonnen werden. Doch nicht nur der Inhalt („und ähnlich blöder Quatsch"), sondern auch das Zustandekommen des Gutachtens („ein schlimmes Stück") brachte DSB-Präsident Willi Weyer auf die Palme. Weder sei der Sport angehört worden („das ist ja inzwischen schon normal") noch die kommunalen Spitzenverbände. Das Papier sei selbst gegen die Bedenken der Sportabteilung im Innenministerium in Druck gegangen.

Weyer stellte folgende Forderung auf: „Der DSB erwartet, daß das Kapitel Sport im Aktionsprogramm Ökologie korrigiert wird, damit sich am Ende nicht auch die Gerichte bei ihrer Verurteilung des Sports darauf stüzen können." Weyer sagte auch: „Eine Gesellschaft, die das Lachen von Kindern nicht mehr ertragen kann, ist eine tote Gesellschaft. Der Sport hat schließlich die Kinder von der Straße geholt, sollen wir sie wieder dahin zurückschicken?"

Weyer hätte dies dem Innenminister am liebsten selbst gesagt. Doch dieser ließ sich kurzfristig wegen einer CSU-Parteiveranstaltung in München entschuldigen. Da dies seit Amtsantritt gegenüber dem DSB bereits zum dritten Male geschah, sah Weyer den Verdacht bestätigt, der Minister kümmere sich zuwenig um die Belange des Sports. Weyer: „Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß auch der Minister eines Tages hier bei uns sein wird, aber vor allem sind wir enttäuscht, daß in seinem Haus offensichtlich die Rechte nicht weiß, was die Linke tut."

Kämpferischer Willi Weyer: Vor dem DSB-Hauptausschuß hielt der Sportbund-Präsident eine vielbeachtete Rede. FOTO: DPA

Es blieb in Frankfurt Staatssekretär Carl-Dieter Spranger vorbehalten, im Römer den Standpunkt seines Ministers zu vertreten. Er machte deutlich, daß der Minister nicht mit den sportbezogenen Aussagen des Aktionsprogramms übereinstimme. Falls erforderlich, müßten und würden auch Gesetze geändert werden, sagte Spranger. Er appellierte an den DSB, auch von sich aus dafür zu sorgen, das juristische Defizit abzubauen. Dazu bot er auch die Hilfe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft an. Gemeinsames Ziel müsse es sein, die wohnnahen Sportanlagen zu erhalten, sagte der Politiker. Die Regierung werde dem Gutachten „nicht blindlings folgen", doch „natürlich kann der Sport keinen Sonderstatus beanspruchen".

Keinen Widerspruch fand Spranger mit seiner Aufforderung, mit der Inflation internationaler Meisterschaften Schluß zu machen. Er kündigte an: „Irgendwo ist der Punkt erreicht, wo die staatliche Seite mit der Finanzierung nicht mehr Schritt halten kann – und will." Als endgültige Förderungssumme für den Spitzensport 1984 nannte der Staatssekretär die Zahl von 65,5 Millionen Mark.

Eine Art Vergangenheitsbewältigung nahm der DSB mit der Annahme (nur drei Gegenstimmen bei mehreren Enthaltungen) des vom Deutschen Volleyball-Verband gestellten Antrags vor, die „Leitlinien für die Werbung im Sport" aufzuheben. Das Verbot der Werbung am Mann war schon 1974 zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Leitlinien von einigen Verbänden durchbrochen worden. Durch die zunehmende Kommerzialisierung des Sports im vorigen Jahrzehnt wurde das Papier immer mehr zur Makulatur. Das NOK hatte sich von den Leitlinien bereits vor einigen Wochen losgesagt. Nun bleibt es den einzelnen Verbänden überlassen, die Werbung nach eigenem Gutdünken zu regeln. Der DSB beabsichtigt in absehbarer Zeit, eine Gesellschaft zu beauftragen, die für die sozialen Aufgaben des Dachverbandes zusätzliche Mittel aus dem Werbemarkt abschöpfen soll.

Da der Deutsche Sportbund (DSB) seinen Fernsehvertrag mit ARD und ZDF auf der Basis der 74er-Leitlinien abgeschlossen hat, ist denkbar, daß die öffentlich-rechtlichen Anstalten nun doch für ein Nachspiel sorgen und den Dachverband des Vertragsbruchs bezichtigen.

Einmütig verabschiedete der Hauptausschuß eine Entschließung zur „Grundsatzerklärung für den Spitzensport", mit der die 1977 verkündeten Prinzipien unterstrichen und verdeutlicht werden sollen. Da die Dopinggefahr in den letzten sechs Jahren eher zugenommen hat (Aktiven-Sprecher Michael Beckereit: „Ein schlimm hoher Anteil der in der Bundesrepublik gegenwärtig geförderten 2700 Athleten dopt sich"), sollen für den Athleten nun vor allem „flankierende Maßnahmen" ergriffen werden. Beckereit: „Man kann Doping nicht allein durch Kontrollen bekämpfen. Der Athlet muß viel mehr als bisher entlastet und aufgeklärt werden." Der Aktiven-Sprecher verspricht sich viel von einer geplanten Aufklärungsschrift, in der Neben- und Spätschäden von Doping aufgelistet werden sollen.

Das DSB-Papier „Sport und Frieden" wurde bei fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen verabschiedet. „Der DSB hat kein Mandat zu aktuellen sicherheitspolitischen Fragen." Diese Forderung von Weyer fand keinen ernsthaften Widerspruch. Zu aktuellen sicherheitspolitischen Problemen Stellung zu nehmen, hatte zuvor der Deutsche Hochschulsportverband (ADH) gefordert. Das wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Über das angebliche Reizthema „Sport und Frieden" wurde in Frankfurt so gut wie nicht diskutiert . . .

VOLLEYBALL

Schwache Männer, viel Lob für die Lohhofer Damen

sid, München

Schon in der ersten Runde der europäischen Volleyball-Wettbewerbe droht den deutschen Herren das Aus. Mit jeweils 0:3 verloren Meister USC Gießen (gegen SC Kescemet) und Pokalsieger Hamburger SV (bei Levski Spartak Sofia). Nur der VBC Paderborn schuf sich mit dem 3:0-Sieg über AS Grenoble eine aussichtsreiche Grundlage für das Rückspiel der ersten Runde im CEV-Pokal. In nur 51 Minuten wurde dagegen der Hamburger SV praktisch überfahren. „Wir hatten nie den Hauch einer Chance", kommentierte HSV-Trainer Jan Gorski.

Ähnlich erging es dem USC Gießen, der sich vor dem Spiel noch gute Chancen auf ein besseres Resultat ausgerechnet hatte. Die Spieler verschliefen den ersten Satz förmlich, wußten sich in den folgenden Abschnitten jedoch zu steigern. Die Leistungen reichten allerdings nicht für einen Satzgewinn, der dringend notwendig gewesen wäre, um eine bessere Ausgangsposition für das Rückspiel am 10. Dezember in Gießen zu schaffen.

Ganz anders die Situation bei den Frauen, die in den Europapokalspielen auf deutliche Siege verweisen können. Im Wettbewerb der Landesmeister gewann der SV Lohhof beim CSSR-Vertreter Slavia Preßburg mit 3:1 und entlockte damit sogar Trainer Andrzej Niemczyk ungewohnt lobende Töne: „Wir haben in den beiden letzten Sätzen so gespielt, wie ich es mir immer wünsche." Immerhin hatte seine Mannschaft im vergangenen Jahr noch das Europapokal-Finale gegen dieselbe Mannschaft verloren. Nach diesem glatten Auswärtssieg, der vor allem Terry Place-Brandel und Angela Liebelt zu verdanken war, scheint Lohhof die nächste Runde mühelos erreichen zu können. Eine ähnlich konzentrierte Leistung wie in Preßburg ist jedoch die Voraussetzung dafür.

Noch klarer als der SV Lohhof, allerdings gegen einen weitaus schwächeren Gegner, behielt Pokalsieger VfL Oythe die Oberhand. Die Damen aus Niedersachsen schickten den türkischen Vertreter Arcelite Istanbul mit einer 0:3-Niederlage auf die Heimreise.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

EM-Qualifikation, Gruppe 3, in Saloniki: Griechenland – Ungarn 2:2 (1:2). – **EM-Qualifikation (U 21)**, Gruppe 3, in Veria: Griechenland – Ungarn 1:0 (1:0).
„DDR"-Pokal, Viertelfinale: Dresden – Magdeburg 2:0, Karl-Marx-Stadt – Riesa 2:0, Aue – Dynamo Berlin 3:4, Frankfurt – Jena 2:3.
Erste englische Division, 16. Spieltag: Arsenal – Bromwich 0:1, Aston – West Ham 1:0, Liverpool – Birmingham 1:0, Luton – Coventry 2:4, Manchester United – Everton 0:1, Norwich – Tottenham 2:1, Queens Park – Notts 1:0, Southampton – Stoke 3:1, Sunderland – Ipswich 1:1, Wolverhampton – Watford 0:5. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 26:9 Tore/34 Punkte, 2. West Ham 27:13/30, 3. Manchester United 28:17/30, 4. Tottenham 28:23/28, 5. Coventry 24:20/28.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 16. Spieltag: Charlottenburg Berlin – Göttingen 90:79, Hagen – Leverkusen 78:61, Wolfenbüttel – Heidelberg 81:82, Köln – Bayreuth 124:79, Osnabrück – Gießen 82:72.

1. Göttingen	16	1222:1091	28:4
2. Köln	16	1422:1171	26:6
3. Leverkusen	16	1267:1150	22:10
4. Berlin	16	1348:1206	20:12
5. Hagen	16	1331:1246	20:12
6. Gießen	16	1142:1226	14:18
7. Heidelberg	16	1152:1170	12:20
8. Osnabrück	16	1214:1295	12:20
9. Wolfenbüttel	16	1235:1425	4:28
10. Bayreuth	16	1080:1433	2:30

EISHOCKEY

Bundesliga, 28. Spieltag: Rosenheim – Iserlohn 4:0, Mannheim – Köln 3:3, Kaufbeuren – Freiburg 4:3, Landshut – Düsseldorf 6:1, Rießersee – Schwenningen 3:2.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 11. Spieltag: Bergkamen – Hüttenberg 19:21, Lemgo – Günzburg 24:24, Nürnberg – Reinickendorf 26:27. Junioren-WM in Finnland, Gruppe C: Deutschland – Polen in Vantaa 25:17.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren, 2./3. Spieltag, Gruppe Nord: Berlin – Leverkusen 9:8, Hannover – RW Köln 9:12, Celle – Gladbach 11:17, Braunschweig – SW Köln 6:7. – Gruppe Süd: Mülheim – München 9:7, Limburg – Stuttgart 16:5, Dürkheim – Rüsselsheim 14:10, Frankenthal – Heidelberg 13:9. – Bundesliga, Damen, 4./5. Spieltag, Gruppe Nord: Düsseldorf – Klipper Hamburg 4:7, Leverkusen – Großflottbek 6:1, BW Köln – UHC Hamburg 12:9, Raffelberg – Braunschweig 7:7. – Gruppe Süd: Hanau – RW Stuttgart 17:3, Stuttgarter Kickers – Frankfurt 3:4.

RINGEN

Bundesliga, Endrunde/Rückkämpfe: Aldenhoven – Reilingen 15:22,5, Urloffen – Goldbach 22:15,5, Schifferstadt – Wiesental 26,5:10, Aalen – Witten 21,5:16,5.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Leverkusen – Norderstedt 3:1. – Bundesliga, Damen, 8. Spieltag: Stuttgart – Vilsbiburg 3:1, Darmstadt – Feuerbach 1:3.
Europapokal der Landesmeister, Damen: Preßburg – Lohhof 1:3. – Pokalsieger, Damen: Oythe – Istanbul 3:0. – Europapokal der Landesmeister, Achtelfinal-Hinspiel, Herren: Kecshemet – Gießen 3:0. Pokal: Levski Sofia – Hamburg 3:0. – CEV-Pokal: Paderborn – Grenoble 3:0.

BOXEN

Bundesliga, 1. Wettkampftag: Eichstätt – Leverkusen 11:12.
Internationaler Kampftag in Stuttgart: Halbschwer: Rocchigiani (Berlin) techn. K. o. 1. Rd. – Schulze (Düren), Schwer: Classen (Düsseldorf) PS – Jones (USA), Halbwelter: Weller (Pforzheim) Aufgabe 5. Rd. – Carrizo (Spanien).

GALOPP

Rennen in Krefeld: 1. R.: Bergfürst (J. Ochocki), 2. Wilfswappen, 3. Ramon, Toto: 348/46, 16, 13, ZW: 2648, DW: 6624, 2. R.: 1. Wunsch (A. Wöhler), 2. Trac Tyr, 3. Prise, Toto: 19/12, 13, 14, ZW: 108, DW: 498, 3. R.: 1. Amber Star (P. Alafi), 2. Landrat, 3. Wall, Toto: 24/12, 15, 13, ZW: 76, DW: 188, 4. R.: 1. Aspo (H. Horwat), 2. Ölprinzeß, 3. Agrio, Toto: 80/26, 38, 62, ZW: 456, DW: 22 968, 5. R.: 1. Keltenkönig (Frl. Neuendorf), 2. Around, 3. Wallstreet, Toto: 100/30, 20, 17, ZW: 892, DW: 6968, 6. R.: 1. Bunbury (R. Ording), 2. Aasrfürst, 3. Sillas, Toto: 64/19, 22, 22, ZW: 448, DW: 2884, 7. R.: 1. Obligado (R. Malinowski), 2. Twistgirl, 3. Wakizauber, Toto: 104/38, 34, 22, ZW: 1824, DW: 9860, 8. R.: 1. König Pallasch (J. Orihuel), 2. Picobello, 3. Night Princess, Toto: 68/22, 27, 30, ZW: 204, DW: 1996, 9. R.: 1. Crusado (M. Hofer), 2. Ander, 3. Ornelino, Toto: 44/20, 78, 74, ZW: 524, DW: 22 092, 10. R.: 1. Mesilim (M. Katzenbauer), 2. Napoli, 3. Arica, Toto: 696/86, 38, 16, ZW: 10 564, DW: 180 080.

TENNIS

Meisterschaften von Australien in Melbourne, Herren-Einzel, 2. Runde: Lendl (CSSR) – Fleming (USA) 6:7, 7:6, 6:3, 6:4, McEnroe (USA) – Krishnan (Indien) 6:4, 7:5, 6:1, Wilander (Schweden) – Tanner (USA) 6:2, 6:7, 6:3, 6:1, Kriek (USA) – Andrews (USA) 6:0, 6:4, 6:2, Teltscher (USA) – Gullikson (USA) 6:7, 6:4, 3:6, 6:4, 6:3, Lloyd (England) – Denton (USA) 7:6, 6:2, 6:3, Smid (CSSR) – Borowiak (USA) 6:4, 3:6, 6:1, 6:4. – Damen-Einzel, 2. Runde: Hanika (Deutschland) – Vanier (Frankreich) 6:2, 6:1, Kohde (Deutschland) – McNeil (USA) 7:6, 3:6, 6:4, Pfaff (Deutschland) – White (USA) 7:5, 6:4, Navratilova (USA) – Sayers (Australien) 6:1, 6:0, Turnbull (Australien) – Forood (USA) 6:2, 6:2, Durie (England) – Fernandez (USA) 6:2, 6:2, Jordan (USA) – Wade (England) 6:4, 4:6, 6:1, Shriver (USA) – Paradis (Frankreich) 6:3, 6:2, Tanvier (Frankreich) – King (USA) 7:6, 4:6, 6:4, Walsh (USA) – Mandlikova (CSSR) 6:2, 1:0 aufgegeben.

RADSPORT

Züricher Sechstage-Rennen, Endstand: 1. Freuler/Gisiger (Schweiz) 138 Punkte, eine Runde zurück: 2. Frank/Oersted (Dänemark) 143, 3. Thurau/Fritz (Deutschland) 34, zwei Runden zurück: 4. Wiggins/Doyle (Australien/Großbritannien) 64, drei Runden zurück.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt der Herren in Schladming: 1. Resch 1:58,50 Min., 2. Weirather (beide Österreich) 1:58,89, 3. Podborski (Kanada) 1:58,90, 4. Raeber (Schweiz) 1:58,97, 5. Klammer (Österreich) 1:59,13, 6. Brooker (Kanada) 1:59,16, 7. Niederseer (Österreich) 1:59,25, 8. Cathomen 1:59,58, 9. Müller (beide Schweiz) 2:00,04, 10. Wirnsberger (Österreich) 2:00,20, 11. Kernen 2:00,35, 12. Heinzer 2:00,56, 13. Meli (alle Schweiz) 2:00,57, 14. Makeev (UdSSR) 2:00,61, 15. Stock (Österreich) 2:00,65, . . . 21. Dürr 2:01,16, . . . 23. Wildgruber (beide Deutschland) 2:01,65.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 9, 15, 33, 37, 42, 49, Zusatzzahl: 30. – **Spiel 77**: 8 3 6 5 8 8 8. – **Toto**, Elferwette: 0, 0, 2, 1, 0, 1, 2, 1, 1, 1, 0. – Rennquintett: Rennen A: 14, 12, 6. – Rennen B: 28, 24, 30. – Glücksspirale: Endziffern: 66, 868, 5651, 25 848, 757 554, 9 897 462. – Prämienziehung: Endziffern: 573 902, 009 289, 034 258. (Ohne Gewähr.)

PROFIBOXEN

Konsequenter René Weller

sid/dpa, Stuttgart

Dort, wo in der Martin-Schleyer-Halle von Stuttgart die Plätze am teuersten waren, wurden Champagner, Kaviar und frische Austern gereicht. Oben im Boxring gab es Fallobst: Sechs der acht Profikämpfe endeten vorzeitig.

Und René Weller verlebte, das sagte er selbst, „einen gemütlichen Abend". Es spielte keine Rolle, daß sein Gegner, der in Venezuela geborene Spanier Hugo Carizzo, schon gegen Welt- und Europameister sehr gut ausgesehen hatte – in der fünften Runde wurde für ihn das Handtuch geworfen. Danach sagte er: „Weller ist ein guter Boxer und war mein bisher bester Gegner. Aber er hat keinen Punch."

Von was also war Carizzo so angeschlagen, daß ihn am Ende der vierten Runde nur der Gong vor dem K. o. retten konnte? Weder als Amateur noch in seinen nun 23 Profikämpfen erlebte man Weller so konsequent nach vorn marschieren. Es war die Vielzahl der Treffer, die den Spanier zermürbte – etwa 50 allein in der zweiten Runde. Weller: „Ich wollte nach den vielen Pfiffen der Vergangenheit zeigen, daß ich auch anders boxen kann. Doch ich spiele viel lieber herum, als so konsequent anzugreifen. Ich boxe doch überhaupt nur deshalb noch, weil ich so selten getroffen werde."

Mit dieser sogenannten Kunst will er jetzt am 27. Januar in Frankfurt gegen den Italiener Lucio Cusma Europameister werden. Denn: „Wenn ich erst einmal Europameister bin, kann ich die Weltmeister Hector Camacho oder Roger Mayweather herausfordern."

Auffällig, daß Weller selbst kaum noch von der ominösen WAA-Weltmeisterschaft spricht, die er am 7. Oktober nach 2:38 Minuten gegen einen gewissen James Ortega gewonnen hatte. Doch da wird er jetzt von seinem Manager Wilfried Sauerland unter Druck gesetzt. Der hat sich nämlich verpflichtet, daß Weller diesen Titel innerhalb von 90 Tagen verteidigt. Das soll nun am 8. April – nach Ablauf der Frist – in Köln geschehen. Pat O'Grady, der Gründer des WAA-Weltverbandes, hat in einem Brief an Wellers Manager sechs mögliche Gegner genannt. Darunter ist erneut jener Ortega, der selbst vom eigenen Verband in keiner Rangliste mehr geführt wird . . .

Nachricht am Rande der Stuttgarter Veranstaltung: Theo Wittenbrink, Präsident des Bundes Deutscher Berufsboxer, will im Mai zurücktreten.

Tanz zwischen Ehrung und Werbung

DW. Berlin

Michael Groß war diesmal da – aber als es darum ging, der Form dieses vielleicht veralteten Festes zu genügen, verdrückte er sich. Ulrike Meyfarth wurde zum dritten Mal geehrt – aber als es darum ging; ein paar nette Worte als Dank für die Ehrung zu sprechen, fiel ihr (berechtigte) Kritik ein: „Warum immer ich? Dieses Ergebnis wirft ein bezeichnendes Licht auf den Frauensport, der auch heute noch nicht frei ist von Diskriminierung. Es fängt damit an, daß es immer noch natürlicher ist, wenn ein Mann Sport treibt. Aber es würde den Rahmen dieser Veranstaltung sprengen, wenn man dieses Thema vertiefen sollte."

Die Veranstaltung: Proklamation der „Sportler des Jahres 1983". Von den deutschen Sportjournalisten waren Weltrekord-Schwimmer Michael Groß, Hochspringerin Ulrike Meyfarth und die Mannschaft des VfL Gummersbach gewählt worden. Ulrike Meyfarth mit einer Stimmenzahl übrigens, die höher war als die der zehn nächstplazierten Damen zusammen.

Der Rahmen: Das Rias-Tanzorchester spielte im Palais am Funkturm zum Tanz auf. 1000 Gäste waren da.

Die Sportler, die von den Journalisten bei der Wahl genannt worden waren, konnte man an einer Hand abzählen, die Journalisten selbst, deren Votum die Voraussetzung für diese Veranstaltung schafft (bereits die 37. Auflage) erschienen im Dutzend (mehr nicht). Es war ein Abend, der letztlich von den Stars früherer Tage und der Anziehungskraft der Veranstaltung auf das Umfeld der Leistungssport-Szene lebte.

Vielleicht – Smoking und dunkler Anzug sind erwünscht – ist das alles etwas zu fein, ein wenig zu gezwungen. Da ist es geradezu wohltuend, daß Michael Groß auch diesmal keine Verbeugung vor der Etikette machte. Seine Vorgänger erschienen in feinem Tuch, er gab sich sportlich: Weiße Hose, blaue Jacke, graublaues Hemd, roter Pulli. Kritik daran gab es auch diesmal – tanzen wollte er ja auch nicht: „Was ich nicht kann, das tue ich auch nicht."

Für alle, die ein solches Fest zum steifen Ball machen wollen, ein Zitat und eine Anmerkung.

Das Zitat stammt von Willi Daume. Er sagte zu Michael Groß: „In jungen Jahren treten Sie ein in die Reihe der ganz Großen. Vielen Dank für Ihre tadellose sportsmännische Haltung."

Die Anmerkung: Willi Wülbeck, Weltmeister über 800 m und Zweiter der Wahl hinter Groß, sprang im dunklen Anzug und weißen Turnschuhen auf die Bühne. Die Schuhe waren Zeichen dafür, daß er gerade die Marke gewechselt, einen neuen Vertrag unterschrieben hat. Frühere Stars, die Olympiasieger Annegret Richter und Willi Holdorf zum Beispiel, hatten eine kabarettistische Nummer einstudiert – gesponsort von ihrer Firma, zu der auch Wülbeck gehörte. An den Proben durfte der Weltmeister noch teilnehmen, beim Auftritt fehlte er. Er gehört ja nicht mehr zum Firmenteam.

Auch das ist das Umfeld des Leistungssports, der sich manchmal im Frack zeigen will und doch nicht überdecken kann, daß Kommerz wichtiger ist als Schlips und Kragen, die bei Michael Groß (warum auch nicht?) fehlten. Zwölf Minuten lang zum Beispiel durfte der Vertreter eines Cornflakes-Produkts die Bedeutung der gesunden Ernährung im Sport anpreisen.

Da ist es erholsam, einen wie Michael Groß zu haben, der sich vor dem Ehrentanz versteckt und sich um die geballte Ladung von Werbemaßnahmen nicht kümmert.



Gute Laune – einmal ohne Schlips: Michael Groß, Ulrike Meyfarth, Gummersbachs Kapitän Heiner Brand · FOTO: RZEPKA

TURNEN

Eric Singer unter bösem Verdacht

maru/K.Bl. Bonn

Der Deutsche Turnerbund (DTB) kommt nicht zur Ruhe. Nachdem der Fall Yvonne Haug (Verdacht auf Pubertätsmagersucht) noch nicht ausgestanden ist, gerät nun der seit 1978 beim Verband beschäftigte amerikanische Bundestrainer Eric Singer in die Schußlinie. Mannschaftsarzt Ulrich Maierski teilte Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz mit, daß Singer bei den Weltmeisterschaften in Budapest ohne Wissen der Ärzte an einige Turnerinnen Kalium-Kalzium-Aufbaupräparate in Überdosis verabreicht habe.

Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias zur WELT: „Eric Singer wird keine Turnhalle mehr betreten. Wir werden uns um die Verpflichtung eines Honorartrainers bemühen, der statt dessen Cheftrainer Vladimir Prorok bei den Olympiavorbereitungen zur Hand geht."

Zacharias weiter: „Was Singer gemacht hat, ist eine Schweinerei. So etwas muß er dem Arzt überlassen. Das ist auch ein Vertrauensbruch gegenüber Cheftrainer Vladimir Prorok. Denn er hatte den Mädchen noch zuvor gesagt, daß sie nur dann Medikamente einnehmen dürfen, wenn diese vom Arzt verordnet sind. Wir müssen nun den Deutschen Sportbund über den Fall Singer informieren."

Eric Singer war bereits 1979 in den Verdacht geraten, Medikamente verabreicht zu haben, die nicht erlaubt sind. Doch dem Präsidium des Deutschen Turnerbundes fehlte seinerzeit der Beweis, um gegen Singer etwas zu unternehmen. 1981 beschäftigte sich das Präsidium erneut mit dem Fall Eric Singer, doch auch damals waren ihm Verfehlungen nicht nachzuweisen.

Kalium-Kalzium-Aufbaupräparate in Überdosis werden leichtfertig an Turnerinnen verabreicht, die an Pubertätsmagersucht leiden, weil bei ihnen der Kreislauf mit diesen Medikamenten gestützt werden muß. Diese Präparate haben nach ärztlicher Erfahrung aber keinerlei positiven Effekt. Die Wirkung ist vorwiegend psychischer Natur, doch wird bei Erhöhung der Dosis die muskuläre Erregbarkeit gestört, die Ermüdungserscheinung nimmt ab, gleichzeitig wird die Gefahr des Herzkammerflimmerns hervorgerufen.

Bekannt wurde der Fall Singer beim Deutschland-Pokal der Kunstturnerinnen in Meinerzhagen, den die Wolfsburgerin Anja Wilhelm (38,15 Punkte) vor der Hannoveranerin Elke Heine (38,1) gewann. Doch Tagesgespräch in Meinerzhagen war der Fall Yvonne Haug (die WELT berichtete). Weil bei der deutschen Meisterin Yvonne Haug (Berlin) seit Jahren der Verdacht auf Pubertätsmagersucht besteht, sagte Bundessportwart Hans-Jürgen Zacharias: „Yvonne Haug bleibt nur dann in der deutschen Olympia-Riege, wenn sie im nächsten Jahr die letzten Vorbereitungen ohne ihren Heimattrainer in Frankfurt bei Vladimir Prorok vornimmt." Das heißt, Yvonne Haug soll – falls sie gesund sein sollte – beim entscheidenden Training nicht von ihrem Berliner Heimtrainer Jupp Hinz und auch nicht von ihren Eltern beeinflußt werden.

SARAJEWO

Schlechte Bahn Bobfahrer drohten mit Abreise

sid, Sarajewo

Nur haarscharf an einer Pleite schrammte der Internationale Sarajewo-Cup im Zweier- und Viererbob als olympische Generalprobe vorbei. Mit der Drohung, alle Teilnehmer der 16 anwesenden Landesverbände würden abreisen, ging der Präsident der internationalen Jury, der Schweizer Erwin Brazerol, gegen den Veranstalter vor. Daraufhin wurden die Löhne der zuvor desinteressierten Bahnarbeiter erhöht. Dadurch wiederum wurde die ordnungsgemäße Präparierung des 1200 m langen Eiskanals am Trebevic für die Zweierkonkurrenz heute und morgen gesichert.

„Der Grundzustand der Bahn war zwar besser als im Vorjahr, aber durch die Schneefälle ist sie jetzt in einem miserablen Zustand", sagte Bundestrainer Wolfgang Zimmerer. Bei der Europameisterschaft vor elf Monaten hatte Zimmerer nach dem schweren Trainingssturz von Anton Fischer, der dabei seinen Klubkameraden Walter Vorderwülbecke (Ohlstadt) verletzt hatte, noch selbst bei der Bahnpräparierung geholfen.

„Diesmal wollten wir ganz auf den Viererbob verzichten und das Rennen irgendwo anders austragen, zum Beispiel in Innsbruck-Igls", verdeutlichte der deutsche Sportwart Siegfried Radandt die Boykott-Drohung der in Sarajewo anwesenden Verbände. Wie chaotisch die Zustände waren, läßt sich am besten am Freitagtraining beschreiben. Die 60 Schlitten wurden für 8 Uhr zum Training bestellt, gefahren wurde aber um 13 Uhr bei irregulären Verhältnissen. Zimmerer: „Erst am Samstag fanden zwei normale Läufe statt." Da streikte aber die Zeitnehmeranlage.

SKI ALPIN / Österreichischer Doppelsieg bei der ersten Weltcup-Abfahrt

Weirathers Comeback: „Ich bin selig, ich hatte mich schon abgeschrieben"

O. BROCKMANN/DW. Schladming

Mit einem österreichischen Doppelsieg endete in Schladming die erste Weltcup-Abfahrt der Herren in diesem Winter. Es siegte Erwin Resch vor Weltmeister Harti Weirather und dem Kanadier Steve Podborski. Bester Deutscher war Peter Dürr (Germeringen) als 21. „Ich habe nie, nie damit gerechnet", staunte Erwin Resch nach seinem Sieg. Der 22jährige war vielmehr geschockt, als er am Samstag bei der Auslosung die Startnummer eins gezogen hatte.

Resch: „Als ich dann ins Ziel gekommen war und auf der Anzeigetafel meine Zeit sah, wußte ich freilich, daß ich sehr schnell gewesen bin. Da wollte ich vor Freude lauthals jubeln, doch wenn man als erster den Hang hinuntergekommen ist, dann gehört sich so etwas nicht."

Vor zwei Jahren, bei den alpinen Ski-Weltmeisterschaften in Schladming, war Resch Dritter gewesen. Damals schon hätte er gewinnen können, hätte er nicht unterwegs einen Skistock verloren. Ein Mißgeschick, das ihm übrigens auch schon während einer Weltcup-Abfahrt widerfahren ist. Resch gehört freilich nach seinem Sieg in Schladming zu den Olympia-Favoriten für Sarajewo, weil dort eine ähnliche Piste befahren wird.

Weltmeister Harti Weirather, im vorigen Jahr überhaupt nicht in Schwung, war überglücklich nach seinem zweiten Platz. Weirather: „Dieses Comeback ist schöner als der WM-Sieg vor zwei Jahren. Ich bin selig, denn ich hatte mich schon selbst abgeschrieben." Noch nach dem Training hatte der Freund der Liechtensteiner Olympiasiegerin Hanni Wenzel geklagt: „Ich habe überhaupt kein Selbstvertrauen mehr. Ich weiß nicht, wo ich die Zeit verliere, vielleicht liegt es an dem neuen Material." Vor dem Rennen war sich Weirather nicht im klaren, ob er mit dem Trainings- oder einem wärmeren Ski fahren sollte. Denn gestern war es in Schladming nicht mehr so kalt wie in den Tagen zuvor. Am Start null Grad, im Ziel fünf Grad plus. Somit war die Piste also wärmer und damit schneller geworden.

Das bekam auch der Dritte des Rennens, der kleine Kanadier Steve Podborski, zu spüren. Unterwegs passierte ihm ein entscheidender Fehler, als ihm ein Ski wegzugleiten drohte. Podborski: „Ich dache schon, jetzt geht's in Richtung Restaurant und nicht mehr ins Ziel."

Österreichs Ski-Idol Franz Klammer war am Samstag 30 Jahre alt geworden, damit ist er unter den weltbesten Abfahrts-Spezialisten der Älteste. Nach dem Training am Samstag sagte der frühere Olympiasieger: „Ich bin nicht hierher gekommen, um zu feiern, sondern um Ski zu fahren." So wurde nur bei Kaffee und Kuchen gefeiert, obwohl der ehemalige Automobil-Weltmeister Jackie Stewart einige Flaschen Champagner vorbeigebracht hatte. Im Rennen wurde Klammer Fünfter und war damit der drittbeste Österreicher. Klammer: „Es ist nicht gerade tragisch, aber ich hatte mir eigentlich etwas mehr vorgenommen. Und die Nummer eins zu sein, ist schließlich keine Frage des Alters. Ich bin kein alter Mann."

Der Germeringer Peter Dürr, der in der vorigen Saison mit einem elften Platz in Val d'Isere und einem 17. Rang in Kutzbühel in das Vorderfeld der Abfahrts-Weltklasse gefahren war, klagte in Schladming nicht über seinen 21. Rang, sondern über die Benachteiligung der Fahrer der kleineren Ski-Nationen. „Das war erst meine vierte Fahrt auf dieser Hochgeschwindigkeitsstrecke, deshalb bin auch zufrieden. Die nächsten Abfahrten in Val d'Isère und Gröden liegen mir mehr." In den letzten drei Wochen hatte Dürr nur für den Riesentorlauf trainiert, „denn immer nur Abfahrt, das hängt dir zum Halse 'raus".

Dürr ist sich sicher, daß er die Olympia-Qualifikation mit zwei Rängen unter den ersten 15 schaffen wird. Ebenso mit leicht angezogener Handbremse fuhren auch die anderen deutschen Läufer, von denen Sepp Wildgruber, der bereits die Olympia-Fahrkarten sicher hat, auf Rang 24 kam. Wildgruber: „Ich habe drei Wochen lang praktisch keine Abfahrten mehr bestritten. Noch fehlt mir irgendwo die Beziehung zum Winter."

Bundestrainer Klaus Mayr: „Unsere jungen Talente ausgenommen Peter Dürr, brauchen noch zwei bis drei Jahre, bis sie den Anschluß geschafft haben."

Die Verlierer auf der Planai in Schladming waren diesmal die Schweizer. Ihr bester Fahrer, Urs Raeber, kam auf dem vierten Platz ein, Conradin Cathomen wurde Achter, Peter Müller Neunter. Zuvor hatten die Schweizer gemeinsam mit den Österreichern dafür gesorgt, daß nach nur drei Trainingsfahrten bereits das Rennen stattfand. Der deutsche Bundestrainer Klaus Mayr schimpfte, daß durch ein solches Verhalten der Abstand der anderen Läufer gegenüber den Schweizern und Österreichern, die ohnehin viel aufwendiger trainierten, noch größer würde. Auch der Elsässer Serge Lange, der Vorsitzende des Weltcup-Komitees, kritisierte dieses Vorgehen: „In einigen Jahren werden dann nur noch Österreicher und Schweizer Abfahrtsrennen bestreiten – vor 500 Zuschauern."

SPORT-NACHRICHTEN

Rugby-Spieler in Berlin

Berlin (dpa) – Der am 6. November geflüchtete „DDR"-Rugby-Auswahlspieler Burt Weiß hat sich dem Berliner Bundesliga-Klub BRC angeschlossen. Weiß, der bei seiner Flucht die Spree durchtauchte, erhielt vom Berliner Verband sofort einen Spielerpaß.

Produktive Verhandlungen

Los Angeles (dpa) – „Hart, aber produktiv" verliefen nach Einschätzung von Mitgliedern des amerikanischen Olympia-Komitees LAOOC die ersten Verhandlungen mit der sowjetischen Sport-Delegation, die sich zu einem Informationsbesuch in Los Angeles aufhält. Eine Zusicherung, an den Sommerspielen mit Sicherheit teilzunehmen, haben die Sowjets dem LAOOC gegenüber noch nicht abgegeben.

Silber für Gisela Lins

Mexiko-City (sid) – Mit dem Gewinn der Silbermedaille beim Bowling-Weltpokal in Mexiko-City feierte die 34jährige Dortmunderin Gisela Lins einen unerwarteten Erfolg.

Harte Strafen

Paris (sid) – Harte Strafen droht der Internationale Automobilsport Verband (FISA) jenen Fahrern an, die sich an Rennen des nicht anerkannten amerikanischen Verbandes CART beteiligen, der eine Weltmeisterschaft mit Formel-1-ähnlichen Indy-Autos plant. Dem Italiener Teo Fabi wurde bereits die FISA-Lizenz entzogen, womit ihm die Rückkehr in die Formel 1 oder andere europäische Meisterschaften verwehrt bleibt.

Ehrung für Lewis

Indianapolis (sid) – Weltmeister Carl Lewis wurde vom amerikanischen Fachmagazin „Track and Field News" zum besten Leichtathleten des Jahres gewählt und erhielt die erstmals vergebene „Jim-Thorpe-Trophäe", die künftig jährlich dem besten Leichtathleten überreicht werden soll.

Thurau/Fritz Dritte

Zürich (sid) – Mit dem dritten Platz beendeten Dietrich Thurau/Albert Fritz (Frankfurt/Jestetten) das 31. Zürcher Sechstage-Rennen. Vor 12 000 Zuschauern gewannen die Schweizer Urs Freuler und Daniel Gisiger vor den Dänen Gert Frank/Hans-Henrik Oersted.

China wieder unbesiegt

Göteborg (sid) – Beide Mannschaftswettbewerbe bei den internationalen Tischtennis-Meisterschaften von Schweden gewannen die Weltmeister-Teams aus China. Mit je 3:0 siegten die Herren über die CSSR und die Damen über Südkorea. Die deutschen Spieler scheiterten schon frühzeitig und sind auch in den Einzelwettbewerben nicht mehr vertreten.

Peru verzichtet

Lima (sid) – Der peruanische Fußball-Verband hat seine Nennung für das olympische Qualifikations-Turnier der Südamerika-Gruppe zurückgezogen. Der Kostenaufwand von rund 50 000 Dollar sei in der momentanen wirtschaftlichen Situation zu hoch.

Zwölf Klubs bestraft

Warschau (sid) – Der Polnische Fußball-Verband hat zwölf von sechzehn Vereinen der ersten Division wegen illegaler finanzieller Zuwendungen an Spieler und Trainer bestraft. Die Vereine, darunter Meister Lech Posen, Tabellenführer Gornik Walbrzych und Widzew Lodz dürfen im kommenden Jahr keine Freundschaftsspiele im Ausland bestreiten.

Wollek zu Lancia

Turin (sid) – Der 40jährige Straßburger Privatfahrer Bob Wollek, amtierender Deutscher Rennsportmeister, Endurance-Europameister und fünfmaliger Porsche-Cup-Sieger, wird in der nächsten Saison Werksfahrer im Rallye-Team von Lancia. Außerdem verpflichtete Lancia nach dem Verlust des früheren Weltmeisters Walter Röhrl an Audi den Finnen Henri Toivonen.

ontag, 5. Dezember 19..
.NEN
ic Singer
ter bösem
rdacht

Pankraz, das Zwerchfell und die Marxbrothers

Auf ein fragwürdiges Unternehmen hat sich der Münchner Satiriker und Parodist Karl Hoche eingelassen. Unter dem Titel „Die Marxbrothers" erzählt er in seinem neuen Buch die Geschichte des Sozialismus als Juxgeschichte, als eine Story, die nicht so sehr die Welt oder den Kapitalismus, sondern vor allem das Zwerchfell erschüttert. Den Auftritt von Karl Marx und Friedrich Engels, die Gründung der ersten kommunistischen Zelle, des „Bundes der Gerechten" in Paris, die Arbeiterbildungsvereine, die erste, zweite und dritte Internationale, die Oktoberrevolution, Lenin, Stalin und die Folgen – all das findet Hoche zum Brüllen komisch, und er reportiert es deshalb im Stile eines ausgeflippten Politfreaks, der zwischendurch immer wieder zur Calvadosflasche greifen muß, um nicht vor Lachen zu ersticken.

Warum macht die Sache dem Leser sehr viel weniger Vergnügen als dem Autor? Weil die mitgeteilten Dinge überhaupt nicht zum Lachen sind und weil sich das nur allzu deutlich bei Hoche widerspiegelt. Sehr schnell geht ihm der Humor aus, bald schreibt er nur noch wie ein x-beliebiger Sozialismus-Historiker, nur daß er hin und wieder innehält und in ein dröhnendes, fast irres „Hahaha" ausbricht, das durch die Seiten gellt wie der Todesschrei eines angeschossenen Ebers. In Wahrheit äußert sich hier kein Satiriker und auch kein Parodist, sondern eine verwundete Seele, die es nicht verwinden kann, daß die Dinge nicht so gelaufen sind, wie sie es sich in ihren Kinderträumen ausgemalt hat. Was Hoche vorführt, ist „Lache, Bajazzo!" im fünften oder sechsten Aufguß, eine Sache, die das Publikum nur noch peinlich berührt.

Am lautesten lacht der Bajazzo über die beteiligten Hauptpersonen. Daß Karl Marx, der „Vater des Sozialismus", ein schlimmer Moralkrüppel gewesen ist, der im „Kommunistischen Manifest" die Weibergemeinschaft predigte und sich zu Hause wie der schlimmste Oberspießer aufführte, daß er voller Häme war, sich endlos bei sexuellen Tratschgeschichten in seinem Bekanntenkreis aufhielt und zu schimpfen liebte wie der dreckigste Rohrspatz – darüber kann sich der Bajazzo gar nicht beruhigen. Marx, der Monolithträger, der dem auf Besuch weilenden Lassalle den wohlhabenden Großbürger vorspielt, obwohl all seine bewegliche Habe im Pfandhaus ist – hahaha! Marx, der seiner Lieblingstochter Tussy die Ehe mit Lissagaray verweigert, weil er das Mädchen selber behalten möchte – noch einmal hahaha! Marx, der den „Bund der Kommunisten" aus persönlichem Machthunger an die preußische Staatspolizei ausliefert und die Erste Internationale spaltet und zugrunde richtet – lacht, ihr Leute, lacht, daß euch die Tränen kommen!

Ganz besonders drollig findet der Bajazzo, daß keiner der „großen Sozialisten" wirklich mit Geld umgehen kann und daß ausgerechnet jene Weltanschauung, die alles auf Ökonomie zurückführt und endlose Wälzer über ökonomische Fragen hervorbringt, sofort ein ökonomisches Dauerchaos ausbrütet, wenn sie an die Macht kommt. Da ist zum Beispiel der Leninsche „Rat der Volkskommissare", der nach dem Sieg der Oktoberrevolution per Dekret alle möglichen Wohltaten für die Werktätigen einführt: unentgeltliche Verteilung von Lebensmitteln, freies Wohnen, freie Heizung, freies Licht, freies Gas – und der damit das größte Wirtschaftstohuwabohu in der Geschichte Rußlands anrichtet, mit anschließender Hungersnot, die Millionen das Leben kostet.

Oder da ist der große Stalin, der beschließt, die sowjetische Landwirtschaft endlich zu modernisieren und dem amerikanischen Standard anzupassen – und der damit das größte Mordprogramm der neueren Geschichte einleitet, nämlich die „Liquidierung des Kulakentums als Klasse", Erschießungspelotons in bis dahin verschlafenen Dörfern, ganze Einwohnerschaften geschlossen auf dem Weg nach Sibirien, gräßlicher Hunger, wo einstmals volle Bäuche die Regel waren, leere Futtermagazine, verendendes Vieh, entvölkerte Landstriche – hahaha, hahaha!

Hier ist nun freilich der Punkt erreicht, an dem das künstlich in Bewegung gesetzte Zwerchfell des Bajazzo zum puren Ärgernis wird. Denn dieser Bajazzo setzt ja offenbar weiter voraus, daß er eine Sache, über der ihm selbst das Herz blutet, seinem Publikum als einträglichen Jokus verkaufen kann. Das Publikum seinerseits hat aber nie an den Jokus geglaubt. Hoche-Bajazzo findet es zum Beispiel furchtbar komisch, daß die Arbeiter, um deren „Befreiung" es doch eigentlich ging, in den kommunistischen Führungskadern nie eine Rolle gespielt haben, daß der Kommunismus immer eine Angelegenheit frustrierter Intellektueller war. Die Arbeiter finden das gar nicht komisch. Sie durchschauen den ideologischen Zimt, der mit ihnen veranstaltet wird, als Herrschaftsinstrument der Intellektuellen, und begnügen sich für ihren Teil mit einem „trade-unionistischen" Bewußtsein.

Die Art von „Marxbrothers", die Hoche in seinem Buch vorführt, unterscheidet sich grundlegend von den wirklichen Marx Brothers; nur ein durch Frust halb erblindeter Intellektueller kann da Parallelen entdecken. Der Spaß der wirklichen Marx Brothers besteht darin, daß sie sich selbst als komische Nummern vorführen, wie das bei jedem guten Spaßmacher der Fall ist. Bei den „Marxbrothers" à la Hoche hingegen geht der Spaß immer auf Kosten anderer, und diese Kosten sind unwahrscheinlich hoch, umfassen Vermögen, Gesundheit und sogar das Leben. Das bißchen Seelenweh des lachenden Bajazzo ist überhaupt nichts dagegen, und es ist sogar noch völlig überflüssig, denn niemand kann und will über seine Witze lachen. Der Mann hätte bei seiner Calvadosflasche bleiben sollen. Dann wäre ihm und uns manches erspart geblieben.

Pankraz

Der Revolutionär des Einzelhauses – Portrait des schweizerischen Architekten Mario Botta

Geometrie schützt vor Willkür und Zufall

Inmitten der schönen Tessiner Landschaft an einem Hang am Rande von Lugano steht das Haus Pfaeffli. Es wurde 1980 von dem schweizerischen Architekten Mario Botta gebaut. Standort und Stil dieses ungewöhnlichen Gebäudes ergaben sich nicht zufällig. Im kulturellen Schnittpunkt zwischen Italien und den deutschsprachigen Ländern schlossen sich Ende der sechziger Jahre junge Architekten zu einer Gruppe zusammen. Sie wollten andere als die konventionellen Antworten auf die Fragen finden, die sich hier der Architektur stellen. Denn einschneidender noch als in anderen Landesteilen der Schweiz war das Tessin, das auf eine lange Tradition zurückschaut, vom konjunkturellen Aufschwung mit Eingriffen in die soziale Ordnung und Angriffen auf die Integrität der natürlichen Ressourcen betroffen. Diese Architektengruppe – unter ihnen Mario Botta – versuchte deshalb die Bauaufgaben auf neue Weise zu lösen, ohne Rückgriffe auf die altbewährten Methoden des deutsch-schweizerischen Heimatstils. Vor allem aber war ihnen bewußt, daß das Bauen nicht ohne Theorie auskommt.



Bauen als geistige Ortsbestimmung: Tessiner Haus des Architekten Mario Botta in Origlio FOTO: DIE WELT

Mario Botta, 1943 in Mendrisio/Tessin geboren, machte seine Bauzeichnerlehre im Büro Carioni in Lugano, bevor er das „Liceo Artistico" in Mailand besuchte. Danach setzte er seine Ausbildung am „Istituto Universitario di Architettura" bei Scarpa fort. Hier lernte Botta die Wichtigkeit des des handwerklichen Details und der Materialien kennen.

Noch während seines Studiums hatte er Gelegenheit, im Büro Le Corbusiers zu arbeiten und sein Wissen bei Louis Kahn zu vertiefen. Bei der intensiven Zusammenarbeit mit Kahn am Projekt des Palazzo Ducale in Venedig wurde er nicht nur mit der formalen Architektursprache des Meisters, sondern auch mit dessen Architekturphilosophie vertraut.

Aufgrund dieser Erfahrungen bleibt bei Botta die Architektur nicht bei der Fassade stehen; das Problem wird auch nicht in der Technik und Funktion gesehen, sondern in der Organisation der Räume, in der Beziehung zwischen der Architektur und ihrem Umfeld. Botta versucht die Sprache des „genius loci" aufzunehmen. Für ihn bedeutet der „architektonische Eingriff nicht eine Möglichkeit an einem *Ort* zu bauen, sondern das Werkzeug, *jenen Ort* zu bauen. Die Architektur soll wieder zu einem Teil innerhalb einer neuen geographischen Konfiguration werden, die unlösbar mit den Werten der Geschichte und der Erinnerung dieses Ortes verbunden ist."

In seinen Einfamilienhäusern nimmt Mario Botta darum die im ländlichen Hausbau des Tessin gebrauchten archaischen Formen auf: Kreis, das Oval, das Quadrat und das Rechteck. Zugleich hält er sich an die Baumeister der Renaissance, und an Le Corbusier, der in „Verse une Architecture" schreibt: „Die Geometrie ist die Sprache des Menschen ... Sie schützt ihn vor Willkür und Zufall".

Meist bevorzugt Botta Bauten mit drei Geschossen. Im Erdgeschoß befinden sich der Eingang, ein Abstellplatz für das Auto und die Nebenräume. Das erste Obergeschoß nehmen der großzügig angelegte Wohnraum mit dem offenen Kamin, die Küche und ein weiterer Raum – vielleicht das Arbeitszimmer – ein. Und das zweite Obergeschoß bleibt der Privatsphäre, dem Schlafraum der Eltern, den Kinderzimmern und Bädern vorbehalten.

Die Technik basiert auf einem zweischaligen Sichtmauerwerk aus Zementsteinen, die sich bei manchen Bauten – wie beim Haus Pfaeffli – zu Ornamenten organisieren. Konventionelle Fenster werden durch geschickte Ausnehmungen im Mauerwerk umgangen, und manchmal lassen sie sich auch zu einem Wintergarten verwandeln. Ein in nordsüdlicher Richtung eingeschnittener Spalt in das Baulvolumen läßt Licht in das ganze Haus einströmen. Da sämtliche Elemente unverputzt bleiben, trägt dies auch zu niedrigen Kosten des Hauses bei.

Jedes Haus von Botta hat eine sehr individuelle und autonome Gestalt. Es entwickelt ein sehr starkes Eigenleben ohne direkten Bezug zur Außenwelt. Erst wenn man das Haus betritt, entsteht eine Beziehung zur Landschaft, entwickelt sich ein Dialog mit den umliegenden architektonischen Gegebenheiten. Auch in seinen größeren Projekten – das Spektrum erstreckt sich von Schulen, Verwaltungsbauten bis zu Banken – versucht Botta, die Diskrepanz zwischen dem Vergangenen und Jetzigen auszugleichen. So nimmt er z. B. bei der Staatsbank in Fribourg oder dem Bürohaus von Lugano eine Stadtstruktur des 19. Jahrhunderts auf: das Gebäude am „carrefour" und am „Boulevard" entlang.

Gleichgültig, ob ein Einfamilienhaus oder ein größeres Gebäude zu entwerfen ist, immer wieder werden von Botta alle Probleme ohne Vorgaben aufgegriffen, reflektiert und bearbeitet. „Architektur machen heißt, die Realität zu verändern, heißt ein vorgefundenes Gleichgewicht zu zerstören und eine neue Situation zu schaffen. Der Sinn des Bauens besteht nicht darin, mehrere Steine, sondern den Stein auf das Terrain zu setzen."

Der Erfolg von Mario Botta und auch der Zuspruch, den seine Arbeiten finden, rührt nicht zuletzt daher, daß er die Architektur mit der ihr eigenen Wirklichkeit und Individualität versieht. Sie ist für ihn ein Symbol der Verflechtung von Bauen und Wohnen, von Außen- und Innenraum.

Sein Freund und Kollege Rob Krier äußerte sich über seine Bauten: „Du kannst jedes deiner Gebäude zeigen, außen wie innen. Diese Bauten sind ‚bewohnersicher' und werden in Würde alt. ... Und du verfolgst dein Ziel weiterhin mit einer außergewöhnlichen Konsequenz. Zum Porträt eines Konstrukteurs, das ich hier schildere, gehören natürlich auch das energische Hineinknien in die Arbeit und die Leidenschaft für den Beruf, die dir eigen sind."

ELKE WUTHE

JOURNAL

Bibliotheksverband warnt vor Einfuhrsteuer.

dpa, Stuttgart

Gegen eine mögliche Neuregelung der Einfuhrsteuern bei ausländischen Büchern will der Deutsche Bibliotheksverband (DBV) protestieren. Wenn das Bundesfinanzministerium die Mehrwertsteuerbefreiung – entsprechend einer EG-Richtlinie – für kleinere Einfuhren bis zu einem Gewicht von fünf Kilogramm abschaffe und künftig Sendungen mit wissenschaftlicher Literatur nur noch bis zu einem Wert von etwa 50 Mark steuerfrei blieben, bedeute das für die Bibliotheken der Universitäten und Länder eine erhebliche organisatorische Belastung und zusätzliche Kosten von rund acht Millionen Mark jährlich.

Aufruf zur Erhaltung der Kunst in Zypern

AFP, Athen

Einen Aufruf zur Erhaltung der Kultur auf Zypern haben die Panhellenische Union und griechische Wissenschaftlerinnen an die zehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft erlassen. In dem an die EG-Kulturminister gerichteten Appell wurde dazu aufgefordert, der „Plünderung von Kunstwerken in Nordzypern" ein Ende zu machen. Archäologische Fundstätten würden „systematisch zerstört" und historische Monumente mutwillig beschädigt.

Hermann Lenz erhielt Gottfried-Keller-Preis

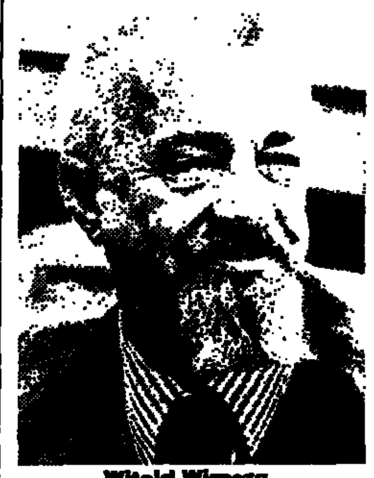
dpa, Zürich

Der Schriftsteller Hermann Lenz wurde in Zürich mit dem Gottfried-Keller-Preis der Martin-Bodmer-Stiftung geehrt. Die Auszeichnung ist mit umgerechnet rund 20 000 Mark dotiert. Der in München lebende Lenz wurde als ein Autor geehrt, „der in Jahrzehnten des literarischen Engagements, in der Treue zu sich selbst und in der Beharrlichkeit des schöpferischen Prozesses ein bedeutendes episches Werk vorgelegt" habe.

Witold Wirpsza 65

Gestern beging in seinem Westberliner Domizil der polnische Schriftsteller und Übersetzer Witold Wirpsza seinen 65. Geburtstag. In Odessa geboren, das er als Kleinkind verließ, verschlug es ihn nach Gdingen, Danzig, Warschau. Als Offizier geriet er 1939 in deutsche Gefangenschaft. Nach Kriegsende arbeitete er zuerst für Presse und Rundfunk. Stettin verlieh ihm 1956 den Literaturpreis, ein Jahr später ließ er sich in Warschau als freier Schriftsteller nieder.

Er trat mit bewegenden Gedichten in der Tradition des Symbolismus und mit gesellschaftskritischen und



Witold Wirpsza FOTO: HARALD GRÖHLER

satirischen Romanen hervor, u. a. mit „Orangen im Stacheldraht". Internationales Aufsehen erregte der Band „Pole, wer bist du", eine liebend-selbstkritische Reise durch die polnische Geschichte, für die er vom Regime scharf angegriffen wurde. Wirpsza übersetzte Goethes Gedichte, Schillers „Maria Stuart", Thomas Manns „Dr. Faustus" und Werke von Brecht, Broch, Benn und Morgenstern ins Polnische.

Seit 1971 lebt Wirpsza ständig in West-Berlin. Dem großen Mittler zwischen deutscher und polnischer Literatur sei hiermit nachträglich ein herzliches altpolnisches „Sto lat" zugerufen. J. G. G.

Waldemar Grzimek 65

Zu ebener Erde und im ersten Stock arbeitet er. Unten entstehen die Großplastiken, oben die kleinen Formen, Maquetten, Zeichnungen, erste Entwürfe. Dieses Doppelatelier in Berlin-Friedenau ist nur eines in der langen Reihe der Werkstätten, in denen Waldemar Grzimek, der heute 65 Jahre alt wird, gearbeitet hat. Geboren wurde er im ostpreußischen Rastenburg, aber bereits als Sechsjähriger kam er nach Berlin, die Stadt, die in ihrer Gespaltenheit auch Grzimeks Pendeln zwischen Ost und West entsprach. Nach dem Krieg übernahm er zuerst einen Lehrauftrag an der hallischen Burg Giebichenstein, unterrichtete drei Jahre an der Westberliner Hochschule und – nach einigen freien Jahren – vier Jahre an der Ostberliner in Weißensee. Er arbeitete dann am Bodensee, lehrte in Darmstadt und kehrte nach Berlin zurück. Grzimek ist einer der Bildhauer, die sich dem klassischen Formenkanon verpflichtet fühlen. P. D.

John Neumeiers Ballett „Endstation Sehnsucht" nach Tennessee Williams in Stuttgart uraufgeführt

Blanches Sturz in die tausend Hände der Gier

Ein Ballett wie ein Donnerschlag. Ein Ballett, das bannt wie das Auge der Schlange. Es wirft den bösen Blick auf die Liebe, darin Pasolini näher als Tennessee Williams. Ein Ballett des sensiblen, hochkultivierten John Neumeier, das sich vorsätzlich und bis zum bitteren Ende in Schrecken sielt.

Mit dem Stuttgarter Ballett zeigt der hamburgische Amerikaner im Stuttgarter Schauspielhaus (die Oper ist wegen Renovierung geschlossen) seine Tanzversion von Tennessee Williams' „Endstation Sehnsucht", und in ihr all das, von dem der Dichter den Zuschauer bislang gnädig ausschloß. Das holt nun Neumeier nach und gleich gründlich. Er choreographiert zwei Akte lang den Untergang eines Menschen als Weltuntergang. Aber Blanche Du Bois ist bei Neumeier durchaus nicht das einzige Opfer.

Zwei Stunden lang spielt Neumeiers neues Tanzdrama (dem er in Stuttgart sein bekanntes Ballett „Wendung" zu Schuberts C-Dur-Quintett, hervorragend und persönlichkeitsbezogen getanzt, vorausschickt). Es bedient sich als Musik der von Barschai instrumentierten „Visions fugitives" von Prokofjew, ihrer dämmerigen Noblesse, mit der anschließend Alfred Schnittkes Riesencollage aus Jazzelementen, Improvisation und klassischen Zitaten, zusammengebacken zur ersten Sinfonie („Endstation Sinfonie" könnte sie wahrhaft sich nennen) aufs Alptraumhafteste kontrastiert: eine musikalische Kulisse, die das Geschehen wie ein wüster Klangraum umstellt.

Die Sinfonie wird, atmosphärisch zwingend, als Livemitschnitt der Uraufführung in Gorki unter Leitung Roschdestwenskis eingespielt. Alles andere, Choreographie, Inszenierung, Bühnenbild, Kostüme und Lichtregie gehen auf Neumeiers Kappe. Er zwingt mit unglaublicher künstlerischer Energie seine Vision des Liebesgrauens in die Bühnenrealität hinüber.

Er läßt, was bei Tennessee Williams allmählich erst aufdämmert, auf Anhieb tanzen. Blanche, hingekauert auf ihr Anstaltsbett, durchlebt ihre Geschichte noch einmal: ihre unselige Hochzeitsfeier in „Belle Rêve", bei der sie ihren eigenen Mann, der sich, von ihr gedemütigt, erschießt, in den Armen des Freundes ertappt; ihren Sturz in die Nymphomanie und die tausend Hände der Gier. Ihre Flucht zu Schwester Stella nach New Orleans und dort am Ende die Vergewaltigung durch ihren Schwager Kowalski. Die Anstalt intoniert das Ende vom Lied.

Marcia Haydée ist natürlich diese Blanche, blond, vogelhaft, verhuscht, zerbrechlich auf ihren wechselnden Lagern. Kowalski ist, ebenso natürlich, Richard Cragun, der Superman. Beide Rollen sind ihnen schon von Williams so auf den Leib geschrieben, daß man fürchtet, das Übermaß an vorgegebener Identifikation könnte langweilig werden. Gerade das aber wird es nicht, obwohl Cragun zum tänzerischen Dahergockeln neigt: ein Petrucchio noch in der stramm sitzenden Unterwäsche. Dabei ist die Rolle differenzierter und ergiebiger, als er sie einstweilen spielt.

Die Schattenspiele des Irrsinns, der Verzweiflung, der Lebensgier, des Entsetzens, die Marcia Haydée schleierhaft über Blanche wirft, sind dagegen unkenntlich. Sie triumphiert auf ihre schmale Art abermals: eine Tanztragödin, die diesmal Schrecken sät und Bestürzung, am Ende aber Bewunderung erntet. Die Vergewaltigungsszene mit Cragun, dieser Nachtmahr unter den Pas de deux, entfaltet sich mit böser, kühler Ruhe, neutralisiert immer wieder durch die gnädige Abstraktion der kalkulierten Bewegungsabläufe: eine choreographische Röntgenaufnahme der Brutalität. All das ist vollkommen.

Aber viel mehr noch gibt es zu bewundern. Vladimir Klos ist Mitch, der verhemmte, ungelenke gute Kerl, der um Blanches Hand anhält: ein Tanzbeau, sich plötzlich unerhört reich zum Charaktertänzer entfaltend. Aber auch wie Lisi Grether die ahnungslose Herzlichkeit Stellas, der Schwester, tanzend vorzeigt, ist glänzend. In Paul Chalmer hat die Compagnie überdies wieder einen Tänzer mit Körpercharisma gefunden. Das ist selten. Chalmer spielt die Gottesgabe aus mit Dezenz.

KLAUS GEITEL

Berlin: H. Müllers „Gundling" am Schiller-Theater

Trümmer, Späße, Ferkel

Heiner Müllers Fridericus-Stück mit dem träumerisch aggressiven Titel „Leben Gundlings Friedrich von Preußen Lessings Schlaf Traum Schrei" ist starker Tobak. Diesen Müller ekelt die ganze preußische Welt. Er nimmt Privatrache. Was bleibt, sind Trümmer, Späße, Ferkeleien, Blut, Eiter und ständiger Abscheu.

Hosenlatze werden geöffnet, bis das Gemächte der historischen Personen freigelegt ist. Die Welt des Soldatenkönigs erscheint, biertrunken, in grotesken Masken. Friedrichs und Kattes Freundschaft wird tief in Schwulitäten getunkt. Wir sind Zeugen.

Der *alte* Fritz, sozusagen sein Jugendtrauma lösend, zwingt eine sächsische Soldatenfrau, der Exekutierung ihres armen Gatten beizuwohnen. Wir sind wieder dabei. Schiller taumelt, sinnlos Verse sprechend, über die Bühne. Die Türen zu einem Irrenhaus vor zwei Jahrhunderten werden weit geöffnet. Ein idiotisch-dämonischer Professor treibt mit den Irren Schindluder.

Am Ende wird dem leibhaftigen Lessing eine Pappmaché-Büste übergestülpt. Eben klagte er noch, wie das klare Wasser der Aufklärung in dieser preußischen Zerrwelt so total versickert sei. Nathan und Emilia Galotti sind auf einem amerikanischen Schrottplatz mit ihren Kleinautos zusammengefahren und haben, ihre hehren Texte kreischend, zum Himmel geschrien. Lessing resigniert unter seinem Pappkopf. Voltaire ist schon vorher an die Rampe getreten. „Er kotzt", heißt es in der Bühnenanweisung. Er tat's tatsächlich.

Warum spielt man das hier? Wollte Boy Gobert Rache nehmen für seine unerwartete Intendanten-Entpflichtung? Sollte, nach dem langwierigen „Preußen-Jahr", uns nun preußischer Unrat kübelweise über den Kopf geschüttet werden? Oder hat den sicher nicht ungeschickten Inszenator (Klaus Emmerich) dieser rabiate Anlaß wirklich zu rüde und kraß einseitiger Provokation künstlerisch gereizt?

Die Ränge waren bei der Berliner Aufführung (das Stück des Ostberliner Autors wurde schon vor vier Jahren in Frankfurt/Main uraufgeführt) leer gelassen. Die Parkettreihen waren gekürzt und vermindert. Man wollte offenbar sichergehen. Boy Goberts Jubeltruppe war denn auch zum Schluß lautstark präsent.

Die übrigen litten, wie sie hier leiden sollten. Sie sahen sicher ein paar verblüffende Anlässe zum Brechreiz. Szenisch überzeugend geriet aber in seiner haßerzeugenden Deutlichkeit nur wenig. Immerhin, wie Angelika Domroese gleich in mehreren Verkleidungen Leid, Laster und Lästerung darstellte, mußte imponieren. Wie Hilmar Thate den geschundenen Akademieprofessor Gundling zu einer Art Leidenstier machte, auch.

Natürlich wird auch hier den USA Saures gegeben. Der Autoschrottplatz am Ende ist gekrönt von einer Marylin-Monroe-Figur im flatternden Kleid. Ein von Selbstekel tief geschüttelter Poet hat sich selber ausgekotzt, genau wie sein Voltaire auf der Bühne. Fragt sich nur, ob unsereins dem hätte beiwohnen sollen. Der größere Teil des Premierenpublikums, wenn er nicht schon bei offenem Vorhang protestierend abgewandert war, gab fleißig Kontra. Eine sinnvolle Theaterschlacht war da aber nicht geschlagen. Es hatte einen immer nur sinnlos gewürgt.

FRIEDRICH LUFT



Karan Armstrong und Simon Estes bei ihrem Konzert im Hause Axel Springers FOTO: BEHLICH

Hauskonzert bei Axel Springer mit Karan Armstrong und Simon Estes

Transatlantische Musik-Gemeinschaft

Amerika verdankt den Deutschen viel: Mit Pioniergeist und Siedlerfleiß haben sie geholfen, dieses Land groß zu machen; mit ihrer musikalischen Tradition haben sie dazu beigetragen, daß in Amerika heute die Künste blühen. Deutschland verdankt Amerika viel: Ohne den fortdauernden Schutz durch die Amerikaner gäbe es heute keinen freien Teil Berlins, keinen freien Teil Deutschlands, ja wohl nicht einmal mehr ein freies Europa. Wer das begreift, kann an Sinn und Tiefe der deutsch-amerikanischen Freundschaft gar nicht zweifeln.

Zur musikalischen Paraphrase dieser deutsch-amerikanischen Freundschaft wurde das Hauskonzert, zu dem der Verleger Axel Springer am zweiten Advents-Wochenende in Berlin eingeladen hatte. Karan Armstrong und Simon Estes sangen, von Hans Hilsdorf am Klavier begleitet, Lieder und Arien für die Gäste aus Diplomatie und Politik, aus Wirtschaft und Kultur.

Axel Springer widmete dieses Konzert „den Schutzmächten von Berlin, denn ihnen verdanken wir unsere Freiheit". Und er bat den amerikanischen Botschafter, Burns, Präsident Reagan zu sagen, „wie dankbar die Berliner sind, in dieser Freiheit zu leben". In seinem Dankeswort an den Hausherrn und die Künstler griff der Botschafter dies auf und bekräftigte, in wie hervorragender Weise dieser Abend die deutsch-amerikanische Freundschaft und Zusammenarbeit symbolisiert habe.

In der Tat: Das deutsche Musikleben, und die Opernszene zumal, wären in den letzten Jahrzehnten ärmer gewesen ohne den beständigen Zugang junger amerikanischer Sänger, die hier ihre künstlerischen Wurzeln vertieften, von hier aus ihre großen Karrieren aufbauten. Vor allem die Deutsche Oper Berlin, der Karan Armstrong und Simon Estes angehören, ist für Amerikas Sänger stets eine bevorzugte Heimstatt gewesen.

Das Programm hätte subtiler gewählt nicht sein können. Mit Mozarts Duettino Zerlina–Giovanni, dem Holländer-Monolog Wagners und dem „Vissi d'arte" aus Puccinis „Tosca" spannte sich der Bogen der Operngeschichte nicht ohne Untertöne: Weltuntergangssehnsucht bei Wagner – „Wann dröhnt er, der Vernichtungsschlag, mit dem die Welt zusammenkracht" –, dann bei Puccini das zwischen den Reibflächen der Politik vernichtete Glück einer Frau.

Mit zwei tief nachempfundenen Liedern Schuberts („In der Ferne", „Aufenthalt") bewies Simon Estes, mit zwei Liedern Mahlers Karan Armstrong, daß Musik selbst da, wo sie in den heimlichsten Tiefen deutschen Gefühls gründet, mitteilen kann, was den auf Erden wandernden Menschen, gleich welcher Nation oder Hautfarbe, im Innersten bewegt. Gleichsam ein Intermezzo streute Karan Armstrong mit drei Liedern von Fernando Obradors ein: Miniaturen des kleinen Glücks, so hinreißend vorgetragen wie später Leonard Bernsteins Kinderlied-Zyklus „I Hate Music". „Aber ich liebe es zu singen" ist die Zeile, die Bernstein seinem Musik-Verdikt auf dem Fuße folgen läßt. Nun, trotz einer Erkältung hatte auch Karan Armstrong nicht die Lust am Singen verloren.

Die Brücke zur Musik Amerikas hatte Simon Estes schon vorher geschlagen mit dem „Ol' Man River", das Finale dieses Hauskonzerts bestritten Karan Armstrong und Simon Estes dann mit Ausschnitten aus Gershwins Oper „Porgy and Bess", die Götz Friedrich demnächst für die Deutsche Oper plant. Wären die transatlantischen Bande doch überall so fest geknüpft wie in der Musik!

REINHARD BEUTH

Gentechnologie – die große Stunde der kleinen Tiere

Von GISELA SCHÜTTE

Die Arbeitstiere der Neuzeit sind mikroskopisch klein. Sie fristen ihr Dasein in den Petrischalen wohlklimatisierter Labors und produzieren, was Wissenschaftler ihrem Organismus eingeben – Einzeller, Bakterien oder Mikroben. Das Geschick der Gentechnologen macht es möglich, daß die niederen Lebewesen im Dienste der Industrie und Forschung bald Medikamente, bald menschliches Eiweiß produzieren oder giftige chemische Verbindungen knacken.

Firmen erhoffen sich von den jüngsten Erkenntnissen der Forschung einen ähnlich revolutionierenden Einsatz, wie ihn zuletzt die Mikroelektronik erlaubte. Prognosen gehen von Milliardenumsätzen schon in den 90er Jahren aus. Denn die Bakterien produzieren billig und umweltfreundlich. Jede zehnte chemische Verbindung soll in Zukunft von Mikroben herzustellen sein.

Die Folge ist ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen Firmen und Wissenschaftlern. Eine Trennlinie zwischen Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Nutzung fällt oft schwer.

Die Amerikaner haben bislang im Labor und am Konferenztisch die Nase vorn. Rund 100 Millionen Dollar steckt dort der Staat jährlich allein in die Genforschung. Für die Bio-Medizin insgesamt sind es mehr als zwei Milliarden.

Unterdessen versuchen auch deutsche Unternehmen auf den Zug aufzuspringen. So kaufte sich etwa der Hoechst-Konzern mit 50 Millionen Mark für die nächsten 10 Jahre in die laufende Forschung der Harvard-Universität ein. Als Gegenleistung bekommt das Unternehmen Know-how und Weiterbildung eigener Mitarbeiter.

Mit einer Finanzspritze für das Heidelberger Zentrum für gentechnologische Forschung hat die Firma BASF aber auch in der Bundesrepublik Deutschland den Startschuß zu neuen Initiativen gegeben, die es der einheimischen Wissenschaft ermöglichen soll, den Anschluß auf diesem Gebiet zu halten. Fünf Jahre lang sollen die Ludwigshafener insgesamt fünf Millionen Mark bezahlen. Schering wird sich in Berlin mit 40 Millionen Mark in Form einer GmbH an einem Institut an der Freien Universität beteiligen; Bayer zahlt für Forschung am Kölner Max-Planck-Institut für Pflanzenforschung, und Hoechst will noch in München einsteigen, wo ebenfalls ein Forschungszentrum entsteht.

Für die Wissenschaftler selbst bedeutet demnach bis auf weiteres der Vorstoß zur Weltelite der Gentechnologie eine Reise in die Vereinigten Staaten, an eines der Zentren in Boston oder San Francisco.

Seit ein paar tausend Jahren schon nutzen die Menschen Kleinlebewesen, um sich von ihnen Lebensmittel wie Wein, Bier, Met oder Käse veredeln zu lassen. Seit 1943 weiß man nun, daß das Riesenmolekül der Desoxyribonukleinsäure (DNS) in jeder Zelle die Erbsubstanz ist und man erhielt damit die Grundlage für „Mikrobenfabriken". Zehn Jahre später nämlich hatte man bereits die Struktur der DNS durschschaut, in den sechziger Jahren den Code erkannt und in den siebziger Jahren mit der Erbsubstanz zu manipulieren begonnen – an bestimmten Colibakterien, die auch im menschlichen Darm vorkommen.

Die Konzerne hoffen nun langfristig, daß immer mehr einträgliche Früchte der wissenschaftlichen Forschung reifen, wie etwa jene Bakterien, die menschliches Insulin produzieren.

Viele neue Informationen

Der bislang unerschwinglich teure Wirkstoff Interferon, ein menschliches Eiweiß, das der Abwehr von Infektionen dient und vielleicht auch gegen Krebs hilft, wird schon bald aus Bakterienkulturen in Apotheken kommen.

Und schließlich steht die industrielle Produktion von menschlichem Wachstumshormon bevor, ein Stoff, der Kleinwüchsigen hilft, die Wundheilung beschleunigt und bislang aufwendig, kostspielig und knapp aus den Hirnanhangdrüsen (Hypophysen) von Toten gewonnen werden mußte.

Die Gentechnologie beschert zugleich den Medizinern eine Flut neuer Informationen über das Zellwachstum, den Stoffwechsel und die gut- und bösartigen Veränderungen der Zellen. Sie bietet Gen-Chirurgen – in gewissem Umfang – auch das Handwerkszeug zur nachträglichen Reparatur angeborener Defekte. Die Thalassämie zum Beispiel, eine Blutkrankheit, ließe sich heilen, wenn man Patienten Knochenmark entnähme, es mit dem fehlenden Gen versetzte und zurückimplantierte.

Doch solche „Reparaturen" an der menschlichen Erbsubstanz, versichert Professor Rudolf Jaenisch vom Hamburger Heinrich-Pette-Institut, sind nur bei definierten Stoffwechseldefekten denkbar. Es sei ganz unmöglich, die Erbsubstanz auf breiter Ebene zu beeinflussen.

Die „dienstbaren Mikroben" sollen in Zukunft aber nicht allein der Wissenschaft und Medizin, sondern auch der Wirtschaft von Nutzen sein. Viele chemische Substanzen, versichert Professor Heinz Schaller aus Heidelberg, könnten in Bakterienkulturen heranwachsen. Einzeller, die schon jetzt als „Nutzvieh" in den Diensten des Umweltschutzes, etwa in Klärwerken die Abwässer säubern, könnten durch Manipulationen leistungsfähiger gemacht werden: Wenn man die Vielfalt der Kleinstlebewesen, die in „Teamarbeit" der Sauberkeit dienen, auf eine einzige Spezies reduzierte, die alles kann. Forscher experimentieren mit Bakterien, die Ölschlämme vertilgen und als Remedium gegen Umweltkatastrophen zwischen dem Persischen Golf und der Atlantikküste taugen würden.

Auch die Landwirtschaft hofft auf die neue Technik. Gentechnologen sollen das Erbgut der Nutzpflanzen stählen. Visionäre der Wissenschaft träumen von einer Pflanze, deren Blätter schmackhaft wie Spinat sind, die saftige Früchte trägt, Holz oder Hanf liefert, und an deren Wurzeln schmackhafte Knollen gedeihen.

Das Risiko ist groß

Die gegenwartsbezogenen Hoffnungen der Forscher beschäftigen sich noch mit Pflanzen, die gegen bestimmte Schädlinge resistent, gegen Giftstoffe gefeit sind. In Köln ist es aber bereits gelungen, fremde Gene auch auf Pflanzen zu übertragen. So hofft man langfristig, Züchtungen für salzige Böden oder trockenes Klima zu erreichen, und vielleicht Pflanzen zu ziehen, die den Stickstoff direkt aus der Luft beziehen, und die deshalb keinen Dünger brauchen.

In der Erwartung solcher (einträglicher) Erfolge werden schon jetzt Labors großzügig ausgestattet, schließen sich Wissenschaftler mit Kaufleuten zusammen. Allein in den Vereinigten Staaten sind es bisher mehr als 200. Und auch in Deutschland produzieren erste kleine Betriebe gentechnologische Grundbausteine.

Doch das Risiko ist groß. In den Vereinigten Staaten, vermuten Insider, werden nur zehn Firmen überleben. Denn ihr Kapital ist nicht mehr als ein Wechsel auf die Zukunft. Und die Produktion der vielversprechenden „lebenden Fabriken" läßt sich nicht in der Garage installieren. Sie verlangt aufwendige Räume und hochqualifizierte Mitarbeiter, und von denen gibt es noch zu wenige.

Kommt hinzu, daß alle sich um die Herstellung der Stoffe bemühen, die schon bald größtmöglichen Profit versprechen, und auch das sind bislang zu wenige.

Mangel an Geld und Ausstattung sind in Deutschland nicht die Ursache für den schleppenden Beginn der neuen Technik. Die Konzerne haben – mit Verspätung – die Bedeutung der Wissenschaft erkannt, sie, der Bund, die Deutsche Forschungsgemeinschaft sind bereit zu investieren. Der wesentliche Vorteil des amerikanischen Systems, meint Schaller, liegt in der Konkurrenz unter den Wissenschaftlern, die sich einen Teil ihrer Forschungsmittel stets zusammenwerben müssen – im offenen, unbürokratischen Austausch. Und dahinter stehen die Elite-Universitäten mit ihrem Nachwuchs.

Nach der kältesten Nacht droht Glatteis

AP, Frankfurt

Bei Temperaturen bis minus 18 Grad erlebte die Bundesrepublik Deutschland von Samstag auf Sonntag die kälteste Nacht des Jahres. Dieser Rekordwert wurde in Oberstdorf gemessen, in Garmisch fiel das Thermometer auf 15 und in Kempten auf 14 Grad. Dagegen lagen die Temperaturen in Norddeutschland in der Nacht und am Sonntagmorgen deutlich höher als im übrigen Bundesgebiet. In München war es in der Nacht zum zweiten Advent zwölf Grad kalt, in Nürnberg zehn, in Freiburg und Frankfurt sieben und beispielsweise in Köln nur noch fünf Grad unter Null. Für den norddeutschen Raum gab der Deutsche Wetterdienst gestern eine Glatteiswarnung heraus, da Ausläufer eines Tiefs über Skandinavien näherrückten. Der nach Westeuropa gerichtete Hochkeil eines Hochs über Südrußland baute sich langsam ab und gab den Weg frei für Störausläufer vom Atlantik. Die angekündigte Glatteisgefahr dürfte nach den Berechnungen des Wetterdienstes heute in der zweiten Tageshälfte als gefrierender Regen vor allem Norddeutschland treffen. Ob diese Front bis zur Kette der Mittelgebirge vorstoße, lasse sich noch nicht sagen, erklärte ein Meteorologe. Für Dienstag und Mittwoch werde schon wieder Hochdruckeinfluß erwartet.

Textilwerk abgebrannt

AP, Hof

Zwei Gasexplosionen, die von einem Feuer ausgelöst wurden, haben gestern eine Baumwollspinnerei in Hof zerstört. Einem Feuerwehrmann wurde ein Arm abgerissen. Der Schaden wurde auf zehn Millionen Mark beziffert.

Verlegung

dpa, London

Ein amerikanischer Vergnügungskonzern will einen kleinen walisischen Bahnhof in Kalifornien wieder aufbauen, um dann das Namensschild „Llanfairpwllgwyngyllgogerychwyrndrobwllllantysiliogogogoch" wieder an die Wand schrauben zu können. Die britische Eisenbahn bietet die Station für 20 000 Mark zum Verkauf an.

BB protestiert

SAD, Paris

Brigitte Bardot (49) protestierte am Wochenende in einem Leitartikel auf der Titelseite der Pariser Sonntagszeitung „Journal du Dimanche" gegen die Anordnung der Volksrepublik China, 400 000 „unnütze" Hunde zu töten. Unter anderem heißt es da: „Vergessen die dekadenten Nachfahren von Konfuzius, daß der Hund oft hilft, wenn der Mensch nicht mehr helfen kann?"

Schule in Flammen

SAD, Paris

Die amerikanische Schule in Paris, die in dem Vorort Saint-Cloud nur wenige hundert Meter von der deutschen Schule entfernt liegt, wurde in der Nacht zum Sonntag von Unbekannten angezündet und brannte zum großen Teil aus.

Kampf um Berufsbild

dpa, Bad Zwischenahn

Die in der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) organisierten Rettungssanitäter wollen ihrer Forderung nach einem gesetzlich verankerten Berufsbild und einer dreijährigen Berufsausbildung notfalls mit Kampfmaßnahmen Nachdruck verleihen. Das wurde am Wochenende in Bad Zwischenahn angekündigt.

11 Polizisten getötet

dpa, Lima

Rauschgiftschmuggler haben im Urwaldgebiet der peruanischen Region Ayacucho eine Polizeistreife überfallen und mindestens elf Beamte getötet. Nur ein Polizist konnte dem Blutbad entkommen.

Unwetter in den USA

AP, New York

Im Süden der Vereinigten Staaten haben starke Regenfälle, bei denen stellenweise bis zu 250 Liter Wasser pro Quadratmeter fielen, zu schweren Überschwemmungen geführt. Hunderte von Einwohnern in Alabama und Mississippi mußten ihre Häuser räumen.

Familie kam um

AFP, Montereau

Eine fünfköpfige Familie ist in der Nacht zum Sonntag in ihrem Wohnhaus bei Montereau südwestlich von Paris verbrannt. Das Ehepaar und drei Kinder wurden von dem Feuer im Schlaf überrascht. Als die Feuerwehr eintraf, stand das ganze Haus in Flammen.

ZU GUTER LETZT

„Sie sehen gut aus, Frau Birne. Danke, Herr Apfel, Sie auch." Obst-Werbung einer *Berliner Filial-Kette.*

Auch in den Vorstandsetagen bleibt die Mafia bei ihren alten Methoden

Präsident Reagan setzt Kommission zur Untersuchung des organisierten Verbrechens ein

DIETRICH SCHULZ, **Washington**

Amerikas Strafverfolger sehen sich mit einem neuen Problem konfrontiert: Immer mehr Geld aus illegalen Quellen fließt in legale Geschäfte, immer mehr Mafia-Bosse werden zu Teilhabern seriös erscheinender Unternehmen. Diese Entwicklung stellt die Behörden vor zunehmende Schwierigkeiten, weil die „neuen Formen des organisierten Verbrechens" mit den traditionellen Methoden der Strafverfolgung nur schwer erfaßbar sind. Der FBI-Chef William Webster warnte dieser Tage vor den neuen Methoden, die sich die Mafia-Familien in Amerika zu eigen gemacht haben.

24 große „Familien"

Bei einer Anhörung vor der von Präsident Reagan eingesetzten Kommission zur Untersuchung des organisierten Verbrechens verwies der Direktor des amerikanischen Bundeskriminalamts darauf, daß Verbrechenssyndikate, insbesondere die von der Mafia organisierte „La Cosa Nostra", die gewaltigen Profite, die sie aus illegalem Glücksspiel und aus dem Rauschgifthandel ziehen, immer häufiger in Unternehmen stecken, die bis dahin keinen Verdacht erregt hatten. „Es gibt wenige Geschäfte oder Industriezweige, die nicht mit Unternehmungen zu tun haben, die vom organisierten Verbrechen gelenkt werden", sagte Webster.

Die Geschäftsmethoden der Mafia bleiben auch dabei unverändert: Einschüchterung, Erpressung, Bedrohung, Bestechung von Amtsträgern. Nach Websters Angaben gibt es heute etwa 1700 aktive Mitglieder der „Cosa Nostra". Ihnen müßte noch einmal etwa die zehnfache Zahl von „assozierten Mitgliedern" hinzugerechnet werden. Sie seien in 24 „Familien" organisiert. In den vergangenen Jahren sei es dem FBI gelungen, Strafverfahren gegen die Oberhäupter fast aller dieser „Familien" in Gang zu setzen.

Nach Ansicht des amerikanischen Justizministers William French Smith ist das jedoch nicht genug. Er erklärte bei seinem Auftritt vor der Präsidenten-Kommission, daß sich zur selben Zeit, da die Strafverfolgungsbehörden Erfolge gegen die alten etablierten „Verbrechensfamilien" vorzeigen konnten, neue Formen des organisierten Verbrechens herausgebildet hätten. Sie gingen oft über den „nationalen Rahmen" hinaus, so daß das Problem mit „internationalen Mitteln" angegangen werden müsse. Als Beispiel wurde angeführt, daß der Handel mit Kokain in den Vereinigten Staaten von „zehn bis zwölf kriminellen Organisationen" in Kolumbien beherrscht wird.

Als neue Formen des organisierten Verbrechens gelten auch kriminelle Motorrad-Gangs (wie die „Hells Angels", die „Outlaws", die „Pagans", und die „Bandidos"), Gefängnis-Gangs (die vor allem in Kalifornien von ihren Zellen aus den Rauschgift- und Waffenhandel lenken und dabei auch vor Mord nicht zurückschrekken) sowie Gangs, die auf nationale Eigenheiten ihrer früheren Heimat zurückgreifen (wie die chinesischen „Triaden" und die japanische „Yakuza"-Bande). Der FBI-Direktor bat die Mitglieder der Untersuchungskommission, gerade diesen Erscheinungen besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Die neue Kommission gegen das organisierte Verbrechen hat Präsident Reagan eingesetzt. Unter der Leitung des New Yorker Bundesrichters Irving Kaufman soll sie in den nächsten zwei Jahren überall im Lande Anhörungen veranstalten und bis spätestens März 1986 einen Bericht vorlegen. Es ist der erste umfassende Versuch, das wahre Ausmaß des organisierten Verbrechens in Amerika durch eine unabhängige Untersuchung festzustellen, seit der demokratische Senator Estes Kefauver in den Jahren 1950/51 zu seinen berühmten Vernehmungen vorlud. Kefauver hatte damals eine ganze Reihe von Mafia-Bossen vor die Kommission zitiert, die damit praktisch zum ersten Mal ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit gebracht wurden. Die „Kefauver Hearings" bezogen ihre besondere Wirkung auch aus der Tatsache, daß sie zu den ersten „Live"-Übertragungen des amerikanischen Fernsehens aus dem Kongreß gehörten.

Ein heimtückischer Krebs

Justizminister French Smith bezeichnete das Wirken des organisierten Verbrechens in Amerika als „einen heimtückischen Krebs in unserer Gesellschaft". Es handele sich um ein Problem, „das uns jeden Tag begegnet, aber gemeinhin nicht ins öffentliche Blickfeld gerät". Seinetwegen erhöhten sich die Steuern, seinetwegen stiegen die Verbraucherpreise. „Es bedroht die öffentliche Sicherheit und unsere Familien."

Jumbo-Absturz: War der Pilot krank?

dpa, Madrid

Der Flugkapitän des vor einer Woche in Madrid abgestürzten kolumbianischen Jumbo-Jets, der 57jährige Tulio Hernandez, soll nach Berichten spanischer Zeitungen, die sich auf Informationen aus Kreisen der Untersuchungskommission berufen, krank gewesen sein und eine falsche Höheneinstellung in das automatische Höhenalarmsystem einprogrammiert haben. Dies sei, so die Zeitungen „El Pais" und „Diario 16", „offiziöses" Ergebnis der Auswertung der Tonbänder mit den Aufzeichnungen des Funksprechverkehrs und der Unterhaltung der Piloten.

Wie „El Pais" schreibt, soll Kommandant Hernandez bei der Höheneinstellung des „Altitude Alert" die Zahl 3282 Fuß mit der Zahl 2382 Fuß verwechselt haben, weswegen das Gerät zu spät die Gefahr einer gefährlichen Bodenannäherung vor der Landung angezeigt habe.

Die Tonbandaufzeichnung kurz vor dem Aufprall, so die Zeitungen, geben das akustische Warnsignal des Höhenwarngeräts wieder – „pull up, pull up – terrain, terrain" (hochziehen – Boden) verbunden mit einer lauten Sirene. Die Piloten sollen hingegen an einen Fehlalarm geglaubt und das Warngerät abgeschaltet haben.

Die Zeitung „Diario 16" berichtet unter Berufung auf gut unterrichtete Kreise, daß sich Kapitän Hernandez „in sehr schlechter Verfassung" befunden und vor der Landung in Madrid bei „Avianca" per Funk angefragt habe, ob er abgelöst werde. Hernandez soll „Streßsymptome" gezeigt und seine schlechte Verfassung mit dem Kopiloten besprochen haben, was die Kanzelmikrophone aufgezeichnet hätten.



Spitzfündig FOTO: HANS TRUÖL

„Columbia" fliegt einen Tag länger im All

rtr/dpa, Houston

Nach dem Beschluß, den Flug der US-Weltraumfähre „Columbia" bis Donnerstag zu verlängern, haben Wissenschaftler am Wochenende mit der Planung für den zusätzlichen Tag im Weltraum begonnen. Voraussetzung für die Verlängerung war zum einen der bisher geringe Verbrauch an Treibstoff und Elektrizität der Fähre. Zum anderen mußte geklärt werden, ob auf dem Landeplatz in der kalifornischen Wüste am Donnerstag gutes Wetter zu erwarten sei.

Flugdirektor John Cox erklärte am Wochenende, „die Wissenschaftler haben viel mehr zu tun, als dafür Zeit einzuplanen war. Seit langem schon hofften und drängten sie darauf, den Flug zu verlängern." Cox sagte, die mehr als 100 beteiligten Forscher wollten Vorschläge für den zusätzlichen Flugtag ausarbeiten. Die zusätzliche Zeit wird vor allem der Sonnenbeobachtung zugute kommen, die für das Ende des Fluges geplant war.

Obwohl bei verschiedenen Geräten für die Versuche Probleme aufgetreten sind, sagte der amerikanische wissenschaftliche Leiter Rick Chappell, „die Erfolgsrate ist höher als 90 Prozent. Da kann man von dem Flug nicht enttäuscht sein."

Dem Stuttgarter Physiker Ulf Merbold gelang es derweil nach Mitteilung der Flugleitung in Houston gestern an Bord des europäischen Weltraumlaboratoriums Spacelab zum zweiten Mal, einen Hochtemperaturofen zu reparieren. Königlichen Kontakt hatte gestern Astronaut Garriott, der Funkamateur an Bord. Als „Columbia" den Nahen Osten überflog, hate der Amerikaner plötzlich einen begeisterten „Kollegen" im Kopfhörer: König Hussein von Jordanien.

WETTER: Milderung aus Nordwest

Wetterlage: Der Hochdruckeinfluß über Mitteleuropa schwächt sich ab, so daß im Tagesverlauf milde und wolkenreiche Meeresluft nach Nord- und Westdeutschland vordringen kann.



Vorhersage für Montag:

Nord- und Westdeutschland, Raum Berlin: Zunehmend bewölkt aus Nordwest und nachfolgend strichweise geringer Regen, in Nordrhein-Westfalen erst gegen Abend. Nachmittags 4 bis 7 Grad, nachts um 2 Grad. Auffrischender Südwestwind.

Südwest- und Süddeutschland: Meist sonnig. Noch durchweg niederschlagsfrei. Tags 0 bis 3 Grad, nachts minus 2 bis minus 6 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Am Dienstag meist stark bewölkt, strichweise Regen, im Süden zum Teil gefrierend. Temperaturen allgemein ansteigend.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	-1°	Kairo	23°
Bonn	0°	Kopenh.	4°
Dresden	0°	Las Palmas	19°
Essen	3°	London	3°
Frankfurt	-6°	Madrid	2°
Hamburg	0°	Mailand	4°
List/Sylt	7°	Mallorca	10°
München	-7°	Moskau	-4°
Stuttgart	-6°	Nizza	11°
Algier	10°	Oslo	1°
Amsterdam	3°	Paris	1°
Athen	15°	Prag	-5°
Barcelona	10°	Rom	6°
Brüssel	3°	Stockholm	1°
Budapest	-1°	Tel Aviv	21°
Bukarest	0°	Tunis	13°
Helsinki	3°	Wien	-1°
Istanbul	11°	Zürich	-5°

*Sonnenaufgang am Dienstag: 8.10 Uhr, Untergang: 16.15 Uhr, Mondaufgang: 10.13 Uhr, Untergang 17.39 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Heimat von Jack Daniel ist immer noch trocken

H.-J. STÜCK, Lynchburg

Heute vor genau fünfzig Jahren knallten fast überall in den USA die Korken. Die Prohibition war aufgehoben, nach 13 Jahren, 1 Monaten und 19 Tagen (siehe WELT vom 3. 12.). Doch im kleinen Lynchburg, mit damals wie heute nur einigen hundert Einwohnern, hatte die Freude einen anderen Grund. Endlich gab es wieder Arbeit und Lohn beim Hauptbrötchengeber der Gemeinde, der berühmten Whisky-Brennerei Jack Daniel's.

Das Prohibitionsende war in Moore County besonders heiß ersehnt worden, denn die Gegend war und ist ärmlich. Doch Korken knallten ausgerechnet hier nicht. Die Gegend gehört zu insgesamt 424 US-Landkreisen, die auch nach Aufhebung des allgemeinen Alkoholverbots laut Gesetz „trocken" blieben.

Wer in Lynchburg eine Flasche „Jack" kaufen will, wird kein Glück haben. Er muß schon knapp 20 Kilometer in den Nachbarkreis fahren. Auch Coffee County liegt zwar im „Bible Belt", dem strenggläubigen Herzland der Vereinigten Staaten, doch die Kreisverwaltung entschloß sich trotzdem zur Freigabe des Feuerwassers.

Eine besonders reine und frische Quelle

Im kleinen Lynchburg hat sich seit 1866, als der alte Jack Daniel in einer Mulde eine besonders reine und frische Quelle entdeckte, die noch heute das Wasser für den rauchigen Whisky liefert, nicht viel verändert, nur die Whisky-Produktion, inzwischen auf mehrere Brennereien im Landkreis verteilt, ist ins Gigantische gestiegen. Allein in den USA gaben Bourbon-Freunde 1982 umgerechnet knapp 1,5 Milliarden Mark für Jack Daniel's aus, der nach Bacardi-Rum, Smirnoff-Wodka und Seagram's, einem kanadischen Whisky, die meistgekaufte Spirituose im Lande ist.

Der fertige Bourbon „reift" lange Jahre, bevor er an die Kunden geht, und ähnlich gemächlich, mit Limonade und Mineralwasser als Durststillern, verläuft das Leben der meisten Lynchburger, die entweder selbst in der Brennerei arbeiten oder zumindest einen Angehörigen haben, der dort Hochprozentiges für die lasterhafte Welt brennt.

Böse Menschen und Verbrechen gibt es in Lynchburg nicht. Die Einwohner schließen nicht einmal nachts ihre Türen ab, denn an einen Einbruch kann sich selbst der ergraute Sheriff nicht erinnern. Ob's Lynchburger gibt, die zu Hause Whisky trinken, weiß er nicht. Das geht ihn auch nichts an. Aber „Speakeasies", illegale Kneipen, gibt es mit Sicherheit nicht. Das weiß er genau.

Die „Speakeasies", so genannt, weil man dort tunlichst leise sprechen und bechern sollte, gab es während der Prohibitionszeit überall in den Staaten. Nach einer Schätzung waren es mindestens 500 000, denn gezecht wurde damals wie heute, weil der illegale Alkoholimport, meist per Schiff aus dem Ausland, an den langen Küsten der USA nie unterbunden werden konnte. Schließlich war man sich ja auch bei Prohibitionsende einig, daß der Kampf gegen das Feuerwasser ein Schlag ins Wasser gewesen war. Profitiert hatten nur die Kriminellen, während die Lynchburger arbeitslos waren.

Nur die Gangster machten das Geschäft

Während die Gangster große Geschäfte machten, wurden die kleinen und großen Trinker kriminalisiert. In den 13 Jahren wurden 750 000 Amerikaner wegen Prohibitionsverstößen verhaftet, 500 000 wurden zu Gefängnis- und Geldstrafen verurteilt. Der gesetzgeberische Fehlschlag endete am 5. Dezember 1933, nachdem der Bundesstaat Utah als letzter Staat den Verfassungszusatz ratifiziert hatte, mit dem das ebenfalls verfassungsmäßig verankerte Alkoholverbot wiederaufgehoben wurde.

